

# graswurzel revolution

Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft



## Soziale Verteidigung

Kapp-Putsch — CSSR '68 \* Utopien und Kontroversen  
Gegen die herrschende Verteidigungslogik  
Bedeutung in der gewaltlosen Revolution  
Anarchisten: Erste Theoretiker

Sonderheft  
DM 3,-

Grasswurzelrevolution bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwandlung im Kampf gegen alle Formen der Gewalt, in der durch Macht von der Basis her Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden.

Anstelle zentralisierter Verwaltung und Überwachung durch einen mit Gewaltmitteln ausgestatteten Staatsapparat sollen Selbstbestimmung und freiwillige Hilfe treten. Anstelle ungezügelter wirtschaftlichen Wachstums, das sich allein nach Profiten richtet und die Umwelt wie den Menschen zerstört, sollen energiesparende und umweltfreundliche Produktionsweisen treten, die den Bedürfnissen des Menschen dienen und in der Arbeit Befriedigung verschaffen.

Nicht menschengefährdende Rüstung und militärischer Gehorsam, sondern soziale Gerechtigkeit, radikale Demokratie in allen Bereichen, gewaltlose Widerstands- und Verteidigungsformen und die Solidarität zwischen den reichen und den ausgebeuteten Völkern werden den Frieden dauerhaft sichern, die Freiheit erhalten und erweitern.

Um diesen Zielen zu dienen, berichtet die „graswurzelrevolution“ seit 1972 über gewaltbekämpfende und lebensschützende Aktionen aus der ganzen Welt und über den Aufbau von Alternativen. Sie bemüht sich, Theorie und Praxis der gewaltfreien Revolution zu entwickeln und zu verbreiten.

„Graswurzelrevolutin“ ist eine assoziierte Zeitschrift der „War Resisters International“/„Internationale der Kriegsdienstgegner“, in der auf Grundlage der Gewaltlosigkeit sich seit 1921 weltweite Friedensorganisationen und Zeitschriften zusammenschließen. Eine ausführlichere Darstellung unseres Selbstverständnisses und der Entwicklung seit 1972 ist in der Flugschrift „Graswurzelrevolution in der BRD?“ enthalten.

# INHALT

## Darstellung und Geschichte

Eine soziale Institution im Wachsen, R. Vogt	4
Anarchisten, erste Theoretiker der Sozialen Verteidigung, G. Jochheim	12
Friedensforschung: Gegen die herrschende Verteidigungslogik, L. Mez	18

## Fallbeispiele / Praxis

1920: Der Kapp-Putsch	22
CSSR '68: Prager Frühling gegen Moskauer Frost	24
CSSR '68: Emanzipation nicht ganz vollzogen, V. Horsky	27
Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration, Th. Ebert	28
Soziale Verteidigung der Freien Republik Wendland, D. Halbach	31

## Utopie

Rückblick aus der Zukunft – Wende im Wendland, G. Panzer	34
... und nichts funktioniert, O. Drese	36

## Diskussion

Interview mit A. Mechttersheimer	38
Die Aufgaben der neuen Friedensbewegung, E. Jahn	40
Umrüsten auf Soziale Verteidigung oder Angriff aufs Militär? H. Karbach	43
Lieber rot als tot? Th. Ebert	47
Verteidigung der BRD? E. Jahn	48
Moral kontra Pragmatismus – Replik auf Adam Roberts, M. Randle	50

## Ausland

Holland: Zwischen Parteien und Widerstandsgruppen	52
Frankreich: Verteidigung der Selbstverwaltung	54
Österreich: Das zweite Bein der kompromißlosen Pazifisten	56
Dänemark: „Stufenweise“	
Costa Rica: Land ohne Armee – eine Buchbesprechung	30

Literaturhinweise	23
-------------------	----



### IMPRESSUM

GRASWURZELREVOLUTION wird herausgegeben von der „Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen“. Dies ist die Nr. 56, im bereits 10. Jahrgang. An dieser Ausgabe haben mitgewirkt: Jeanette Kassin, Claudia Kirsch, Ilu Langenbach, Ulli Steurer, German Pump und Manfred Kühle.

Verantwortlich für diese Ausgabe sind wir im Grunde alle, doch im Sinne des Presserechts ist dies Jeanette Kassin c/o Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50. Da wir kein Zentralorgan sind, erscheinen namentlich gekennzeichnete Beiträge in Eigenverantwortung der Schreibenden. Auflage diesmal 10.000 Exemplare im Eigendruck. Unsere ISSN lautet 0344-2683. Im Allgemeinen sind wir um eine regelmäßige monatliche Erscheinungsweise bemüht, was im Speziellen für die Reisezeit der Sommermonate nicht zutrifft. Tja, zum Schluß noch unsere derzeit gültige Büroanschrift: Redaktion „graswurzelrevolution“, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50, Tel 040/ 390 92 22. Vertrieb „graswurzelrevolution“, c/o Willi Derenbach, Postfach 100 216, 5900 Siegen, Tel. 0271/ 63 546. Abonnements, Wiederverkäufer: siehe Innenteil der GWR. „graswurzelrevolution“ ist eine assoziierte Zeitschrift der „War Resisters International“, 55 Dawes Street, GB-London SE 17 1 EL.

Für ganze Generationen von Kriegsdienstverweigerern war der Hinweis auf die Möglichkeit der Sozialen Verteidigung die Notbremse, die sie ziehen konnten, wenn sie vor den Ausschüssen der „Gesinnungsprüfung“ nach ihrer Alternative zur Bundeswehr gefragt wurden, die ja – so die herrschende Logik – ungefragt auch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung schützen soll. Sie, die Kriegsdienstverweigerer, waren es auch, die neben einigen Friedensforschern, die Idee der waffenlosen Verteidigung am Leben hielten, nachdem die zahlreich produzierte Literatur der Jahrzehntenwende unter dem Staub, den die Ökologie- und andere soziale Bewegungen aufgewirbelt hatten, versank.

Doch gerade die gewaltfreien Kampftechniken dieser sozialen Bewegungen – beispielhaft die gewaltfreie Usurpation in Gestalt der Platzbesetzungen in Wyhl und Gorleben – eröffneten einen neuen praktischen Zugang zum Thema. Genau hier drückten sich die Kräfte spontan aus, die Wesenselemente Sozialer Verteidigung darstellen. Für einige, die sich mit Sozialer Verteidigung beschäftigen, sind die Kämpfe, die die Hausbesetzer und Atomkraftgegner führen, denn auch Vorformen auf Übungsfeldern der Sozialen Verteidigung. Für andere wiederum sind sie der „Ernstfall“, in dem es um die notwendige radikale Umgestaltung der Gesellschaft oder um die Erhaltung erfochter Positionen geht – wie im Falle der Verteidigung der Freien Republik Wendland.

CSSR '68 – Wyhl '75: auch die Bilder gleichen sich, Menschen blockieren die Ordnungskräfte, besetzen Plätze, entfalten ihre Phantasie in Plakaten und Spruchschildern, reden ein auf die Träger bewaffneter Macht ... Nur die Chancen sind noch nicht gleich verteilt gewesen. Ergriff der tschechoslowakische Widerstand alle Teile des Volkes, so sind die Handelnden in der Ökologiebewegung noch Minderheiten, die folglich auch nur ansatzweise die Methoden des gewaltfreien Widerstandes zur Anwendung bringen können.

Doch der Krisendruck wird wachsen und damit die Notwendigkeit zum Handeln.

Daneben taucht der Begriff Soziale Verteidigung gesellschaftspolitisch gegen Ende der siebziger Jahre wieder auf.

Die GRÜNEN nahmen den Begriff in ihre Programme zum Europa- und Bundestagswahlkampf auf. Da sie sich in der Gewaltdiskussion der Ökologiebewegung bereits für Gewaltfreiheit entschieden hatten, war es auch nur logisch, die Soziale Verteidigung als Alternative zur militärischen zu offerieren. Die „Alternative Liste West-Berlin“ dagegen



mochte sie neben den militärisch-defensiven Verteidigungsstrategien lediglich zur Diskussion stellen. Doch lassen die Parteiprogramme die Frage offen, was verteidigt werden soll und wie Soziale Verteidigung „eingeführt“ werden könnte.

Dies sind Fragen, die auch aus der Friedensbewegung heraus gestellt werden. Für deren Diskussionen soll dieses Heft ein Beitrag sein. Natürlich muß vieles offen bleiben. Wer von diesem Heft erwartet, umfassend über die Soziale Verteidigung informiert zu werden und nach Konsumierung des Diskussionsteils eine abschließende Meinung bilden zu können, der/die muß enttäuscht werden. Es soll in der Darstellung der Techniken und von Fallbeispielen zur Weiterbeschäftigung anregen. Die zahlreichen Fußnoten und Literaturhinweise geben einen Überblick für Interessierte. Die Diskussionsbeiträge sollen das Spannungsfeld umreißen, in dem die Protagonisten der Sozialen Verteidigung aus ihren unterschiedlichen Sichtweisen heraus neue Anstöße geben und politisch unterschiedliche Akzente setzen. Auch hier wird ersichtlich, daß ein Diskussionsprozeß erst wieder in Gang kommen muß, in den sich hoffentlich sehr viele Menschen einschalten.

Trotz allem hoffen wir jedoch, daß die „Sprengwirkung“ Sozialer Verteidigung mindestens in zwei Richtungen hin deutlich wird. Die Idee und ihre verwirklichten Ansätze widerlegen den Mythos, daß Frieden bewaffnet sein muß. Das Gegenteil ist der Fall: Frieden ist nur ohne Waffen entwickelbar. Jedem Zweifenden kann erklärt werden, daß eine Gesellschaft, die von ihren Mitgliedern als verteidigungswert betrachtet wird, auch ohne militärischen Schutz organisiert verteidigt werden kann.

Insofern eröffnet die Diskussion über Soziale Verteidigung den Blick für das Wesen der Staaten, die vorgeben, sich mit dem gigantischen Umweltzerstörer Militär und atomaren Overkill-Kapazitäten „schützen“ zu wollen. Demokratische Strukturen, Selbstbestimmung oder Verkehrsformen lassen sich mit sozialen Mitteln verteidigen. Ausbeutung der 3. Welt, Herrschaft der Eliten oder Plünderung der Recourcen dagegen würden wie eine Seifenblase zerplatzen.

Der andere Sprengsatz Sozialer Verteidigung soll in einem Teil der Linken zünden, der im Krieg gegen den Krieg die Voraussetzung sieht, sich pazifistischen Zuständen zu nähern. Auch hier gilt es einen Mythos zu zerstören, der viele zu Anhängern realsozialistischer Friedensarmeen werden läßt oder der verführt, daß in den weiteren Auseinandersetzungen der Friedensbewegung militärische Elemente zur Anwendung gebracht werden. Wenn es richtig ist, daß die Mittel des gewaltfreien Widerstandes (über-) lebenswerte Gesellschaften verteidigen können und auch dafür taugen, Unrechtsregime wie im Iran zu beseitigen, dann ist das Dogma von der zwangsläufigen Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes genauso unterminiert wie die Botschaft der Roten- oder Volksarmeen, die den Sozialismus „schützen“ sollen.

An dieser Stelle sei den Autoren, die – frau wirts beklagen – ausschließlich männlichen Geschlechts sind, gedankt. Leider konnten wir verschiedene Beiträge aus Platzgründen nicht veröffentlichen. Wir wollen das in den weiteren Ausgaben der Graswurzelrevolution nachholen und hoffen auch auf eine rege Beteiligung unserer Leserinnen und Leser.

# EINE SOZIALE INSTITUTION



In Abgrenzung zu militärischen Verteidigungsstrategien vermittelt Roland Vogt im Folgenden einen Überblick über Grundformen, Probleme und Voraussetzungen Sozialer Verteidigung.

Wenzel-Platz, Prag, 1968

36 Jahre ohne heißen Krieg in Europa (1), so ist immer wieder zu hören, hätten wir der atomaren Abschreckung zu verdanken. Diese Annahme ist weder bewiesen noch beweisbar. Gert Bastian hat sie trefflich persifliert, indem er sagte (2), sie erinnere ihn an den Autofahrer, der in München gestartet ist und bei seiner Ankunft in Hamburg das Ausbleiben eines Unfalls darauf zurückführt, daß er den Sicherheitsgurt angelegt hatte.

Die These von der friedenserhaltenden Kraft des „Gleichgewichts des Schreckens“ läßt zudem den Gedanken an die Möglichkeit einer „Heilung vom Kriege“ erst gar nicht aufkommen. Sind aber nicht bereits zwei Regionen in Europa, die Schweiz und Schweden,

nach mehr oder weniger kriegerischer Geschichte dieser Heilung teilhaftig geworden? Was spricht eigentlich dagegen, daß auch die übrigen Europäer nach zwei mörderischen, in Europa angezeigten Weltkriegen „an sich“ dazu fähig sind, den Krieg auch ohne den an der Leine gehaltenen atomaren Schrecken und Gegenschrecken aus ihrer Region zu bannen?

## Das riskante Spiel der Hochseilartisten

Freilich, der Vergleich der atomaren Abschreckung mit einem Sicherheitsgurt ist nur demjenigen zugänglich, der – wie Bastian – noch daran glaubt, daß ein „Minimum atomarer Abschreckung“ un-

verzichtbar sei, also atomare Abschreckung im Prinzip Sicherheit gewährleiste. Mir kommt das atomare Abschreckungssystem viel eher wie ein hochgespanntes Seil in der Manege vor, auf dem die Hochseilartisten ein Netz mit übertöpfungsschwangeren, hochexplosiven Sprengladungen jonglieren. Wir, die Zuschauer, dürfen das Vernichtungsrisiko mit diesen Spezialisten der Hochseilbalace teilen.

Es mag ja Atomkriegsplaner und Spitzenpolitiker geben, die über das Können und die Nerven verfügen, die riskante Nummer seelisch und körperlich durchzustehen. Nur wie kommen sie dazu, uns alle dieser andauernden Anspannung auszusetzen? Mit tragischer Verspätung ist ein Teil des

# IM WACHSEN

Publikums der Gefährlichkeit des Balanceaktes gewahr geworden.

Darunter gibt es einige wenige Zeitgenossen, die in der lauterer Absicht, für uns alle die Gefahren des Hochseilaktes zu verringern, aus eigenem Antrieb an einem Netz knüpfen. Das sind die Architekten alternativer, nichtatomarer oder wenigatomarer militärischer Sicherheitskonzepte (3). Sie sind nicht grundsätzlich gegen den Balanceakt mit Sprengstoff (4) und selbst wenn es ihnen gelänge, das Netz zu spannen, könnten sie die Gefahr einer vorzeitigen Explosion der übertötungsschwangeren Frucht nicht bannen. Zugleich verführt das Netz dazu, die gefährvolle Nummer weiter im Programm zu halten.

Demgegenüber will eine vergleichsweise kleine Gruppe im Publikum die „Hochseilnummer mit Sprengstoff“ aus dem Programm streichen, und zwar nicht so sehr wegen des Hochseils als wegen des Sprengstoffs.

## Die Suche nach Alternativen

Ausgangspunkt für die Suche nach Alternativen zum „Hochseilakt mit Sprengstoff“, zu der sich das internationale Drohsystem im Atomzeitalter entwickelt hat, ist die Erfahrung eines Grenzübergangs, der durch die Explosionen der ersten Atombomben in der Menschheitsgeschichte markiert wurde.

Als das Erschrecken über Hiroshima und Nagasaki, statt zur Ächtung der Atomwaffen für alle Zeiten, zu einem „Sicherheitssystem“ führte, das auf der wechselseitigen atomaren Vernichtungsdrohung der Supermächte beruht, als damit der kollektive Selbstmord der Menschheit in den Bereich des Möglichen rückte, wurde die Suche nach Alternativen in ihrer Dringlichkeit absolut (5).

Es war allerdings nur eine Handvoll wissenschaftlicher Außenseiter, die ohne nennenswerte Förderung (6) die Suche nach Verteidigungskonzepten aufnahmen, um eine Entkoppelung der Politik von militärischer Gewalt zu ermöglichen. Währenddessen wurde mit Milliardenaufwand in Ost und West das atomare Abschreckungssystem aufgebaut. Die Wirkungsweise dieses Systems ward zur systemübergreifenden Sicherheitsideologie. Atomare Abschreckung, so hieß es, beruhe, solange sie „glücke“, darauf, daß die Katastrophe jederzeit möglich ist, aber nicht wirklich wird. Der Gedan-

ke an das mögliche Versagen der Abschreckung wurde tabuisiert. Der Teil der Friedensforschung, der sich dennoch damit befaßte und die prinzipielle Labilität aller wechselseitigen Abschreckung aufdeckte (7), erlangte weder publizistisch noch politisch durchschlagende Wirksamkeit. Ein wachsender militärisch-publizistischer Komplex hatte Erfolg mit einer Art kollektiver Gehirnwäsche, die noch heute nachwirkt: Die meisten Zeitgenossen sind der magischen Formel erlegen, wonach das Gleichgewicht des Schreckens den Frieden verbürge. Als höchste Kunst der Sicherheitspolitik gilt es, das Gleichgewicht durch Rüstung stabil zu erhalten. Technologische Neuerungen, wie die Entwicklung von Raketenabwehrsystemen (ABM) in den 60er Jahren unterstrichen die Labilität des Systems, indem sie die Zweitschlagskapazität als fragwürdig erscheinen ließen. Diese Zweifel haben jedoch die Öffentlichkeit nicht mobilisiert. Erst die zynische Aufkündigung der Gleichgewichtsdoktrin durch die Reagan-Administration (8) und das laute Nachdenken der US-Strategen über Erstschlagstrategien bringen die europäische Öffentlichkeit in Bewegung und es wird offenbar: **Der Schrecken hat sein Gleichgewicht verloren und das Gleichgewicht seinen Schrecken.**



Prag '68

Die Unruhe steigt und damit steigt die Konjunktur für alternative Sicherheitskonzepte.

Merkwürdig genug: Wieder favorisieren die Politiker an der Macht und ihr publizistischer Hofstaat (9) die gewalt-

gebundene, also die militärischen „Alternativen“. Die politische Kultur ist nicht darauf vorbereitet, Konsequenzen aus dem Grenzübergang des 6. und 9. August 1945 zu ziehen: daß jede militärische Option unterhalb der atomaren Vernichtungsdrohung mit der Furcht belastet ist, der Gegner könne im Konfliktfall atomar eskalieren. Schlußfolgerung: Die Entscheidung für militärische Lösungen des Sicherheitsproblems endet mit zwingender Logik immer wieder bei der notwendigen Einbeziehung eigener atomarer Bewaffnung (10) oder des atomaren Schirms einer „Schutzmacht“. Nur nichtmilitärische Lösungen entkommen diesem Dilemma.

## Die Alternative

Das Konzept der Sozialen Verteidigung ist ein Versuch, sowohl die Gefahr der Selbstausslöschung der Menschheit als auch die Angst vor der Wehrlosigkeit im Falle militärischer Unterlegenheit („Wehrlosigkeitssyndrom“) zu überwinden.

Soziale Verteidigung gibt nicht nur eine Antwort auf die Frage, „was tun, wenn die Russen kommen!“, sondern auch auf die zunehmend aktueller wer-

dende Frage: „Was tun, wenn die Amerikaner bleiben?“

Grundgedanke dieses Konzeptes ist, daß einerseits das Ertragen einer militärischen Besetzung besser ist als der Verlust zahlreicher Menschenleben durch

# Übertragung Gandhischer

militärische Verteidigung bzw. wechselseitige atomare Vernichtung, daß aber andererseits die militärische Besetzung eines Territoriums nicht zwangsläufig das Innehaben der Macht oder die Kontrolle über die Bewohner des Territoriums bedeutet.

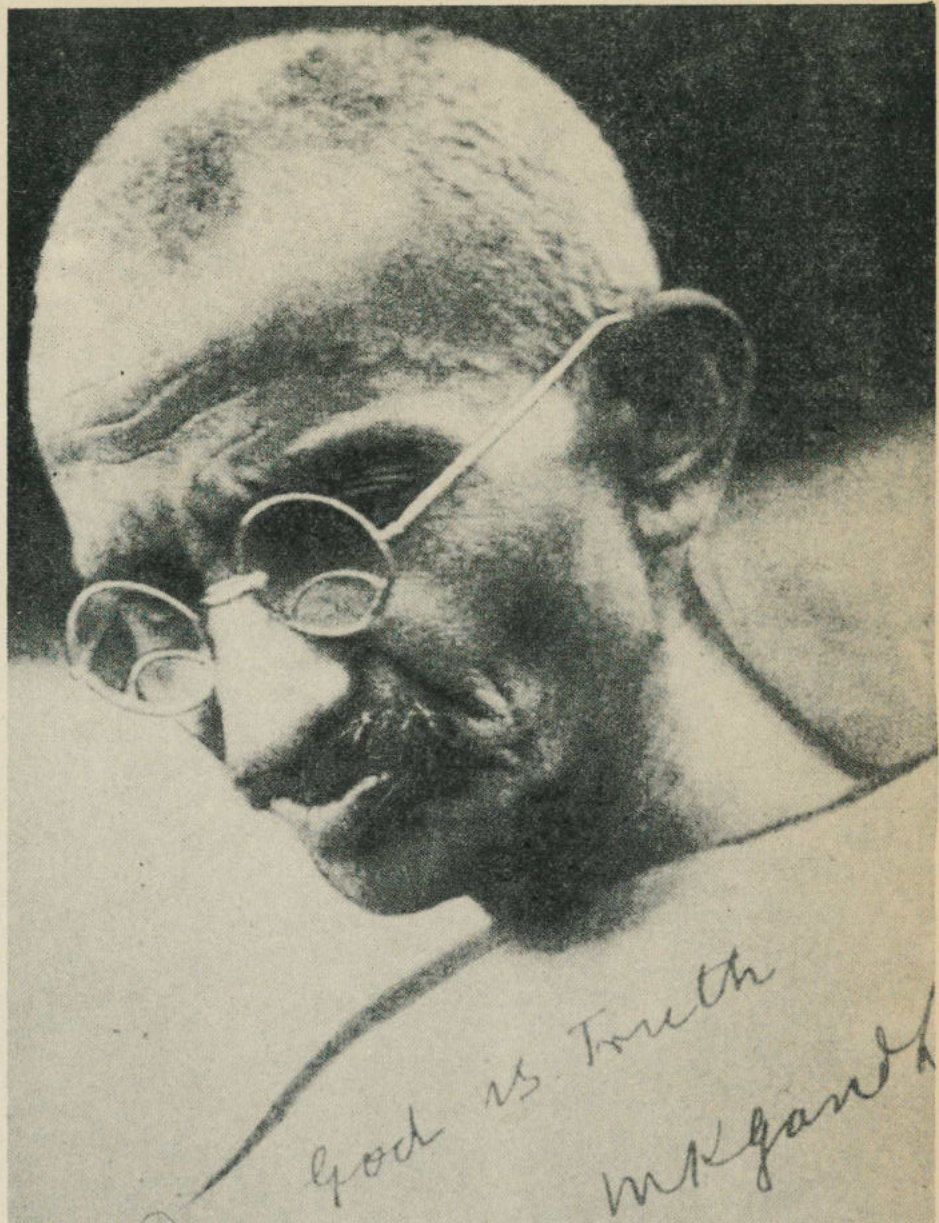
## Definition

Soziale Verteidigung ist die nichtmilitärische, gewaltlose Verteidigung einer Gesellschaft gegen einen militärischen Aggressor von innen (Putsch, Staatsstreich) oder außen (Invasion, Intervention).

## Begriffsklärung

Der Begriff „Soziale Verteidigung“ stammt von dem norwegischen Friedensforscher Johan Galtung. Als einer der ersten Strategiewissenschaftler nach dem Zweiten Weltkrieg experimentierte er mit dem Gedanken der Übertragbarkeit Gandhischer Kampftechniken auf akute zwischenstaatliche Konflikte, und ihm fiel dabei auf, daß man in der Verteidigungsdebatte über die Frage *wie* verteidigt werden kann, die Frage *was* zu verteidigen ist, vernachlässigte. Mit der üblichen Antwort, man müsse „sein Land“ verteidigen, gab sich dieser neugierige Mensch nicht zufrieden. Er entdeckte zwei Dimensionen: die territoriale und die soziale Verteidigung. „Territoriale Verteidigung bedeutet, daß Gebiete verteidigt werden, sozusagen Quadratmeter; soziale Verteidigung ist die Verteidigung dessen, was man als Lebensweise bezeichnen könnte“ (11)

Die weit verbreitete Annahme, soziale Verteidigung könne nicht wirksam sein, wenn das umstrittene Gebiet nicht vollständig kontrolliert werde, konfrontiert Galtung mit den Erfolgen der Guerilla-Kampfführung: in den meisten Fällen, in denen diese Kampftechnik nach dem Zweiten Weltkrieg angewendet worden ist, sei es gelungen, den Feind zum Nachgeben (Abzug oder Flucht) zu veranlassen, obwohl er militärtechnisch bis zuletzt, beispielsweise in Algerien bis 1962, in der Lage war, das umstrittene Territorium zu kontrollieren. (12)



Im Vergleich zwischen Guerillakampf und Sozialer Verteidigung hebt Galtung hervor, daß beide gegenüber der militärischen Verteidigung die ganze Bevölkerung auf der Basis größerer Gleichheit einbeziehen und daß sie die gesamte Persönlichkeit der Beteiligten erfassen.

Galtung will mit diesen Berührungspunkten zwischen zwei ansonsten sehr verschiedenen Kampfformen den ge-

danklichen Grenzübergang von der gegenwärtigen Befangenheit in territorialem Denken über die bekanntere Form der Guerilla in die weniger bekannte Zone der gewaltlosen, nichtmilitaristischen Verteidigung erleichtern. Die größeren Hoffnungen setzt er indes eindeutig auf die gewaltlose Alternative. Er vermutet, daß die Institution der militärischen Verteidigung „in ähnlicher Weise wie der Dinosaurier im Sterben liegt“, während er „im Gesamtbereich der Gewaltlosigkeit und der Technik der direkten Aktion soziale Institutionen in einer Wachstumsphase“ und entsprechend in der nichtmilitärischen Verteidigung ein, wenn auch in den Anfängen steckendes, Konzept mit Zukunft sieht. (13)

Der norwegische Friedensforscher will die nichtmilitärische Verteidigung allerdings unterschieden wissen „von der bei weitem subtileren Lehre der Gewaltfreiheit die mit Satyagraha (14) ihren praktischen Ausdruck findet. Die

Typologie von Verteidigungsarten nach Galtung:

	Territorial	Sozial
Gewaltsam	Militärische Verteidigung	Guerillakampf
Gewaltlos	—	Nichtmilitärische Verteidigung

# Kampftechniken . . .

nichtmilitärische Verteidigung macht nicht so viele metaphysische Annahmen, sie ist dem westlichen Denken besser angepaßt, „bürokratischer“ sozusagen, und mehr nach der gleichen Logik wie die militärische Verteidigung gestaltet“ (15)

In der Weiterentwicklung des Galtung'schen Ansatzes vor allem durch Gene Sharp (USA; 16), Adam Roberts (GB; 17) und Theodor Ebert (BRD; 18) haben sich in den 60er Jahren folgende gemeinsamen Merkmale der Konzepte Sozialer Verteidigung (19) herausgebildet:

- die Einführung eines auf Gewaltlosigkeit, insbesondere dem Gedanken der Nichtzusammenarbeit beruhenden Machtbegriffs im Kontrast zu einer auf Gewaltmitteln beruhenden Macht- und Sicherheitspolitik
- die Abkehr vom Gedanken der Territorialverteidigung und die Hinwendung zur Bewahrung von Lebensformen, sozialen Institutionen, Errungenschaften, gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, eigenen Ideen und Überzeugungen und
- der – qua definitionem – eindeutige Verteidigungscharakter in Verbindung mit einer Warnungs- bzw. Abhaltungswirkung (analog der vom Militärsystem in Anspruch genommenen Abschreckungswirkung).
- Unterschiedlich scheint insbesondere durch die Abwandlung, die Adam Roberts im Rahmen eines Forschungsauftrags der schwedischen Regierung vorgenommen hat, die Frage beantwortet zu werden, ob Soziale Verteidigung in Kombination mit militärischen Verteidigungsformen oder nur als Alternative zu diesen wirksam sein kann („mix oder pur?“)
- Uneinheitlich sind die Aussagen über die notwendigen gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Anwendbarkeit der Sozialen Verteidigung
- Umstritten ist, inwieweit aus Fallstudien allgemeingültige Aussagen gewonnen werden können und
- am schwierigsten gestalten sich – insbesondere unter der Fragestellung „mix oder pur?“ die Überlegungen zu den Übergangsproblemen von der militärischen zur Sozialen Verteidigung.
- In unbefriedigender Weise wurde schließlich bisher die Frage nach den technologischen Erfordernissen Sozialer Verteidigung behandelt. Hier besteht noch eine echte Forschungslücke.

Im folgenden kann aus Platzgründen nur zu einigen ausgewählten Problemen Stellung bezogen werden. Eine systematische Darstellung der Sozialen Verteidigung ist bei Trautmann (20), eine ausführliche Beschreibung unterschiedlicher Ansätze von Konzepten Sozialer Verteidigung ist in einem Aufsatz von mir aus dem Jahre 1972 (21) zu finden.

## Grundformen der Sozialen Verteidigung

Mit der Entwicklung von Konzepten nichtmilitärischer gewaltloser Verteidigung wurde für den Konfliktaustrag zwischen Staaten und Gesellschaften fruchtbar gemacht, was die Arbeiterschaft schon vor gut 100 Jahren im Übergang von der Maschinenstürmerei zum Streik entdeckt hatte: daß der Gegner machtlos ist, wenn ihm Zusammenarbeit und Gehorsam entzogen werden.

Der gemeinsame Nenner für eine Reihe gewaltloser Kampfweisen ist die Verweigerung bzw. der Entzug von Diensten, Mitteln, Kenntnissen, die für den Gegner Bedeutung haben, sowie die Drohung mit dem Abbruch der Beziehungen. So ist Streik der Entzug der Arbeitskraft, Meuterei der Entzug von Arbeitskraft und Gehorsam. Bei höher entwickelten, stark arbeitsteiligen Gesellschaften kann der Entzug von Informationen als Kampfmittel eine große Rolle spielen. Die Formen der Nichtzusammenarbeit dürfen aber weder mechanisch noch isoliert angewandt werden. Ausschlaggebend für die Wahl der Mittel



ist immer die Wirkung auf das gegnerische System. Die erkenntnisleitende Fragestellung lautet: Inwieweit tragen die Mittel des Widerstands dazu bei, die Absichten des Gegners zu durchkreuzen und sein System zu schwächen bei gleichzeitiger Stärkung bzw. geringstmöglicher Schwächung des eigenen Systems? Im Widerstand der Tschechen und Slowaken gegen die „Besatzungsverbündeten“ des Warschauer Pakts wurde diese Aufgabenstellung erkannt, indem die eigene Wirtschaft schädigende Streiks unterblieben, jedoch Streiks, die die Interessen der Sowjetrussen be-

rührten, durchgeführt wurden (Urangruben und Transport).

Eine weitere Grundform sind die Maßnahmen öffentlicher Konfrontation. Sie müssen geeignet sein, den Konflikt ins gegnerische Lager zu tragen mit der äußersten Folge abrupter Veränderung des status quo. Beispiele: Besetzung von Straßen, Brücken; Umzingeln gegnerischer Fahrzeuge; offensive Diskussionen mit den Besatzungen (Prag 1968). Wichtige Foren für solche Konfrontationen sind internationale Organisationen (UNO, ILO, aktuelle Verhandlungsrunden) sowie die Botschaften oder sonstige Einrichtungen der Angreifer im eigenen Land und in anderen Ländern.

Optimal: Protestveranstaltungen im Land des Aggressors (während des Vietnamkriegs in den USA (22); in Ansätzen immerhin auch auf dem Roten Platz in Moskau während der CSSR-Invasion).

Als dritte Grundform sind die rein demonstrativen Aktionen zu nennen. Sie dienen der Stärkung der eigenen Widerstandskraft (Demonstrationen,

Streiks); ihre Außenwirkung erschöpft sich meist in der bloßen Darstellung einer Haltung oder eines Standpunkts. Oft sind sie auch Vorstufe zu Maßnahmen öffentlicher Konfrontation oder sie werden angewendet, wenn Konfrontation oder Weigerung zu riskant sind.

## Gewaltlosigkeit und Technologie

Die gewaltfreie Aktion ist der historische Vorläufer und zugleich – in abgewandelter Form (instrumentell bzw.

„westlich-bürokratisch“ s.o. Galtung) integraler Bestandteil der Sozialen Verteidigung. Bei gewaltfreiem Widerstand gerät der Gegner in Schwierigkeiten, wenn er die Anwendung von Gewalt zur Berechnung des Widerstandes gegenüber den eigenen Truppen, seinem Heimatland und der Weltöffentlichkeit rechtfertigen will. Wie sehr die Gewaltlosigkeit der Tschechen und Slowaken die Sowjetpropaganda in Verlegenheit brachte, zeigt vor allem der klägliche Versuch, dem besetzten Land gewalttätige Absichten unter Hinweis auf angeblich entdeckte Waffenlager zu unterschieben. Gewaltloser Widerstand macht massive Unterdrückung auf längere Sicht unwahrscheinlich, weil ihre politischen Kosten (der Durchführung und Rechtfertigung) zu hoch sind. Vor allem begrenzt gewaltloser Widerstand die Mittel der Gewalteskalation des Eindringlings. Ein Atomschlag auf Hamburg zur Brechung des Widerstands einer sich gewaltlos verteidigenden Bundesrepublik ist unwahrscheinlich; bei einer durch Techno-Guerilla in die Defensive gedrängten Armeeführung könnte man sich einen demonstrativen, in die Knie zwingenden Atomschlag schon eher vorstellen (analog der offiziellen Begründung für die Atomschläge auf Hiroshima und Nagasaki).

Es wäre ein Mißverständnis, stellte man sich die Gewaltlosigkeit im Rahmen der Sozialen Verteidigung als „Hunger- oder Sitzstreik der Nation“ vor. Soziale Verteidigung, die wirksam sein will, muß vielmehr auf die technologische Höhe der Zeit gebracht werden. Vielleicht läßt sich an einem alltäglichen Beispiel am ehesten verdeutlichen, wie das gemeint ist.

Mein Auto „verteidige“ ich gegen Diebstahl, indem ich die Türen und das Lenkradschloß abschließe. Bekanntlich

ist das keine hinreichende Verteidigung gegen Diebstahl, denn es werden trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen immer wieder Autos gestohlen. Der intelligente Autofahrer, der sicherstellen will, daß sein Auto als Transportmittel nicht gestohlen wird, kann noch ein Übriges tun: er läßt sich von seiner Vertrauenswerkstatt einen Teil des Motorblocks oder des Elektrosystems so präparieren, daß durch dessen Herausnahme das Fahrzeug unbrauchbar wird. Jedesmal bevor er das Auto verläßt, nimmt er das Teil an sich. Kein vernünftiger Mensch käme auf die Idee, sein Fahrzeug mit einer Rakete so zu koppeln, daß es mit samt dem Unbefugten, der sich daran zu schaffen macht, in die Luft fliegt, bei schon abzusehendem Schaden für Umstehende.

Unser Verteidigungssystem ist aber eher mit dem Auto zu vergleichen, das durch die Rakete „gesichert“ ist als mit demjenigen, das auf die intelligentere Weise für Unbefugte unbrauchbar gemacht wird. Zur Rechtfertigung des bestehenden Verteidigungssystems hat zum Beispiel in der Auseinandersetzung mit Mechttersheimer der Verleger Bucevius die Frage aufgeworfen, ob die „Sowjetführung – in schweren wirtschaftlichen Schwierigkeiten über eine ärmlich lebende Bevölkerung herrschend – auf die Schätze eines kampflos dargebotenen Europa verzichten“ würde? (23) Eine ähnliche Meinung vertritt Voslensky in seinem Buch „Die Nomenklatura“. (24) Es kann dahingestellt bleiben, ob dies realistische Feindbilder von der Sowjetunion sind, ob die Vorstellung, das „reiche“ Westeuropa, das in Wirklichkeit rohstoffarm ist, sei ein lohnendes Kriegsziel, nicht einer lächerlichen Selbstüberschätzung gleichkommt ... Offensichtlich existieren solche Vorstellungen. Auch Psychofakts sind in der Politik wie Tatsachen zu

werten.

Wäre es nicht besser, unser angeblich so attraktives Industriesystem in der Weise zu sichern, daß es im Ernstfall, ohne zerstört zu werden, für „Unbefugte“ unbrauchbar gemacht wird? Die Faustregel müßte lauten: Entfernen des kleinstmöglichen Teils, das die größtmögliche Unbrauchbarkeit schafft. Dies könnte durch widerstandsfähige und opferbereite Vertrauensleute in den Betrieben, vielleicht auch teilweise durch Computersteuerung geschehen.

Eine entscheidende Rolle für den Widerstand spielt, das haben die Ereignisse in der CSSR 1968 bekräftigt, die Sicherstellung der Kommunikation unter den Widerstand Leistenden. Der von „legalen Untergrundsendern“ aus betriebene Rundfunk stellte in den Tagen nach dem Militärüberfall vom 21. August 1968 den einzigen kontinuierlichen Kontakt zwischen den legalen Regierungs- und Parteiorganen und der Bevölkerung dar. Er informierte regelmäßig über die Aktivitäten der politischen Gremien, strahlte ihre Mahnungen an die Bevölkerung aus, Besonnenheit zu wahren, verbreitete Loyalitätsbekundungen, Solidaritätsadressen, Resolutionen, Forderungen aus allen Bereichen der Gesellschaft; er war ein Umschlagplatz für Anregungen, berichtete über die internationale Einschätzung des CSSR-Problems, versuchte Nachbarstaaten und fremde Truppen über den tschechoslowakischen Standpunkt aufzuklären, warnte vor Kollaborateuren und warb für die Einheit der Nation im Widerstand.

Das Fernsehen funktionierte nur während der kürzesten Zeitabstände in den ersten Widerstandstagen. Die Zeitungen kamen unregelmäßig und nur mit wenigen Seiten heraus. Die zentrale





# wie in der Revolution . . .

Verwaltung hatte im großen und ganzen aufgehört zu funktionieren. Somit wurde der Rundfunk zum technischen Garant für die Ausbreitung und Aufrechterhaltung des Widerstandes. Daß dies gelang, hängt u.a. mit einer Besonderheit des Prager Rundfunks, einer Rundsteuerungsanlage zusammen, die auch von außen zu bedienen war.

Um diese Erfahrung systematisch umzusetzen, müßte das gesamte Kommunikationssystem bei uns unter dem Aspekt widerstandspolitischer Nutzungsmöglichkeiten durchanalysiert werden. Auf diesem Gebiet wartet viel Arbeit für zivile Techniker und es gibt hier einen Berührungspunkt zu den „Techno-Kommandos“ im Sinne des Afheldtschen Entwurfs. (25)

## Spontaneität und Planung

Vor allem in technischer Hinsicht bedarf die Soziale Verteidigung der sorgfältigen Planung. Sobald sich eine Gesellschaft für die Soziale Verteidigung als Konzept für den „Ernstfall“ entschieden hat, muß sie ihre Gesamtorganisation auf die neue Verteidigungsform einstellen. Es wäre ungerecht, hierin eine „Formierung“ der Gesellschaft zu Lasten der „Pluralität“ zu sehen. Denn das würde von der Tatsache ablenken, daß unsere Gesellschaften gegenwärtig als vernichtungsträchtige Kriegsgesellschaften formiert und konditioniert sind.

Erfolg wird die Soziale Verteidigung jedoch nur dann haben, wenn sie so angelegt ist, daß Spontaneität und Improvisationsgabe der Massen im „Ernstfall“ die Lücke des Nicht-Vorausplanbaren ausfüllen. Mehr noch: das Moment der Verplanung („jeder muß wissen, was er im Ernstfall zu tun hat“) muß zugunsten von Spontaneität und Improvisationsgabe der Widerstand leistenden Bevölkerung zurücktreten.

Die Planer und politischen Führer müssen es „aushalten“, daß nur ein Rahmen vorgegeben werden kann; die schöpferische Ausfüllung bleibt den Akteuren, der Widerstand leistenden Bevölkerung also, überlassen. Nur so kann der Gefahr entgangen werden, in konkreten Situationen die Wirklichkeit falsch zu erkennen und fehlzusteuern. Es gibt hier Parallelen zur Revolution (26): entscheidend wird die Grundhaltung der Massen sein und diese kann nicht durch Übungen im Stil von NATO-Manövern erzeugt werden.

Die „Übungsfelder“, auf denen die Soziale Verteidigung erforderliche Grundhaltung erworben werden kann, sind vielmehr gesellschaftliche Auseinandersetzungen von der Art der

Platzbesetzung in Wyhl, der Freien Republik Wendland, Hausbesetzungen. Wenn dies so festgestellt wird, dann geschieht das nicht, um solche Konflikte im Sinne der Sozialen Verteidigung zu instrumentalisieren, sondern um auf eine Verwandtschaft zwischen diesen Formen des sozialen Angriffs und der Sozialen Verteidigung aufmerksam zu machen. Im Larzac, in Marckolsheim, in Wyhl und in Gorleben traten der Staat, Industrieunternehmen und Elek-



Platzbesetzung und Räumung, Wyhl, Febr. 1975

trokonzerne wie fremde Eindringlinge auf. Sie hatten die Legalordnung auf ihrer Seite und/oder leiteten das Recht zum Eingriff in Natur und Lebenswelt der Region aus abstrakten Verpflichtungen im Namen der Gesamtgesellschaft ab (Verteidigung der Nation, Arbeitsplatzbeschaffung, Energiesicherstellung) ähnlich wie Interventionsmächte ihre Operationen mit dem höheren Interesse ihres (Bündnis-) Systems begründen („Bestand der sozialistischen Staatsgemeinschaft“, „Lebensinteressen des Westens“).

Widerstand konnte sich nur entfalten auf der Grundlage tief verwurzelter Identifikation mit dem zu verteidigenden Gut: „die Heimat“, die bisherige Wirtschafts- und Lebensweise, schließlich die Lebens- und Überlebenschancen der bedrohten Gattung. Die Entsprechung dazu war in der Tschechoslowakei 1968 die Identifikation mit dem tschechoslowakischen Erneuerungsprozeß, in Norwegen, im Kampf gegen die Gleichschaltung durch das Quisling-Regime, die Verankerung in der skandinavischen „Familiendemokratie“.

Erfolge auf den genannten „Übungsfeldern“ nähern unsere Gesellschaft dem Zustand an, in dem sie sein muß, um im Falle eines Angriffs als verteidigungswerte Soziale Republik anerkannt zu werden.

Der Gedanke der Einübung gilt jedoch nicht nur für die Grundhaltung der Sozialen Verteidigung, sondern auch im Hinblick auf das Erlernen der erforderlichen sozialen, organisatorischen und technischen Fähigkeiten.

## Gesellschaftliche Voraussetzungen der Sozialen Verteidigung

Sowohl Beobachtungen zum regionalen Widerstand im alemannischen Dreiländereck als auch Fallstudien zum Kampf gegen fremde Invasoren legen es nahe, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Soziale Verteidigung nicht in einer Weise zu idealisieren und zu strapazieren, daß dieses Verteidigungskonzept von vornherein ins Reich der Utopie verwiesen werden muß. Wer zum Beispiel das Fehlen antagonistischer Interessenskonflikte zur *conditio sine qua non* der Tauglichkeit einer Gemeinschaft zur Sozialen Verteidigung erachtet, verbaut sich den pragmatischen Zugang zu den Bedingungen, unter denen Soziale Verteidigung „dennoch“ möglich sein könnte. So kann ein einigendes Ziel oder können Hoffnungen auf eine schon eingeleitete aber erst in der Zukunft zu verwirklichende Entwicklung einer Gesellschaft (z.B. tschechoslowakischer Erneuerungsprozeß) dazu führen, daß eine angegriffene Gemeinschaft vorhandene Gegensätze für die Zeit des Widerstandes erfolgreich zurückstellt. (27)

## Plädoyer gegen voreilige Absagen an die Soziale Verteidigung

Ziemlich häufig ist das Argument zu hören, der Fall CSSR habe ja gezeigt, daß Soziale Verteidigung keinen Erfolg

haben könne: die russischen Truppen stünden heute noch im Land, die Menschen seien deprimiert und in ihrer Entfaltungsfähigkeit behindert. Dazu ist einmal zu sagen, daß in der CSSR wie überhaupt in der Menschheitsgeschichte Soziale Verteidigung noch niemals stattgefunden hat. Wir haben die Anwendung eindrucksvoller Spurenelemente dieser Verteidigungsform erlebt, das ist alles.

Wir können daraus eine Menge für die Weiterentwicklung dieses Konzepts lernen. So wenig wie die Militärs aus der Niederlage in einer Schlacht jemals die Konsequenz gezogen haben, das Kriegshandwerk an den Nagel zu hängen, so wenig sollten wir dieses Instrument im Werden aufgeben, nur weil ein Anwendungsfall mit einem Mißerfolg endete. Wenn wir dann den Fall CSSR genauer analysieren (28), kommen wir zu dem Schluß, daß ganz andere Gründe als die Wahl der Widerstandsformen für das Scheitern verantwortlich zu machen sind. Der springende Punkt war, daß sich Staatspräsident Svoboda ohne Mandat der berufenen Gremien, aus einer Art paternalistischer Grundhaltung, kurz nach dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen, nach Moskau begeben hat. Damit waren die Weichen für Verhandlungen gestellt, die zum Moskauer Kompromiß führten. Ohne Verständnis für die Machtquellen des zivilen gewaltlosen Widerstandes (Svoboda war ein alter Militär) und fern vom Widerstand leistenden Volk war die Moskauer Delegation weder willens noch in der Lage, den machtpolitischen Stellenwert des heimischen Widerstands zu erkennen, geschweige denn in politische Münze umzusetzen. Das weiterhin widerstandsbereite Volk wurde praktisch um die Früchte seines Widerstands betrogen. Nach der Rückkehr der „Idole des tschechoslowakischen Erneuerungsprozesses“ aus Moskau zerfiel das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Kraft und in die einstigen Garanten der Erneuerung.

Die einzige Möglichkeit, zu diesem Zeitpunkt die Einheit im Widerstand wiederherzustellen, hätte darin gelegen, den Moskauer Kompromiß als unter völkerrechtswidrigem Druck zustande gekommen für nichtig zu erklären. Nicht die Einheit zwischen Führung und Bevölkerung in der Erfüllung des Moskauer Kompromisses sondern die Einheit im Widerstand barg die größere Chance zur Erhaltung wesentlicher Elemente des tschechoslowakischen Erneuerungsprozesses. Paradoxe Weise hat der durch den Anfangswiderstand und das Stehvermögen Svobodas in Moskau erzielte kurzfristige Erfolg, den Hauptrepräsentanten des tschechoslowakischen Erneuerungsprozesses die Rückkehr in ihre Ämter ermöglicht zu haben, die



Buddhistischer Mönch in Vietnam

Tschechen und Slowaken um die Chance gebracht, einen effektiven, dynamischen Widerstand über längere Zeit aufrechtzuerhalten.

Schlußfolgerung (29): Die Entwicklung der Sozialen Verteidigung muß einhergehen mit Anstrengungen zur Entpersonalifizierung politischer Programme.

Die ausschlaggebende Antwort auf die Einwände gegen den tschechoslowakischen Widerstand ist jedoch in aller Schlichtheit: die Herstellung der Ausgangslage zur Sozialen Verteidigung durch den Befehl Svobodas an die Soldaten, in den Kasernen zu bleiben und nicht auf die Invasoren zu schießen plus der gewaltlose Widerstand der Bevölkerung haben dazu beigetragen, daß Tausende und Abertausende sinnloser Opfer vermieden wurden (vgl. dagegen Ungarn 1956!). Die Überlebenden können ihre Erfahrungen weitergeben.

### Ins Gelingen verliebt

Das Urteil über langfristige Erfolgchancen der Sozialen Verteidigung kann nicht an einem Punkt wie dem der

CSSR 1968 festgemacht, es muß vielmehr aus dem Kontinuum der Geschichte abgeleitet werden. Es wäre z. B. reizvoll zu ergründen, welcher Einfluß von den Erfahrungen der Tschechoslowakei 1968 sowohl auf die polnische Solidaritätsbewegung als auch auf den bisherigen Verzicht der Sowjetunion, militärisch zu intervenieren, ausging.

Das Konzept der Sozialen Verteidigung kann nur nach dem Prinzip Hoffnung weiterentwickelt werden. Hoffnung ist, wie Ernst Bloch sagt, ins Gelingen verliebt, nicht ins Scheitern.

Hoffnung können wir aus dem letzten Erfolg der Larzac-Bauern in ihrem gewaltfreien Kampf gegen die Ausweitung des Militärgeländes ziehen. Hoffnung können wir mit Daniel Ellsberg (30) aus der Erfahrung der Anti-Vietnam-Bewegung ableiten. Und wenn wir die gemischten Gefühle über das Ergebnis und die späteren Gewaltaktionen der neuen Führung überwinden, dann können wir auch Hoffnung aus der Art und Weise schöpfen, wie das Volk der Iraner mit gewaltfreien Mitteln den Aufstand gegen ein entschieden repressives,

# die Chance . . . " "

autoritäres Regime wie das des Schah gewagt und gewonnen hat. Auch der Sieg der polnischen Solidaritätsbewegung über das Machtmonopol der Partei begründet Hoffnung, ganz gleich was in Polen noch geschehen mag.

All diese Beispiele belegen, daß die gewaltfreie Aktion und die sich auf sie gründende Soziale Verteidigung Teile einer „sozialen Institution im Wachsen“ sind, die weiterzuentwickeln sich lohnt.

Mich hat in letzter Zeit am meisten das Urteil von Daniel Ellsberg über die Soziale Verteidigung ermutigt. Ellsberg war schließlich einer der obersten Atomkriegsplaner des Pentagon, bevor er mit der Veröffentlichung der „Pentagon-Papiere“ das Lager wechselte. Von ihm kann ein nüchternes Urteil auch über ein Konzept wie das der Sozialen Verteidigung erwartet werden. Er sagte (31): „Als ich gerade das Buch über die Soziale Verteidigung las (32) da war es für mich sehr interessant zu sehen, daß die Beiträge, die ich darin fand, nicht so unrealistisch wie vermutet waren, daß Soziale Verteidigung in der Welt wie sie ist, sehr wohl funktionieren würde: freilich müßten sich, wenn man sich wirklich etwas davon versprechen wollte, die

Haltungen der Leute im eigenen Land und in anderen Ländern ein ganzes Stück ändern.

Aber das ist notwendig, wenn wir überleben wollen. Mit anderen Worten, man könnte das Ziel so umschreiben: Die Welt muß sich so verändern, daß vollständige Abrüstung und das Vertrauen in die Fähigkeit zur Sozialen Verteidigung vernünftig erscheinen, vernünftig, einleuchtend und machbar.

Kurzfristig ist das zwar nicht gewährleistet. Aber ohne solch einen Wandel ist das Überleben weder machbar noch realistisch oder, so wie die Dinge heute liegen, alles andere als romantisch und sentimental.

Wenn es eine Welt geben wird, in der man realistische Entscheidungen für die nächsten 50 Jahre treffen kann, dann deshalb, weil selbst Soziale Verteidigung so weit gediehen ist, daß sie machbar, realistisch, erreichbar erscheint, was jetzt noch nicht der Fall ist.

Wenn wir nicht dahin kommen, dann werden wir nicht einmal lange genug leben, um darüber wehklagen zu können, daß es nicht so weit gekommen ist.“

## Artisten, steigt ab!

Die Artisten, die mit übertötungsschwangerem Sprengstoff auf dem Hochseil jonglieren, sind vielleicht in der Mitte des Seiles angelangt, vielleicht sind sie auch schon weiter. Wir scheinen zum bängen Zuschauern verdammt zu sein, bis diese Größenwahnsinnigen endlich an der Strickleiter angelangt sind. Im Abstieg, was nicht ohne Risiko ist, oder spätestens wenn sie wieder auf dem Boden sind, sollten wir sie entwaffnen und zu überzeugen versuchen. Umso besser für die Menschheit, wenn einige der Hochseilartisten, die die Wahnsinnsnummer mit gespielt haben, aus eigener Kraft vorzeitig zu uns stoßen wie Daniel Ellsberg und General Bastian (der noch nicht ganz herabgestiegen ist): ihr Ablösungsprozeß vom System der Auslöschung wird auch andere ermutigen, ihr Können in den Dienst nichtmilitärischer Verteidigungskonzepte zu stellen.

Nutzen wir die Chance, verstärkt an der konstruktivsten Alternative zum auf Terror und Gegenterror gegründeten internationalen Drohsystem zu arbeiten!

Roland Vogt

- (1) Wenn man von Ungarn 1956, von Prag 1968 (als sich eine überfallene Nation weigerte Krieg mitzuspielen) und von all den Fällen, wie z.B. dem Suez-Abenteuer 1956 absieht, in denen Europäer anderswo Kriege anzettelten.
- (2) in einer Veranstaltung am 19. Juni 1981 im DGB-Haus Hamburg zum 19. Evangelischen Kirchentag.
- (3) z.B. Afheldt und Löser.
- (4) vgl. Afheldt, Verteidigung und Frieden, München und, als dtv 1453 1979; Löser, Überleben ohne Atomkrieg in Die Grünen, Hrsg., Entrüstet Euch, Analysen zur Atomaren Bedrohung/Wege zum Frieden, Bonn 1981, S. 156 ff.
- (5) so Wolfgang Sternstein in: Thesen zur „Sozialen Verteidigung“, gewaltfreie Aktion, H 21/22, 3. + 4. Quartal 1974, S. 88.
- (6) Sternstein a.a.O., S. 89.
- (7) u.a. Afheldt, Potyka, Reich, Sonntag, C.F. v. Weizsäcker, Durch Kriegsverhütung zum Krieg? München 1972, Reihe Hanser 79.
- (8) das hat sich inzwischen bis in Regierungskreise herumgesprochen: Thesen von Klaus von Dohnanyi, wonach „gewisse Kräfte im Westen ... Gleichgewicht immer wieder de facto als westliche Überlegenheit ... definieren“, lt. Der Spiegel v. 22. Juni 1981, S. 20.
- (9) s. Frankfurter Rundschau, Dokumentation vom 12.5.1981.
- (10) Wittig, Über die geschichtliche Notwendigkeit gewaltfreier Konfliktaustragung im Atomzeitalter / Ebert u.a., Demokratische Sicherheitspolitik, Von der territorialen zur Sozialen Verteidigung, München 1974, Reihe Hanser 176, S. 43.
- (11) Johan Galtung, Zwei Konzepte der Sozialen Verteidigung, Vortrag aus dem Jahre 1964, zit. nach einer ms. dt. Übersetzung von Volker Hornung, s. Roland Vogt, Konzepte der Sozialen Verteidigung, in: Ebert u.a., Demokratische Sicherheitspolitik, S. 11.
- (12) Galtung a.a.O., S. 1 / Vogt a.a.O., S. 11.
- (13) Galtung, Nichtmilitärische Verteidigungsmaßnahmen, in: Soziale Verteidigung, Friedens- und Sicherheitspolitik in den 80er Jah-

ren, Gelnhausen und Berlin 1972, S. 84ff, hier S. 85.

- (14) Bezeichnung für Gandhis strategisches Konzept, lt. Theodor Ebert, Gewaltfreier Aufstand, Alternative zum Bürgerkrieg, Freiburg 1968, S. 33, zu übersetzen mit „Gewaltfreier Einsatz für die Wahrheit“.
- (15) Galtung, Nichtmilitärische Verteidigungsmaßnahmen, a.a.O., S. 86.
- (16) Gene Sharp, The Political Equivalent of War-Civilian Defense, Reihe: International Conciliation No. 55 (1965); deutsche (gekürzte) Übertragung: Das politische Äquivalent des Krieges - Die gewaltlose Aktion, in: Ekkehart Krippendorff (Hrsg.), Friedensforschung, Köln und Berlin 1968, S. 477 - 513.
- (17) Adam Roberts, Eine Schlacht gewonnen, den Krieg verloren in: Theodor Ebert, Hrsg., Ziviler Widerstand, Fallstudien der innenpolitischen Friedens- und Konfliktforschung. Düsseldorf 1970, S. 307 ff.; ders., Die Strategie der Sozialen Verteidigung, in A.R., Hrsg., Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren, Göttingen 1971, S. 159 - 209; ders. Umrüstung auf Soziale Verteidigung, in A.R., Hrsg., Gewaltloser Widerstand ..., a.a.O., S. 266 bis 280.
- (18) Theodor Ebert, Soziale Verteidigung Bd. 1 und 2, Waldkirch 1981.
- (19) Roland Vogt, Konzepte der Sozialen Verteidigung in: Ebert u.a., Demokratische Sicherheitspolitik, a.a.O., S. 11 ff.
- (20) Dieter Trautmann, Soziale Verteidigung als Alternative zur militärischen Verteidigung, in Die Grünen, Hrsg., Entrüstet Euch, a.a.O., S. 128 ff.
- (21) Roland Vogt, Konzepte ... a.a.O.
- (22) Der Vietnam-Krieg wurde auch durch die gewaltfreien Anti-Vietnam-Kampagnen in den USA und anderswo beendet, Manfred Kühle und Roland Vogt, „Entwaffnen durch Verbreiten der Wahrheit“, Gespräche mit Daniel Ellsberg, Hrsg. Die Grünen, Bonn, 1981.
- (23) Gerd Bucarius, „Atomrampe Deutschland“ in: „Stern“ Nr. 14, v. 26.3.1981 als Antwort auf „Die versteckte Atommacht“, „Stern“ Nr. 9, 1981.

(24) Michael S. Voslensky, Die Nomenklatura, Molden-Verlag, München 1980.

- (25) Afheldt a.a.O.
- (26) vgl. Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften in: Politische Schriften I, 2. Aufl. 1966, S. 135 ff 181/182: „Das Element des Spontanen spielt ... in allen russischen Massenstreiks ... eine große Rolle... Dies rührt aber nicht daher, weil in Rußland die Sozialdemokratie noch jung und schwach ist, sondern daher, weil bei jedem einzelnen Akt des Kampfes so viele unübersehbare ökonomische, politische und soziale, allgemeine und lokale, materielle und psychische Momente mitwirken, daß kein einziger Akt sich wie ein Rechenexempel bestimmen und abwickeln läßt ... Kurz, in den Massenstreiks in Rußland spielt das Element des Spontanen eine so vorherrschende Rolle, nicht weil das russische Proletariat „ungeschult“ ist, sondern weil sich Revolutionen nicht schulmeistern lassen.“
- (27) April Carter, Die politischen Voraussetzungen der Sozialen Verteidigung, in Adam Roberts, Hrsg., Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren, a.a.O., S. 244 - 265, 247 ff.
- (28) Roland Vogt, Konzepte ... a.a.O., S. 35/36.
- (29) hervorragend gelungen Vladimir Horsky, Prag 1968, Systemveränderung und Systemverteidigung, Stuttgart/München 1975 (Studien zur Friedensforschung Bd. 14).
- (30) Roland Vogt, „Thesen zum Widerstand“, eingebracht in die Internationale Studententagung vom 9. - 13. Dezember 1970 der Studiengruppe Soziale Verteidigung in der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.
- (31) Kühle/Vogt: Entwaffnen durch Verbreiten der Wahrheit, vgl. Fn. 22.
- (32) = 30.
- (33) Possibilities of Civilian Defence in Western Europe (Möglichkeiten Sozialer Verteidigung in Westeuropa), Hrsg. Gustaaf Geeraerts, 1977, Amsterdam und Lisse, mit Beiträgen von Johan Niezing, Gustaaf Geeraerts, Vladimir Horsky, Roland Vogt, Wolfgang Sternstein, Theodor Ebert, Manfred Stinnes, Hakan Wieberg, Adam Roberts, Hans Georg Wittig, Rudolf Epple.

# ERSTE THEORETIKER DER



In diesem Beitrag ist beabsichtigt, wesentliche Gesichtspunkte der Diskussion über die Verteidigung der Revolution in der anarcho-syndikalistisch antimilitaristischen Bewegung in den 20er und 30er Jahren unseres Jahrhunderts zu rekonstruieren. Den Hintergrund für diese Diskussionen stellten die russischen Ereignisse nach 1917 mit Bürgerkrieg und Interventionskrieg dar, in denen sich der junge sowjetische Staat durch das Aufstellen eines Roten Heeres und durch den Aufbau einer Geheimpolizei einerseits zwar der Konterrevolution zu erwehren suchte, andererseits aber auch die anti-autoritären revolutionären Strömungen ausschaltete. Daß dies Konsequenzen für den weiteren Verlauf der sowjetischen Entwicklung haben würde, erkannten nicht nur Anarcho-Syndikalisten. Sie aber waren aufgrund ihres revolutionären Zieles einer herrschaftsfreien Gesellschaft und aufgrund ihres entschiedenen Antimilitarismus in besonderer Weise theoretisch und praktisch herausgefordert. In der Auseinandersetzung mit diesen Erscheinungen gelang es dann auch in diesen Kreisen, alternative Modelle zur gewaltsamen Verteidigung revolutionärer Prozesse gedanklich zu entwickeln. Dabei traten Pierre Ramus, Albert de Jong und Arthur Müller Lehning hervor.

## Lücke in der revolutionären Theorie

Die damaligen Überlegungen haben einen — wenn auch miteinander verbundenen — doppelten Stellenwert. Zum einen trugen sie dazu bei, eine Lücke in der revolutionären Theorie zu schließen. Denn der Problemkomplex der Verteidigung der Revolution war bis dahin eigentümlich unreflektiert geblieben. Indem Ramus, de Jong und Lehning nun aber eine Verteidigungsstrategie auf der Grundlage gewaltloser Aktionen formulierten — und das ist der andere relevante Gesichtspunkt —, leisteten sie einen innovativen Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Theorie gewaltloser Konfliktaustragung überhaupt.

Dies bedeutet nicht, daß die genannten Theoretiker einer Richtung soge-

nannter „prinzipieller“ oder „doktrinärer“ Gewaltlosigkeit zuzurechnen wären. Subjektiv begründeten sie ihre Gewaltlosigkeitsvorstellungen, wie noch zu sehen sein wird, im Rahmen von Gewaltvermeidungsstrategien pragmatisch. Diese Einschränkung schließt jedoch nicht aus, daß die damaligen Überlegungen objektiv außergewöhnliche Beiträge zur Entwicklung einer Theorie zur gewaltlosen Konfliktaustragung gewesen sind.

## Eine theoretische Lücke in den revolutionären Strategien: Die Verteidigung der Revolution

Bis zum 1. Weltkrieg waren Praxis und Aktionsmodelle von Marxisten, Anarchisten oder Syndikalisten grundsätzlich auf den sozialen Angriff abgestellt.

Wenn sich die strategischen Konzeptionen auch teilweise gänzlich voneinander unterschieden, so war es doch das gemeinsame Ziel, das Herrschaftssystem der bestehenden kapitalistischen Nationalstaaten in ihren Institutionen und Agenturen zu treffen und letztlich zu überwinden.

Eine Frage blieb in all jenen Jahrzehnten vielfältiger aktionistischer Praxis und theoretischer Reflexionen merkwürdigerweise undiskutiert, die Frage nämlich, mit welchen Mitteln eine sich entwickelnde revolutionäre Gesellschaft zu verteidigen sei. Diese Frage hätte sich nur erübrigt, wenn man realistischerweise hätte annehmen dürfen, daß sich eine Revolution gleichzeitig in allen Ländern vollziehen würde.

# SOZIALEN VERTEIDIGUNG

Immerhin hatte Friedrich Engels das Problem indirekt schon relativ früh thematisiert. Das Scheitern der proletarischen Aufstände der Jahre 1848/49 war für ihn der Anlaß gewesen, sich systematisch mit militärischen Fragen auseinanderzusetzen. Das erste Ergebnis dieser Beschäftigung mit der Militärfrage war ein Szenario: In einem nicht abgeschlossenen Aufsatz untersuchte Engels 1851 die Möglichkeiten zur Verteidigung einer siegreichen Revolution – interessanterweise – in einem (Hervorhebung durch den Verfasser) Land, und zwar in Frankreich. (1)



Nun ist es in diesem Zusammenhang nicht notwendig, die Überlegungen von Engels zu verfolgen. Er blieb 1851 wie auch in späteren Jahrzehnten bei der Würdigung militärischer Ereignisse grundsätzlich in militärtechnischen und militärstrategischen Überlegungen, also in Kategorien gewaltsamer Konfliktausprägung stecken, was er selbst allenfalls für innergesellschaftliche Formen des Klassenkampfes relativierte.

Dies muß verwundern. Aber diese Verwunderung gilt nicht nur Engels oder Marx. Sie gilt weitgehend den maßgeblichen Strömungen der marxistischen Bewegung, in der es nicht gelungen ist, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mechanismen der genuinen Kampfformen der Arbeiterklasse wie Demonstrationen, Streiks, Boykott, Dienstverweigerung, Selbsthilfeeinrichtungen etc. angemessen zu analysieren. Denn neben ihrem zumeist sozialökonomischen Be-

zug war ein wesentlicher Faktor dieser Kampfformen ihre relative Gewaltlosigkeit ihre „Gewaltarmut“. Dieser analytische Mangel dokumentiert einen verhängnisvollen lernpathologischen Prozeß.

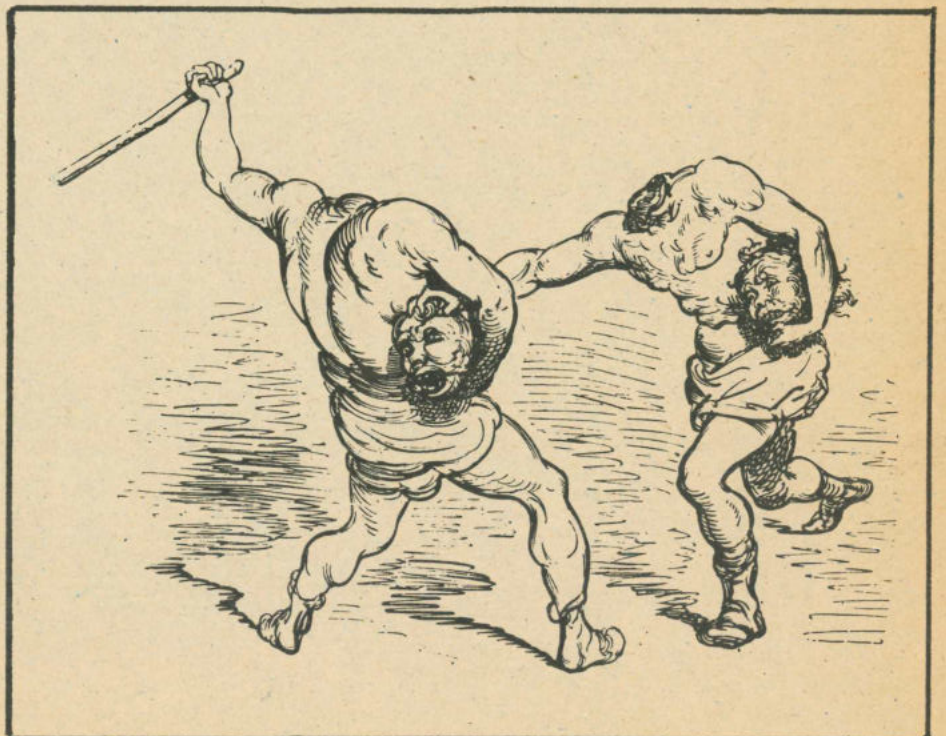
Die Folge: Die Sozialdemokratie entfremdete sich von basisorientierten Aktionen; und die autoritäre Richtung der Arbeiterbewegung sowie später die staatssozialistischen Länder, die die Begriffsbildung von der „Macht der Arbeiterklasse“ oder der „Macht des Volkes“ so häufig und gern strapazieren, haben gerade diese Macht ebenso oft verkannt wie selbst bekämpft. Hier sei nur an die fatale Praxis des bewaffneten Aufstandes in den 20er Jahren erinnert sowie an die aktionistische Ohnmacht und Phantasielosigkeit der kommunistischen Bewegung gegenüber dem Faschismus. Und es sei hingewiesen auf die gewaltsame Niederschlagung verschiedener Arbeiteraufstände gegen die Parteibürokratie und auf die Intervention von fünf Warschauer-Pakt-Staaten gegen den tschechischen Reformsozialismus. Irrationaler Glaube an die Gewalt, Verkennen des Machtzuwachses der Herrschenden und des Militärs durch die Entwicklung der Destruktionsmittel, Ignorieren der möglichen Kampfmittel des Volkes – diesen Zusammenhang symbolisiert schließlich selbst Salvadore Allende auf jenem letzten Foto, das ihn mit Stahlhelm und Maschinenpistole als einsamen Mann in seinem schon von Bomben getroffenen Präsidentenpalast zeigt.

## Gewaltkritik und Gewaltlosigkeitsanalyse in der antiautoritären Bewegung

In Nebenströmungen des Marxismus allerdings – hier sei als herausragendste Vertreterin Henriette Roland Holst (2) genannt –, vornehmlich aber in der anarchistischen, syndikalistischen und dann anarcho-syndikalistischen Bewegung hatte es seit je gegenüber der revolutionären Gewaltideologie Vorbehalte gegeben. (3) Dabei wurden folgende Gesichtspunkte reflektiert:

- die Erscheinung der sich selbst erfüllenden Prophezeiung bei der Propagierung des bewaffneten Kampfes, der alternative Aktionsformen per se vernachlässigt;
- die Eigengesetzmäßigkeit organisierter Gewaltanwendung hinsichtlich der Verfestigung autoritärer Strukturen in der nachrevolutionären Phase;
- der technische Charakter der Gewaltanwendung, der die humanen revolutionären Ziele verschüttet;
- die zunehmende strukturelle Unterlegenheit bewaffneter revolutionärer Bewegungen insbesondere in hoch organisierten Gesellschaften aufgrund der Entwicklung der Destruktivkräfte.

In der antiautoritären Bewegung und in der von ihr im wesentlichen geprägten antimilitaristischen Bewegung gelangte man über diese Kritik an der revolutionären Gewaltanwendung nun noch hinaus.



Als Beleg sei im folgenden kurzrassisch der bedeutende Beitrag von Bart de Ligt zum antimilitaristischen Aktionsverständnis wiedergegeben. Denn er war es insbesondere, der seit dem Beginn der 20er Jahre auf der Grundlage soziologischer, sozialpsychologischer und geschichtsphilosophischer Kategorien die traditionellen Mittel des Klassenkampfes in ihren Mechanismen analysierte, als Besonderheit dieser Aktionsformen deren Gewaltlosigkeit nachwies und zugleich ein neues Gewaltlosigkeitsverständnis begründete. Man könnte es als „materielles“ bezeichnen. (4)

In der Terminologie moderner Konflikttheorien formuliert, belegt de Ligt folgendes:

- Die gewaltlosen (direkten) Aktionen sind nicht Ausdruck einer passiven, sondern einer höchst aktiven Haltung.
- Gewaltlosigkeit ist eine von der Basis ausgehende Form der Machtentfaltung, bei der gesellschaftliche Macht nicht mit physischen Gewaltmitteln oder mit der Möglichkeit zu deren Anwendung identifiziert wird.
- Gesellschaftliche Konflikte sind als Lernprozesse zu verstehen. Lernen müssen die Herrschenden ebenso wie die Akteure und die in einem Konflikt weniger betroffenen Gruppen. Gewaltanwendung verhindert solche Lernprozesse.
- Der gesellschaftliche Gegner soll nicht existenziell bekämpft werden, sondern in jener sozialen Rolle, die er bei der Verhinderung von gesellschaftlichem Fortschritt einnimmt.
- In den von Revolutionären angewendeten Kampfformen müssen die gesellschaftlichen Ziele sichtbar werden (Ziel/Mittel - Relation).
- Neben der Praktizierung von Verweigerungsaktionen müssen daher in besonderem Maße konstruktive Aktionen entwickelt und praktiziert werden.
- Die zunehmende Komplexität der gesellschaftlichen Organisation begünstigt gewaltlose Aktionsformen.

1934 - im Rahmen der WRI-Konferenz im englischen Welwyn-Herts - publizierte De Ligt im übrigen einen breitgefächerten Aktionsplan gegen Krieg und Kriegsvorbereitung auf der Grundlage der Gewaltlosigkeit, in dem alle gesellschaftlichen Schichten zu aktiver Kriegsbekämpfung aufgefordert wurden. (5)

Der Reflexionsstand, wie er sich etwa in der ersten Hälfte der 20er Jahre herausbildete, hatte im wesentlichen jene Erfahrungen zur Grundlage, die in den Auseinandersetzungen des Klassenkampfes und der antimilitaristischen Aktionen gewonnen worden waren, also in Aktionsformen des sozialen Angriffs. In der Debatte über die Verteidigung der Revolution vollzog sich nun ein weiterer intellektueller Schritt, eine schöpferische Weiterentwicklung des theoretischen



„Je mehr Gewalt, desto weniger Revolution.“  
Bart de Ligt

schen Klassenkampfverständnisses: Die bekannten Aktionsformen wurden auf eine anders geartete Konfliktkonstellation übertragen, nämlich auf die Situation der Verteidigung einer neuen sozialen Ordnung. Dieses Konfliktmodell wird heute entsprechend als „Soziale Verteidigung“ bezeichnet. Ein solcher Transfer machte es notwendig, Aktionsformen zu modifizieren und neue Widerstandshandlungen zu erdenken.

### Die soziale Revolution und ihre Verteidigung bei Pierre Ramus

1904 war in Amsterdam die Internationale Anti-Militaristische Vereinigung (I.A.M.V.) mit der Intention gegründet worden, dem anarchistischen und syndikalistischen Antimilitarismus auf internationaler Ebene einen organisatorischen Rahmen zu geben. Trotz eines weiteren Kongresses 1907 blieb die I.A.M.V. aber weitgehend eine nationale niederländische Organisation. Hier allerdings war sie als Sammelbecken nicht ohne Bedeutung.

Die Weltkriegsereignisse waren dann das Motiv, eine neue Initiative zur internationalen Organisation von Antimilitaristen zu ergreifen.

In der Zeit vom 6. - 9. August 1920 veranstaltete man schließlich in Den Haag eine internationale Vorkonferenz zur Vorbereitung des 3. Internationalen Anti-Militaristischen Kongresses. Gleichzeitig stifteten die Anwesenden ein vorläufiges „Internationales Anti-Militaristisches Bureau“ (I.A.M.B.) und verfaßten einen Aufruf, in dem die europäischen und amerikanischen Arbeiter aufgerufen wurden, sich dem drohenden Interventionskrieg gegen das revolutionäre Rußland zu widersetzen.

Der 3. Internationale Anti-Militaristische Kongreß fand dann an den Ostertagen vom 26. bis 31. März 1921 in Den Haag statt. Trotz starker Behinderung durch die holländische Regierung - eine Anzahl ausländischer Teilnehmer erhielt keine Einreisegenehmigung, einige waren trotzdem illegal anwesend, was Geheim Sitzungen notwendig machte - gestaltete sich dieser Kongreß zu einer bemerkenswerten Demonstration der antimilitaristischen Kräfte, wenn auch das Wollen über das organisatorische und materielle Potential hinaus schoß. Das nachhaltigste organisatorische Ergebnis dieses Kongresses war die eigentliche Stiftung des „Internationalen Anti-Militaristischen Bureaus gegen Krieg und Reaktion“ (I.A.M.B.). 1923 waren 34 holländische Organisationen dem I.A.M.B. angeschlossen, sowie Organisationen aus Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Norwegen, Österreich, Spanien, Schweden, der Schweiz und aus Deutschland. Zumeist hatten diese Organisationen örtliche Bedeutung, wobei es für Deutschland zwei Ausnahmen zu notieren gilt: So waren dem I.A.M.B. der „Bund der Kriegsdienstgegner Deutschlands“ angeschlossen, den Helene Stöcker vertrat, und zeitweise die durch Fritz Kater vertretene syndikalistische Freie Arbeiter-Union Deutschlands (F.A.U.D.), die sich allerdings nach der Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation abtrennte.

Am Rande des Internationalen Anti-Militaristischen Kongresses 1921 in Den Haag vollzog sich im übrigen die Gründung einer Organisation, die langfristig in der internationalen antimilitaristischen Bewegung von weitreichenderer Bedeutung werden sollte als das I.A.M.B.. Kurz vor dem Kongreß (22. - 26. März) hatte sich in Bilthoven um den englischen Quäker Kees Boeke eine Gruppe sogenannter „Absolutisten“, nämlich prinzipiell gewaltloser Antimilitaristen, zusammengefunden, die sich auf der Grundlage folgender Formel selbständig organisierten: „Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Wir sind daher fest entschlossen, keinerlei Krieg zu unterstützen und für die Beseitigung aller Kriegsursachen zu kämpfen.“

Diese Internationale nannte sich zuerst nach dem Esperantowort für Frieden „Paco“. 1923 verlegte sie ihre organisatorische Zentrale von Bilthoven nach London und nannte sich seither „War Resisters' International“ (W.R.I.).

### Russische Revolution als Herausforderung

Der Den Haager Kongreß des Jahres 1921 brachte die erste Diskussion über die Erscheinung des Militarismus auf internationaler Ebene nach der Russischen Revolution. Zu dieser Thematik

machte Pierre Ramus, der maßgebliche österreichische Anarchist — mit bürgerlichem Namen Rudolf Grossmann —, die weitgehenden Ausführungen. Ramus, der 1878 in Wien geboren worden war (6), hatte wie viele Anarchisten ein wechselvolles Leben mit langjährigen Auslands- und Gefängnisaufenthalten hinter sich. Auch auf dem Kongreß war er illegal anwesend, weshalb seine Ausführungen zum Thema „Militarismus, Kommunismus und Antimilitarismus“ verlesen wurden. (7)

Die gewichtigste Herausforderung für die antimilitaristischen Anarchisten ist in diesen Jahren der Fortgang der Russischen Revolution, in der sie nicht nur kritisch das Herstellen eines staatlichen Prinzips bemerken, sondern auch die Errichtung militaristischer Institutionen unter der Losung „Bewaffnung des Proletariats“, Hier setzt Ramus an. Er kritisiert an dieser Losung zunächst, daß sie ein einheitliches proletarisches (hier

als subjektiv verstandenes) Klasseninteresse voraussetzt — eine Unterstellung, die er mit dem Verhalten der Arbeitermassen beim Ausbruch des Weltkrieges widerlegt sieht. Aber selbst für den Fall, daß die Losung die „Bewaffnung einer bestimmten Gruppe oder revolutionären Parteirichtung“ meint, bestreitet Ramus deren „emanzipatorische“ Qualität. Be-

steht doch die Gefahr der Verselbständigung einer solchen Gewaltorganisation. Denn es gibt „keinerlei Garantie für die revolutionäre Beständigkeit und Verlässlichkeit einer solchen mit Waffengewalt ausgestatteten Minoritätsgruppe des Proletariats ... — ebensowenig die Lauterkeit und Ergebenheit der sie befehlighenden Führer und Machthaber zugunsten der revolutionären Sache und nicht ihrer Sonderinteressen“. (8)

Nun wäre aber die radikale Militarismuskritik von Ramus unglaublich gewesen, wenn er nicht für eben die drängendste revolutionäre Frage seiner Gegenwart eine Antwort hätte geben können. Die antimilitaristischen Anarchisten sahen als Bedingung für die Verwirklichung ihrer revolutionären Prinzipien die Beseitigung des Militärs an.

Ramus' zentrale These ist nun diese: „Eine anarchistisch-kommunistische Gesellschaft setzt somit dem Einzug, der sogenannten Invasion fremder Truppen, keinerlei militärischen Widerstand entgegen, kann es nicht tun, da eine solche Gemeinschaft keinen Militarismus, keine Waffenindustrie besitzt. Sie weiß aber auch, daß die Invasion selbst der stärksten Armee eine Nichtigkeit darstellt gegenüber der eigenen Bevölkerungsdichte und daß diese Armee, wenn innerhalb eines Landes, um es okkupieren zu können, vorerst

dezentralisiert, aufgeteilt und zerstreut werden muß. Diese Notwendigkeit tritt aber nur dann ein, wenn sich der einfallenden Armee kein vergleichsweise kompakter Massenkörper mit Waffen in den Händen entgegenstellt, sondern ein wohl förderativ miteinander verbundenes, sonst aber über das ganze Land verstreutes Widerstandselement des passiven Ungehorsams darbietet, welches die sozialwirtschaftlichen Mittel der Obstruktion, der Sabotage und des passiven Widerstandes vereint zur Anwendung bringt.“ (9)

### „Anarchistische Gesellschaft kennt keinen kollektiven Feind“

Die Zerstreuerung der eingefallenen Armee begünstigt ein weiteres Element des Widerstandskonzepts. Eine anarchistische Gesellschaft kennt nämlich keinen kollektiven „Feind“, sondern differenziert eingefallene Heere bezüglich ihrer sozialen Zusammensetzung. Diese Soldaten werden nun Ziel der antimilitaristischen Aktionen der betroffenen Bevölkerung, wobei ihnen die Möglichkeit geboten wird, in der neuen Gesellschaftsordnung einen Platz einzunehmen. Allein die „befehlighenden Elemente“ will R a m u s, sofern sie nicht alsbald ihre Funktionen aufgeben, strenger behandelt sehen, eine Überlegung, die einen für Anarchisten naheliegenden antiautoritären Affekt offenbart. Zwar verneint R a m u s auch in diesem Fall die physische Gewaltanwendung, aber er befürwortet die „sozialwirtschaftliche Methode der Ächtung, des Boykotts und jedweder Unterbindung persönlicher und dringlicher Hilfe wie Dienstleistungen“ (10), wobei er allerdings — und das ist nicht widerspruchsfrei — auch die Verweigerung von Lebensmitteln einbezieht. Als weiteres Element eines solchen Widerstandes muß schließlich die Internationalisierung des Kampfes gegen den Aggressor durch Streik und Boykott hinzutreten. (11)

R a m u s hat sein Verteidigungskonzept auf einen Begriff gebracht; er nannte es „antimilitaristisch-sozialwirtschaftliche Selbstverteidigung“. (12) Diese Terminologie korrespondiert mit seiner Umschreibung der gesellschaftsverändernden Handlungsmodelle als „sozialwirtschaftliche Aktion“, der die Überlegung zugrunde lag, daß die Anwendungen der Unterdrückungsmittel von Herrschenden das Funktionieren der sozialwirtschaftlichen Beziehungen einer Gesellschaft zur Voraussetzung hat. Das Zerstören dieser sozialökonomischen Interdependenzen, was nach R a m u s' Vorstellungen auch von Minderheiten geleistet werden kann, trifft somit mittelbar die Herrschaftsmechanismen selbst. (13)

R a m u s' gedankliche Skizze eines



Konzeptes Sozialer Verteidigung hat weitergewirkt; denn solche Überlegungen begegnen uns knapp zwei Jahre später ein erstes Mal erneut, als das I.A.M.B. die Arbeiter an der Ruhr zum gewaltlosen Widerstand auffordert, und am Ende der 20er Jahre in einer Diskussion der I.A.A. über die Verteidigung der Revolution.

### Die Diskussion über die Verteidigung der Revolution in der „Internationalen Arbeiter Assoziation“ (I.A.A.)

Die „Internationale Arbeiter Assoziation“ (I.A.A.) war auf einem internationalen syndikalistischen Kongreß im Dezember 1922 in bewußter Anlehnung an den anarchistischen Flügel der 1. Internationalen gegründet worden. (14) Die „Berliner Internationale“, wie sie auch genannt wurde, vereinigte syndikalistische Organisationen von zunächst neuen nationalen Verbänden, zu denen im Laufe der Jahre weitere hinzutraten. Sie war das Ergebnis von Konflikten mit der Komintern und deren Versuchen, eine kommunistische Gewerkschaftsinternationale aufzubauen. Hierbei hatte es sich erwiesen, daß die Bolschewisten nicht gewillt waren, die Eigenständigkeit des revolutionären Syndikalismus anzuerkennen.

Der 2. Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation fand vom 21. - 28. März 1925 in Amsterdam statt. Hier nahmen Vertreter des I.A.M.B. Kontakte mit dem Ziel einer Zusammenarbeit auf. Nach Vorgesprächen in Paris im Mai 1926 kam es vom 2. - 4. August 1926 zu einer I.A.M.B.-Konferenz in Berlin, auf der am 3. August 1926 als eine gemeinsam vom I.A.M.B. und der I.A.A. getragene Einrichtung die „Internationale Antimilitaristische Kommission“ (I.A.K.) gegründet und deren Sitz nach Holland gelegt wurde. Die Kommission wurde aus sechs Personen gebildet, von denen je drei vom I.A.M.B. und von der I.A.A. benannt wurden.

Der I.A.K. kam gemäß einer Grundsatzklärung im wesentlichen die Aufgabe zu, die antimilitaristische Arbeit und ihre theoretischen Hintergründe zu dokumentieren. Praktisch schlug sich diese Zielsetzung in der Herausgabe eines Pressedienstes nieder, dessen Bearbeitung den beiden I.A.K.-Sekretären Albert de Jong (I.A.M.B.) und Arthur Müller-Lehning (I.A.A.) oblag. Seit Mai 1927 erschien dieser Pressedienst in französischer, deutscher, englischer und niederländischer Sprache regelmäßig etwa monatlich; Einzelnummern auch in Spanisch, Norwegisch und in Esperanto. Zu Beginn der 30er Jahre wurde der Pressedienst an etwa 800 Blätter und Vereinigungen geschickt und in der antimilitaristischen und anarcho-syndikalistischen Presse auch häufig benutzt. Über die ursprüngliche

Aufgabe der Dokumentation hinaus erlangte der Pressedienst im Laufe der Jahre ein selbständiges meinungsbildendes Gewicht in der antimilitaristischen und anarcho-syndikalistischen Bewegung.

Die Diskussion über die Verteidigung der Revolution in der I.A.A. nahm 1928 ihren Ausgangspunkt auf dem Kongreß der Assoziation im Lüttich, wo ein Tagesordnungspunkt dem Antimilitarismus gewidmet war, und die Frage aufkam, mit welchen Mitteln revolutionäre Erregenschaften zu verteidigen seien. Insbesondere der Franzose Lucien Huart argumentierte, daß in dem Entscheidungskampf gegen Staat und Militarismus die Gewalt nicht zu vermeiden sei, und er ging davon aus, daß sich die Revolution gleichfalls mit Gewalt gegen konterrevolutionäre Angriffe verteidigen müsse. (15)



### Nur eine Alternative für die Revolution

Um eine eingehendere Diskussion auf dem folgenden I.A.A.-Kongreß vorzubereiten, rief der I.A.K.-Pressedienst zu einer publizistischen Diskussion auf, die im Mai 1929 Arthur Müller-Lehning mit dem Beitrag „Der Antimilitarismus und die Verteidigung der Revolution“ (16) beginnt. Sein Hauptargument ist dies: Es sei widersinnig, industrielle und militärische Dienstverweigerung individuell und massenhaft zu propagieren, wenn man der Meinung sei, die Revolution müsse mit gewaltsamen und militärischen Mitteln verteidigt werden. Wolle das Proletariat diese Mittel also selbst anwenden, müsse es alle Vorbereitungen treffen, sie im Ernstfall auch gebrauchen zu können, und sie nur der Anwendung durch die Bourgeoisie entziehen.

Für die Revolutionäre gibt es mithin nur diese Alternative:

„Entweder unternimmt man alle Anstrengungen, die Arbeiterklasse zu bewegen, jegliche Kriegsproduktion zu stoppen und die Bewaffnungs- und Kriegsindustrie lahmzulegen, oder man ist bestrebt, gleichfalls über dieselben Mittel zu verfügen, um die Bourgeoisie mit ihren eigenen Mitteln zu bekämpfen.“

Die Mittel der Bourgeoisie aber sind „Maschinengewehreinheiten, Flammenwerfer, Panzer, Flugzeuggeschwader und Brand- und Giftgasbomben.“ (17) Aus dem Umstand, daß die Militärtechnik sich fortwährend spezialisiert und von Fachleuten gehandhabt wird, schließt A. Müller-Lehning, daß es für Revolutionäre zunehmend schwieriger wird, diese Mittel zu gebrauchen. Ihr Gebrauch würde Bürgerkrieg mit all den Folgen eines zwischenstaatlichen Krie-

ges bedeuten. „Vom sozialistischen, vom menschlichen Standpunkt aus sind diese Mittel für Revolutionäre eigentlich nicht anwendbar“, stellt der Verfasser fest. (18)

Eine Reaktion von L. Huart auf den Artikel von A. Müller-Lehning erscheint beinahe ein Jahr später. In einem Beitrag „Werden wir die Revolution verteidigen müssen?“ stellt er noch einmal die bekannten Argumente dar, zeigt aber mittelbar auch eine Schwäche der Position von Müller-Lehning auf. Dieser hat zwar auf die Untauglichkeit gewaltsamer Aktionen zur Verteidigung der Revolution hingewiesen, selbst aber kein Konzept entwickelt, mit welchen Mitteln soziale Verteidigungsprozesse stattdessen ausgetragen werden sollen. (19)



## „Die Macht des Staates beruht auf der Passivität des Volkes“

In der Dezemberrnummer 1930 des I.A.K.-Presseendienstes reagieren Albert de Jong und Arthur Müller-Lehning mit einem gemeinsamen Aufsatz „Die soziale Revolution und die antimilitaristische Taktik“. (20) Die Frage, ob eine Revolution verteidigt werden müsse, ist auch aus ihrer Sicht selbstverständlich zu bejahen; für sie tut sich aber drängender das Problem auf, „ob dazu die Mittel des modernen Krieges noch brauchbar und angemessen sind“. Es gelte, eine Antwort darauf zu finden, „wie und auf welche Weise wir die Revolution verteidigen sollen, und vor allem, verteidigen können, so daß die Ziele dieser Revolution auch wirklich erreicht werden“.

Bei der Beantwortung dieser Frage schicken Albert de Jong und Arthur Müller-Lehning den Gesichtspunkt voraus, was die bestimmenden Faktoren einer siegenden Revolution sind. Ihre Antwort lautet:

1. Die Vernichtung des Staates;
2. das Beherrschen des ökonomischen Lebens durch die ökonomische Organisation der Arbeiter;
3. der moralische Einfluß der Revolution und die Unterstützung der Revolution durch die Volksmassen.“ (21)

Hiervon nun leitet sich die Position der I.A.K.-Sekretäre ab:

„Die Macht des Staates beruht hauptsächlich auf der Passivität des Volkes, auf dessen passiver Mitarbeit. Bei einem wohlorganisierten, passiven Widerstand fällt der Staat zusammen. Das angemessene Mittel, den Staat zu vernichten ist, ihn aus dem gesellschaftlichen Leben auszuschalten.“

Gegenüber der militärischen Gewalt

der modernen Kriegstechnik hat die Arbeiterklasse kein anderes Mittel als die ökonomische Wehrhaftigkeit.“ (22)

## Der Faschismus „vertagt“ die weitere Diskussion

Eine grobe Präzisierung dieses noch sehr generellen Hinweises findet sich wenig später dann in dem Manuskript einer umfangreichen Resolution „Krieg, Revolution und Taktik“, die Albert de Jong für den Kongreß der I.A.A. vom 16. - 21. Juni 1931 in Madrid abgefaßt hat. Dort heißt es:

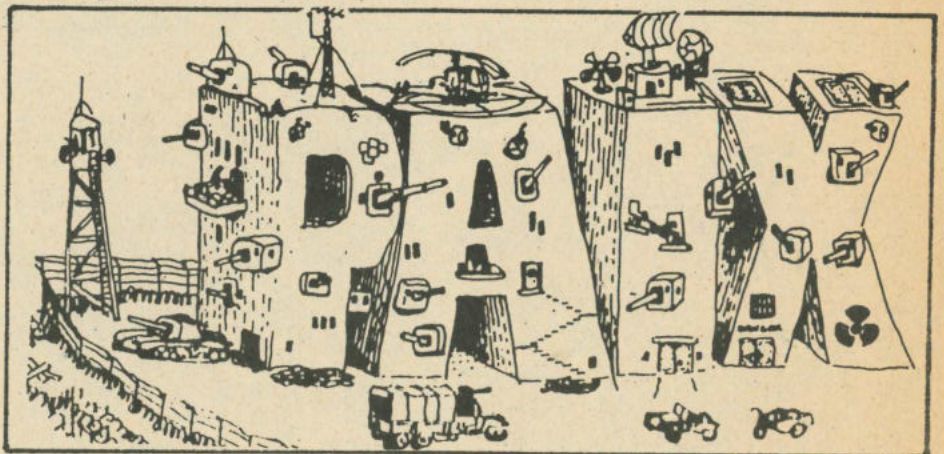
„Wenn die Konterrevolution, eventuell aus dem Ausland, trotz all dieser Maßnahmen (des antimilitaristischen Kampfes nämlich, — d.V.) doch noch in der Lage sein würde zu versuchen, die Revolution auf militärischem Wege zu unterwerfen, dann hat sich die Arbeiterklasse zu vergegenwärtigen, daß die nationale Verteidigung der Revolution ebenso nationalen Selbstmord bedeutet, wie die Verteidigung des Vaterlandes, während die Revolution gleichzeitig selbst im Militarismus untergehen würde. Die Arbeiterklasse muß sich bereit halten:

1. keinen einzigen Befehl des Militärs zu befolgen;

2. jeden Uniformierten vollkommen zu boykottieren;
3. jede Arbeit in jedem Betrieb konsequent zu verweigern, wenn die Leitung nicht völlig in den Händen der Arbeiter selbst ist;
4. bei der militärischen Besetzung einer Fabrik oder eines Betriebes unmittelbar in den Streik zu gehen;
5. das Erbringen aller Abgaben, in welcher Form auch immer, an die Militärs zu verweigern;
6. der militärischen Macht durch Verweigerung von Mitarbeit und Gehorsam auf alle möglichen Weisen entgegenzuarbeiten.“ (23)

Wenn auch Tagesordnungspunkt, so wurde das Problem der Verteidigung der Revolution in Madrid aus Zeitmangel nicht behandelt. Das Thema verlor sich schließlich angesichts der zunehmenden faschistischen Gefahr in Europa, der 1933 die Berliner Zentrale in Berlin der I.A.A. zum Opfer fiel, die zunächst nach Madrid und 1934 nach Barcelona verlegt wurde. So blieb es bei diesem Ansatz zu einem stark an Verweigerungsaktionen orientierten Modell von Sozialer Verteidigung.

Gernot Jochheim



## Anmerkungen

- 1) Friedrich Engels: Die Möglichkeiten und Voraussetzungen eines Krieges der Heiligen Allianz gegen Frankreich. In: F.E.: Ausgewählte militärische Schriften. Bd. 1. Berlin 1958, S. 207 ff.
- 2) Hier sei insbesondere hingewiesen auf: Henriette Roland Holst: De strijdmiddelen der sociale revolutie. Amsterdam 1918. Eine Zusammenfassung der Thesen von H. Roland Holst ist nachzulesen bei: Gernot Jochheim: Gewelddoosheid in de proletarische revolutie. De bijdrage van Henriette Roland Holst tot de theorie van de klassenstrijd gedurende de eerste wereldoorlog. In: trans-actie, 3. Jg. (1974), No. 3, S. 2 - 8.
- 3) Einzelheiten siehe bei: Gernot Jochheim: Antimilitaristische Aktionstheorie, Soziale Revolution und Soziale Verteidigung. Zur Entwicklung der Gewaltfreiheitstheorie in der europäischen antimilitaristischen und sozialistischen Bewegung 1890 - 1940, unter besonderer Berücksichtigung der Niederlande. Frankfurt und Assen 1977.
- 4) Als wesentliche Schriften von Bart de Ligt in den 20er Jahren seien genannt: Directe Actiel De Antimilitaristen van de daad op de Vredeskongres van het I.V.V.,

10. - 15. December 1922. Een stem in de woestijn. Andijk (W) 1922.
- Anarchisme en Revolutie. Beschouwingen naar aanleiding van het Anarchisten-Congres te Berlin, 25. - 31. Dec. 1921. Baarn 1922.
- De antimilitaristen en hun strijdwijzen. Den Haag 1921.
- Nieuwe vormen van oorlog en hoe die te bestrijden. Huis ter Heide 1927.
- Die spätere wesentliche Publikation von Bart de Ligt ist: The conquest of violence. With an introduction by Aldous Huxley. London 1937.
- 5) Deutschsprachig publiziert als: Streitplan gegen Krieg und Kriegsvorbereitung. In: IAK-Pressedienst, No. 152 (15.2.1935), S. 1 - 8.
- 6) Ramus starb am 27. Mai 1942. Die Skizze seines Lebensganges findet sich in: Dictionary Biographique du Mouvement Ouvrier International. Publie sous la direction de Jean Maitron et Georges Haupt. Vol. I. Autriche. Paris 1971, S. 243/44.
- 7) Pierre Ramus: Militarismus, Kommunismus und Antimilitarismus. Thesen zu einem Referat für den Internationalen Antimilitaristen-Kongreß im Haag im März 1921. Uerdingen am Rhein o.J.
- 8) ebenda, S. 15.

- 9) ebenda, S. 20.
- 10) ebenda, S. 21.
- 11) Vgl. ebenda, S. 21/22.
- 12) ebenda, S. 22.
- 13) Vgl. ebenda, S. 23.
- 14) Zur Geschichte der I.A.A. siehe: I.A.A. - Zehn Jahre Internationaler Klassenkampf. Gedenkschrift zum zehnjährigen Bestehen der Internationalen Arbeiter Assoziation. Berlin (1932), sowie Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923. Meisenheim am Glan 1969, S. 334 - 340, und Angela Vogel: Der deutsche Anarcho-Syndikalismus. Genese und Theorie einer vergessenen Bewegung. Berlin 1977.
- 15) Vgl. Persdienst I.A.K., No 27 (20.5.1929).
- 16) Persdienst I.A.K., No 27 (20.5.1929).
- 17) ebenda.
- 18) ebenda.
- 19) Nämlich in: Le Combat Syndicaliste, No. 30 (Febr./März 1930); La Voix Libertaire, No. 67 (7. Juni 1930); Le Flambeau, Nos. 36, 37, 38 (Juli, August, September 1930).
- 20) Persdienst I.A.K., No. 61 (15.12.1930)
- 21) ebenda.
- 22) ebenda.
- 23) ebenda.

## FRIEDENSFORSCHUNG:

# Gegen die herrschende

Zeitlich fällt die Institutionalisierung der Friedensforschung und der Beginn der wissenschaftlichen Arbeit über soziale Verteidigung zusammen. An zahlreichen Instituten werden Theorien entworfen. Lutz Mez stellt diese Entwicklung bis in die 70er Jahre hinein dar. Dabei werden die Unterschiede und Differenzen der einzelnen Wissenschaftler nur kurz angerissen. Auch die theoretische Weiterentwicklung der Konzeption unter dem Eindruck neuer sozialer Bewegungen in den siebziger Jahren, die besonders in der BRD zu „Annäherungen“ wissenschaftlicher Positionen geführt haben, werden nicht mehr berücksichtigt. Bei diesen „Annäherungen“ spielt die Entwicklung „gewaltfreier Widerstandspotentiale“ eine große Rolle. Ergänzend deshalb an dieser Stelle ein Zitat von Theodor Ebert: „Es scheint mir jedoch wissenschaftlich und auch praktisch-politisch jetzt nicht mehr weiterzuführen, wenn wir Friedensforscher uns noch länger von außen die Frage aufdrängen lassen: Was macht ihr, wenn die Russen kommen? ... Mir ist (jedoch) mittlerweile klar geworden, daß es völlig witzlos, ja geradezu widersinnig ist, einer Regierung, welche die weitere industrielle Expansion forciert, den gewaltlosen Widerstand als Verteidigungsmethode zu empfehlen. Wer mit den Militärdiktaturen des Irans und Brasiliens um des Öles und der Atomgeschäfte willen 'herzhafte Freundschaft' pflegt, der kann ja keine Antennen haben für aktuelle Anwendungen der Ideen eines Franz von Assisi, Mahatma Gandhi oder Martin Luther King“ (aus: *Gewaltfreie Aktion*, Nr. 35/36, 1978, Verteidigungspolitik aus der Sicht der Ökologiebewegung).

Um 1960 herum entstand ein erster Höhepunkt in der Entwicklung von Konzepten Sozialer Verteidigung. Das Buch des britischen Commanders Stephen King-Hall, „Defence in the Nuclear Age“ (1) gilt als bahnbrechendes Werk für diesen Zeitabschnitt. Darin griff King-Hall nicht nur das britische Verteidigungssystem an, sondern schlug als Alternative zur NATO-Verteidigung eine Europäische Vertragsorganisation vor, einen Zusammenschluß von Staaten, die sich gegen Aggressoren gewaltlos und sozial verteidigen wollen. Die britischen Kriegsdienstverweigerer und die Pazifisten-Zeitschrift „Peace News“ unterstützten King-Hall. So entstand zunächst in Großbritannien großes, aber zumeist ablehnendes Interesse; international wurde das Buch Anlaß zu einer systematischen Diskussion gewaltloser, ziviler Verteidigung (2).

### Pazifistische Anschauungen gewinnen an Boden

In Skandinavien war das Thema schon in den frühen 50er Jahren vereinzelt von Vertretern der Friedensbewegung angesprochen worden. Auch sie fanden keine positive Resonanz. Erst im Zuge der Etablierung der Friedensforschung änderte sich die Lage. In Oslo wurde 1959 die Abteilung für Konflikt- und Friedensforschung am Institut für Sozialforschung der Universität Oslo gegründet, mit Johan Galtung als Forschungsleiter (3). In den folgenden Jahren beschäftigte sich in Oslo ein Forschungsprojekt mit Problemen der Gewaltlosigkeit (4). Im Rahmen des Projektes entstanden verschiedene richtungsweisende Arbeiten für die Theoriebildung der Sozialen Verteidigung und der Friedensforschung überhaupt (5).

Mitte der 60er Jahre gewannen in ganz Skandinavien „pazifistische Anschauungen vielleicht mehr Widerhall als je zuvor“, (6) sie trafen in Norwegen jedoch auf eine überwältigend starke Widerstandslegende, die den Friedensforschern die Lust an der Projektarbeit nahm. Die militärischen Lehren des norwegischen Widerstandes und die der Friedensforscher waren derart verschieden, daß den letzteren die Zeit noch nicht gekommen schien, um die Forschungsergebnisse über den Widerstand der Norweger im Zweiten Weltkrieg als Grundlegung einer nichtmilitärischen Verteidigung des Landes weiter voran-



Johan Galtung

### Anmerkungen

(1) Stephen King-Hall, „Den Krieg im Frieden gewinnen“, Hamburg 1958.

(2) Die Diskussion referiert Theodor Ebert, „Die Entwicklung der sozialen Verteidigung (Civilian Defence). Subsidiaritäts- und Umrüstungskonzeptionen“ in „Civilian Defence“, S. 33 - 46.

(3) Aus der Abteilung entstand später das Peace Research Institute Oslo (PRIO).

(4) Mitarbeiter des Forschungsprojektes 20 tung, Gutorm Gjessing.

(5) zu nennen sind:

Johan Galtung, „On the Meaning of Nonviolence“ in „Journal of Peace Research“, Nr. 3,

1965, S. 228 - 257.

Nils Petter Gleditsch (ed.), „Kamp uten vaper“, Oslo 1965.

Gutorm Gjessing, „Arbeiderrørsla og ikkevoldsmetoder“, vervielf. Ms., Oslo 1965. Unter dem Titel „Ikkevoldsmetoder i norsk arbeiderbevegelse“ in „Kamp uten vaper“, S. 42 - 54, existiert eine verkürzte Fassung.

Lars Porsholt, „Plikt til sivil motstand mot okkupasjonsmakt“, vervielf. Ms., Oslo 1965.

Johanne Reutz Gjermoe, „Fagorganisasjonen og krigen“, vervielf. Ms., Oslo 1965. Eine englische Zusammenfassung ist in „Non-military Means of Struggle. Some Explorative Studies“, Report 3, Uppsala 1971, S. 54 - 60.

Ferner erschien eine Sondernummer der Zeitschrift „Pax“, Nr. 1, 1965, über das Thema Soziale Verteidigung.

(6) Nils Petter Gleditsch im Vorwort zur schwedischen Ausgabe von „Kamp uten vaper“: Nils Petter Gleditsch, „Kamp uten vaper“, Stockholm 1971, S. 7.

und Praktiker aus acht Ländern vertreten (7) Davon war Johan Galtung noch 1964/65 ausgegangen. Vgl. den 13. Vorschlag „Nichtmilitärische Verteidigung von Norwegen“ in Johan Galtung, „Norske fredsiniativ“. 20 forslag, Oslo 1964, S. 34 - 36.

# Verteidigungslogik

zutragen (7). Kennzeichnend für die Arbeit der Osloer Gruppe war, daß sie „berühmte Beispiele für gewaltlosen Widerstand aus verschiedenen Ländern und Zeiten“ (8) untersuchte und dabei der Geschichte des eigenen Landes besondere Aufmerksamkeit schenkte. Bemerkenswert sind vor allem drei Dinge an der Forschungsarbeit der Oslo Gruppe:

- Die Anknüpfung an die antimilitaristischen Traditionen und Praktiken der Arbeiterbewegung. Das kann als Versuch gesehen werden, Sozialismus und Pazifismus miteinander zu verbinden.
- Die Kritik der „offiziellen“ Widerstandslegende wegen deren Rationalisierung der engen Zusammenarbeit der Norweger (vor allem der Industrie) mit der deutschen Besatzungsmacht auf wirtschaftlicher Ebene – was von den „offiziellen“ Interpreten des Widerstandes als offene Herausforderung betrachtet wurde.
- Die Begründung des Stellenwerts historischer Fallstudien in der Friedensforschung, insbesondere bei Problemen gewaltfreier Konfliktaustragung.

## Politische Ereignisse beeinflussen die Forschung

Nach 1965 trat an dem Osloer Friedensforschungsinstitut ein gewisser Stillstand bei der Entwicklung gewaltfreier Verteidigungskonzepte ein, für den die „außerordentlich negative Aufnahme der Konzeption in der norwegischen Öffentlichkeit“ ausschlaggebend war (9).

Als die Friedensforschung, mit einiger Verspätung zur internationalen Entwicklung, auch in der Bundesrepublik eine Sparte im Wissenschaftsbetrieb wurde, hatte sich die Soziale Verteidigung „bereits einen nicht mehr zu leugnenden Platz innerhalb der Friedensforschung geschaffen“ (10).

Zumindest drei Ereignisse der internationalen Politik haben dazu beigetragen, daß 1968 in der Bundesrepublik für die Konzeption der Sozialen Verteidigung das entscheidende Jahr wurde:

- der Prager Frühling,
- der Pariser Mai und
- der Prager August.

Insbesondere die Vorgänge in der CSSR verstärkten die Aktualität von Konzepten Sozialer Verteidigung in der BRD. Dabei entstand nicht nur bei den Massenmedien ein Interesse an gewaltfreier Konfliktaustragung (11). Die Haltung der CSSR-Bevölkerung nach der sowjetischen Intervention regte auch Forschungsansätze an, die das Mittel der gewaltlosen Widerstandsaktion im Kontext einer Systemtransformation thematisierten (12).

## Die „Studiengruppe“ und das „OSI“

Die Forschungsarbeiten zur Sozialen

Verteidigung konzentrierten sich in den Jahren 1968/69 für die BRD am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, wo in einem über mehrere Semester laufenden Forschungsseminar unter Leitung von Ossip K. Flechtheim und Theodor Ebert Bedingungen und Möglichkeiten des zivilen Widerstandes gegen Staatsstreich und Aggressionen untersucht wurden (13).

Auch in anderen europäischen Ländern und den USA erfolgte nach 1968 eine Belebung der Forschungsaktivitäten im Rahmen der Friedensforschung. Zudem wurden von verschiedenen Regierungen gezielt Forschungsaufträge über zivilen Widerstand vergeben (14). Dieser Aufschwung in Dänemark, Holland, Norwegen und Schweden konnte sich teilweise in Forschungsgruppen institutionalisieren, die einen Platz in der internationalen Friedensforschung fanden und die über Publikationen (15) und Konferenzen (16) den Kontakt untereinander verfestigten.



Prager Frühling beeinflusst Friedensforschung

(8) So lautet der Untertitel der schwedischen Fassung von „Kamp uten vapen“.

(9) Diese Begründung gab Johan Galtung am 18.6.1973 im Gespräch mit der Studiengruppe „Soziale Verteidigung“ der VDW. Vgl. Protokoll der Sitzung vom 18.6.1973 in „Rundbrief XIX“, Juni 1973, der Studiengruppe „Soziale Verteidigung“.

(10) Vorbemerkung von Ekkehart Krippendorff in „Friedensforschung“, hrsg. von Ekkehart Krippendorff, Köln-Berlin 1968, S. 356.

(11) Der Spiegel berichtete mit einem Jahr Verspätung von der VDW-Tagung über Soziale Verteidigung und veröffentlichte auszugsweise ein dort vorgetragenes Szenario. Vgl. „Der

„Ziviler Widerstand, Fallstudien zur gewaltfreien direkten Aktion aus der innenpolitischen Friedens- und Konfliktforschung“, Spiegel“, Nr. 37, vom 9.9.1968.

Das Zweite Deutsche Fernsehen brachte im März 1969 einen Magazin-Beitrag über Soziale Verteidigung, in der versucht wurde, die Grundregeln einer derartigen Verteidigungsform an Beispielen aus der CSSR zu veranschaulichen. Auch die ARD brachte im Oktober 1969 eine 45 Minuten lange Sendung zum zivilen Widerstand gegen Staatsstreich und Aggressionen von Ludwig Schubert, „Wenn die Panzer kommen. Gewaltloser Widerstand von Gandhi bis Prag.“

(12) Als wesentliches Beispiel ist die Arbeit von Vladimir Horsky zu nennen: „Prag 1968. Systemveränderung und Systemverteidigung“, Stuttgart-München 1975.

(13) Zwischenergebnisse wurden publiziert in hrsg. von Theodor Ebert, Düsseldorf 1970.

(14) In Dänemark entstand die Studie von Anders Boserup & Andrew Mack, „Ikke-vold sum nationalforsvar“, Kopenhagen 1971 (dt. „Krieg ohne Waffen?“ Reinbek 1974) und in Schweden Adam Roberts, „Totalforsvar och civilmotstånd“, Stockholm 1972 (engl. „Total Defence and Civil Resistance. Problems of Sweden's Security Policy“, Stockholm 1972).



erste Nummer der Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit“, in der von Anfang an Probleme der Sozialen Verteidigung erörtert wurden.

### Konzept für einseitige Abrüstung

Als Abrüstungskonzept wurde Soziale Verteidigung folgendermaßen vertreten: Sie ist aus lokaler Sicht unilateral (einseitig), aus globaler Sicht gradualistisch (abgestuft) zu verstehen, wobei durch die Umrüstung auf Soziale Verteidigung die potentiell aggressive Abschreckungsstrategie der militärischen Verteidigung in eine defensive Warnungswirkung transformiert wird (17). Die Umrüstung auf Soziale Verteidigung hat ihren Anfang bei neutralen Staaten und den Randstaaten der großen Militärböcke zu nehmen und nicht, wie andere Abrüstungskonzepte, bei den Supermächten. Diese Hypothese wurde insofern von der realen Entwicklung bestätigt, wie sie um 1970 in Finnland, Schweden und Norwegen, aber auch in der Schweiz und in Österreich stattfand, in der die Position der Sozialen Verteidigung oftmals sehr eingehend auch auf nichtgouvernementaler Ebene von basisdemokratischen Initiativgruppen außer von Friedensforschern vertreten wurde.

Nach den Erfahrungen der CSSR von 1968 verstärkte sich bei den Forschern auch die Auffassung, daß zwischen demokratischem Sozialismus und Sozialer Verteidigung ein Zusammenhang derart besteht, daß „jeder Fortschritt in Richtung auf einen demokratischen Sozialismus die Wirksamkeit der Sozialen Verteidigung ... die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus“ fördert (2).

Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß im Zuge dieser Entwicklung die Diskussion der Arbeiter- bzw. Friedensbewegung erforscht wurde und dabei ein erstaunlich hoher Reflexionsstand z.B. über die Gewaltproblematik im revolutionären Kampf bei Anarchisten, Sozialisten sowie Kommunisten festgestellt wurde (19).

Um die Möglichkeiten einer Sozialen Verteidigung nicht isoliert zu diskutieren, wurde am Otto-Suhr-Institut im Herbst 1969 begonnen, Soziale Verteidigung in Verbindung zu anderen Konzepten der multilateralen, gradualistischen

und unilateralen Abrüstung zu sehen. Ferner wurde durch die Gründung der „Studiengruppe Soziale Verteidigung (Civile Defence)“ der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. eine Arbeitsgruppe geschaffen, die alle auf diesem Gebiet arbeitenden Forscher der BRD erfaßte. Ebenfalls 1969 erschien die

(15) Der Sammelband der Oxford-Konferenz wurde u.a. ins Deutsche, Norwegische, Finnische und Schwedische übersetzt. In Schweden kam gleichzeitig die Arbeit von Bengt Höglund et al., „Fredspolitik – Civilmotstånd“, Stockholm 1969, heraus, die wiederum ins Norwegische, Finnische und Deutsche übersetzt wurde. In Norwegen wurde dieses Buch Anlaß der Publikation von Arne Kjølland, a.a.O., in der eine Mix-Verteidigung vorgeschlagen wird.

(16) Auf der sogenannten Wannsee-Tagung der Studiengruppe Soziale Verteidigung im Dezember 1970 waren 36 Friedensforscher und Praktiker der Friedensbewegung aus sechs Ländern anwesend. Im August 1972 war in Uppsala eine Konferenz über „Nichtmilitäri-

sche Kampfformen“, auf der bereits Forscher waren.

(17) Vgl. Theodort Ebert, „Soziale Verteidigung – Alternative zum internationalen Drohsystem. Thesen zur Friedensforschung und zum pazifistischen Engagement“ in „Gewaltfreie Aktion“, H. 1/2, 1969, S. 57 - 76.

(18) Vgl. „Thesepapier der Studiengruppe Soziale Verteidigung“ in „VDW-intern“, Nr. 33, 1974, S. 7.

(19) Für den niederländisch-flämischen radikalen Pazifismus wurde diese Verbindung exemplarisch von Gernot Jochheim untersucht. „Antimilitaristische Aktionstheorie, Soziale Revolution und Soziale Verteidigung. Zur Entwicklung der Gewaltfreiheits-theorie der europäischen antimilitaristischen und sozialistischen Bewegung 1890 - 1940, unter beson-

derer Berücksichtigung der Niederlande“, Dissertation am FB 15 der FU Berlin, Berlin 1976. Vom selben Autor siehe ferner „Gewaltlosigkeit in der proletarischen Revolution. Der Beitrag von Henriette Roland Holst zur Klassenkampftheorie während des 1. Weltkrieges“, masch. Ms. Vgl. auch Ossip K. Flechtheim, „Sozialismus und gewaltfreie Aktion“ in „Links“, H. 18, 1971, S. 16 - 19. In diesem Zusammenhang muß auch auf die Diskussion zwischen Isaac Deutscher, A.J. Muste und Dave Dellinger hingewiesen werden, die im Juliheft 1969 von „Liberation“ erschien, S. 10 - 16 (dt. gekürzt in „Gewaltfreie Aktion“, H. 4, 1970, S. 2 - 8; auf norw. in „Ikkevold og revolusjon“, S. 29 - 41). Auch Egbert Jahn, „Kommunismus – und

## Reformeuphorie

Die Auseinandersetzung um die sozialen und politischen Voraussetzungen der Sozialen Verteidigung brachte die Theoriebildung einen wichtigen Schritt voran. So folgte Theodor Ebert, die Soziale Verteidigung sei das adäquate Verteidigungskonzept der „Partizipierenden Demokratie“, (24) die durch einen „gewaltfreien Aufstand“ (25) entsteht. Zu Beginn der sozial-liberalen Koalition in der Bundesrepublik und im Zuge der allgemeinen Reformeuphorie bestand bei Militärs und Realpolitikern zumindest eine gewisse Diskussionsbereitschaft auf dem Gebiet der Militär- und Verteidigungspolitik. Vermittelt über eine ständig zunehmende Zahl von Kriegsdienstverweigerern, von denen sich ein Teil in der „Gewissensprüfung“ auf gewaltfreie Formen der Konfliktaustragung berief, gewann auch die Soziale Verteidigung an Bekanntheit.

Die radikal-demokratische Konzeption der Sozialen Verteidigung ist nach Ebert keine „isolierte Idee, sondern als Bestandteil der allgemeinen Bemühungen um Demokratisierung und Sozialisierung im Innern und um Integration in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu begreifen“ (26). Soziale Verteidigung möchte er in diesem Zusammenhang „als konsequente Fortentwicklung der demokratischen Ansätze und als folgerichtigen Abbau autoritärer Strukturen“ interpretiert wissen (27).

## Strategie des Klassenkampfes ohne Gewalt

Einen weiteren Schritt in diese Richtung stellt der Ansatz der Politologen Angela Kohlhoff, Volker Möhle und Christian Rabe dar, die Soziale Verteidigung als Strategie des Klassenkampfes ohne Gewalt definierten und den Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischer Entwicklungsstufe einer Gesellschaft und den praktizierten Formen des Klassenkampfes aufzuzeigen versuchten (28).

Praktischer Anstoß war die in der Studentenbewegung geführte Diskussion über Gewalt gegen Personen oder Sachen, die nach der „Schlacht am Tegeler



Zornig-traurige, aber gewaltlose Manifestationen: Prager Plakate (Prager „Anschläge“) des Jahres 1968: „Geehrter Bürger Breschnew! Wie wollen Sie diesen Knoten lösen?“  
Links: Ohne Worte.

Weg“ aktionsbezogen thematisiert worden war. Dabei stand die Position, daß in hochentwickelten Industriegesellschaften ein sozialistischer Massenlernprozeß nur im Rahmen gewaltarmer, nichtmilitärischer Aktionen möglich ist, der „Gewaltromantiker“-Position gegenüber, die im bewaffneten Kampf das letzte und einzig wirkliche Mittel zur Revolution auch in Industriegesellschaften sah und später mangels Massenbewegung zu terroristischen Aktionen überging.

Der Beitrag des Frankfurter Friedensforschers Egbert Jahn zu diesem Stand der Diskussion präziserte, daß

organisierte Soziale Verteidigung gleichbedeutend ist mit der gesellschaftlichen Beseitigung des Militärs sowie der innen- und außenpolitischen Interessen, denen das gesellschaftliche Instrument Militär dient (29). Weil von diesen Interessen nicht ihre eigenen Beseitigung zu erwarten ist, ergibt sich für die Kritische Friedensforschung die Aufgabe, den Militarismus als Strukturmerkmal der internationalen Kriegsgesellschaft empirisch zu untersuchen und somit „die Entwaffnung der Bewaffneten zum Ziel einer politischen Bewegung“, des Zivilismus, zu machen (30). ...

Lutz Mez

was dann?“, ist ein Versuch, die sozialistische Gewaltdiskussion zu aktualisieren.

(24) Theodor Ebert, „Dissonanzen in der Strategie der studentischen Rebellion“ in „Neue Sammlung“, H. 6, 1968, S. 608. Soweit dem Verfasser bekannt, verwendet Ebert diesen Begriff nicht im Rückgriff auf „participatory democracy“, der von englischen und amerikanischen Anarchisten geprägt wurde. Es handelt sich dort um eine dialektische Einheit von „workers controll“ und „community controll“. S. dazu George Benello & Dimitrios Roussopoulos (eds.), „The Case für Participatory Democracy“, New York 1972.

Egbert Jahn hält den Ausdruck für „bestenfalls unglücklich gewählt Wer soll außer dem

Volk in der Demokratie noch an der Herrschaft partizipieren?“ A.a.O., S. 29, Fn 4. Auch der Vergleich zur französischen Mitbestimmung, „participation“, liegt nahe. Entstanden ist „Partizipierende Demokratie“ jedoch als Kampfbegriff gegen „Formaldemokratie“. Als weitere Synonyme für partizipatorische Demokratie verwendet Ebert „gewaltfreie Fundamentaldemokratie“ oder auch „soziale Demokratie“.

(25) Theodor Ebert, „Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg“, Frankfurt/M. 1970.

(26) Theodor Ebert, „Die Soziale Verteidigung als Forschungsaufgabe“ in „Civilian Defence“, S. 169.

(27) ebenda.

(28) Kohlhoff/Möhle/Rabe versuchten in dem bisher unveröffentlichten Beitrag zur internationalen Studientagung der Studiengruppe Soziale Verteidigung im Dezember 1970 die einem hochentwickelten Industrieland angemessenen Formen des Klassenkampfes zu umreißen. Angela Kohlhoff, Volker Möhle & Christian Rabe, „Soziale Verteidigung in der Revolution“, vervielf. Ms.

(29) Vgl. Egbert Jahn, a.a.O., S. 30.

(30) A.a.O., S. 31. Hervorhebung im Original. In seiner Arbeit „Kommunismus – und was dann?“, Reinbek 1974, hat Jahn diesen Gedankengang vertieft.

# Ebert legitimiert spontane Soz. Verteidigung nachträglich

## 1920: Der Kapp-Putsch

In den Jahren des Kapp-Putsches stand Deutschland vor ernststen Problemen und litt unter einer weitreichenden Arbeitslosigkeit. Das Land befand sich in einem Zustand permanenter politischer Unruhen. Illusionen waren zerbrochen, und die meisten Menschen blickten mit Sorge in die Zukunft. Die Kapitulation von 1918 und die Anerkennung der republikanischen Regierung und der unterschiedlichen Friedensverträge mit ihren Reparationsklauseln wurden von vielen als Verrat an Vaterland und Heer betrachtet, und verschiedene politische Gruppen des rechten Flügels versuchten aktiv, wieder die Monarchie einzuführen. Das Heer war gemäß den Bestimmungen der Friedensverträge stark reduziert worden, und ein bedeutender Teil der unzufriedenen und oft arbeitslosen, entlassenen Soldaten und Offiziere wurde in Freikorps und anderen freiwilligen, mehr oder weniger inoffiziellen, bewaffneten Banden und paramilitärischen Korps reorganisiert. In den ersten Jahren nach dem Krieg fanden verschiedene Putsche von rechts und links statt und trafen sowohl die einzelnen Provinzen wie auch die Regierung der Republik. Am Tage des Kapp-Putsches war auch ein Putsch des rechten Flügels in Bayern gelungen. Er brachte Bayern die fast völlige politische Unabhängigkeit.

Der Kapp-Putsch gehört zu den am häufigsten erwähnten Beispielen für den Erfolg gewaltfreier Methoden. Der Putsch war im wesentlichen erfolgreich, aber die Putschisten mußten später, auf Grund der fehlenden Unterstützung des Volkes aufgeben und weil sie einer effektiven Nichtzusammenarbeit ausgesetzt wurden. Die folgende Zusammenfassung stützt sich im wesentlichen auf Sharp (1968 und 1969) und Raloff (1937 b).

Direkter Anlaß des Putsches war der Regierungsbeschluß, die Freikorps aufzulösen. Am 10. März 1920 stellten die extremen Nationalisten des rechten Flügels, Dr. Wolfgang Kapp und General von Lüttwitz, dem Präsidenten der Weimarer Republik, Ebert, ein Ultimatum, in dem sie eine Neuausschreibung der Wahl und eine Regierung aus einem Ex-



Am Kapp-Putsch beteiligte Freikorpsoldaten verteilen Flugblätter in Berlin. Sie trugen bereits ein Hakenkreuz am Stahlhelm.

pertenkabinett forderten. Zu ihren Zielen gehörte die Unterdrückung des Kommunismus, die Wiedereinführung der Monarchie unter Wilhelm II. und daß der Auflösung der bewaffneten Truppen, die laut Versailler Vertrag stattfand, ein Ende gemacht würde.

Eberts Antwort war eine etwas vage Ablehnung der Forderung und die Warnung, jedem Versuch, die Republik zu stürzen, mit einem Generalstreik zu begegnen. Zu diesem Zeitpunkt schien es klar, daß das Heer — besonders die Offizierskaste — dem Gedanken eines Putsches von rechts nicht abgeneigt war. Kapp erhielt tatsächlich Zusicherungen, daß weder die bewaffneten Streitkräfte noch die Polizei sich einem Putschversuch widersetzen würden.

Am 12. März marschierten Kapp und seine Anhänger auf Berlin, unterstützt von der 5000 Mann starken Brigade Ehrhardt, einem gutausgebildeten und gutbewaffneten Freikorps. Sie trafen weder auf Widerstand von Heeresseinheiten noch von Polizei. Die wenigen loyalen Offiziere lehnten es ab, als Reichswehr gegen Reichswehr zu kämpfen. Am 13. März flüchtete die Regierung Ebert aus

Berlin, kurz bevor die Stadt besetzt wurde, und ließ sich erst in Dresden und später in Stuttgart nieder. Kapp ernannte sich selbst zum Reichskanzler, und von Lüttwitz wurde zum Oberbefehlshaber der bewaffneten Streitkräfte gemacht.

Von der SPD unterstützt veröffentlichte die Regierung Ebert einen Aufruf zum Generalstreik und rechtfertigte somit die spontanen Streiks, die am 13. März in Berlin ausgebrochen waren. Die Behörden der deutschen Länder erhielten Instruktionen, die Zusammenarbeit mit dem unrechtmäßigen Regime zu verweigern und die Verbindung mit der Regierung Ebert in Stuttgart aufrechtzuerhalten. Im Aufruf der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder heißt es:

„Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten. Kein Betrieb darf laudendorff herrscht! Militärdiktatur der Luft nieder! Streikt! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab! Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Laßt allen Zwist beiseite! Es gibt nur dieses eine Mittel gegen die Rückkehr Wilhelms II.: Lahmlegung des gesamten Wirtschaftslebens!  
Keine Hand darf sich mehr rühren!  
Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen!  
Generalstreik auf der ganzen Linie!  
Proletarier vereinigt euch!  
Nieder mit der Gegenrevolution!“

Der Generalstreik wurde von den Arbeitern aller politischen und religiösen Gruppierungen unterstützt, obwohl die Kommunisten sich anfangs weigerten, daran teilzunehmen. Die Drucker in Berlin streikten, nachdem zwei Berliner Tageszeitungen, die die gesetzmäßige Regierung unterstützt hatten, verboten wurden, und um den 14. März war der

# LITERATURHINWEISE

## Soziale Verteidigung

Achim Battke  
**VERTEIDIGUNG OHNE WAFFEN**  
 Nr. 3 der Materialien des „Vereins für Friedenspädagogik“, Tübingen 1979, 5. Auflage 1981

A. Boserup/A. Mack  
**KRIEG OHNE WAFFEN**  
 Studie über Möglichkeiten und Erfolge sozialer Verteidigung, rororo aktuell, Reinbek 1974

Theodor Ebert  
**GEWALTFREIER AUFSTAND**  
 Waldkircher Verlag, 1980

Theodor Ebert  
**SOZIALE VERTEIDIGUNG**  
 Band 1 und 2, Waldkircher Verlag 1981

Ebert, Horsky, Vogt u.a.  
**DEMOKRATISCHE SICHERHEITSPOLITIK**  
 Von der territorialen zur Sozialen Verteidigung, Reihe Hanser 176, München 1974

T. Hechtjörn u.a.  
**VERTEIDIGUNG OHNE KRIEG**  
 Die skandinavische Alternative, Wuppertal 19 1974

Vladimir Horsky  
**PRAG 1968**  
 Systemveränderung und Systemverteidigung, Klett Kösel, Stuttgart/München 1974

Stephen King-Hall  
**DEN KRIEG IM FRIEDEN GEWINNEN**  
 Nannen-Verlag, Hamburg 1958

H. Lindemann  
**IST DER KRIEG NOCH ZU RETTEN?**  
 Fischer Bücherei Nr. 644, Frankfurt 1965

Adam Roberts (Hg.)  
**GEWALTLOSER WIDERSTAND GEGEN AGGRESSIONEN**  
 Probleme, Beispiele, Strategien, Göttingen 1971

Adam Roberts  
**WIDERSTAND GEGEN STALINISTISCHE REGIMES**  
 Göttingen 1971

Gene Sharp  
**DAS POLITISCHE ÄQUIVALENT ZUM KRIEG** – die gewaltfreie Aktion, in: Krippendorf (Hg.): Friedensforschung, Köln/Berlin 1968

Gunther Schmidt  
**SOZIALE VERTEIDIGUNG**  
 Alternative zur Drohpolitik, Hg.: DFG-VK Baden-Württemberg, DM 1,50

Studiengruppe „Soziale Verteidigung“ der Vereinigung deutscher Wissenschaftler (Hg.)  
**SOZIALE VERTEIDIGUNG**  
 Friedens- und Sicherheitspolitik in den 80er Jahren, Burckhardt Verlag, Nr. 6 der Reihe „ad hoc“, Gelnhausen/Berlin 1972

David Mc. Taggart  
**UNTERNEHMEN GREENPEACE**  
 Ullstein-Verlag 1981

Gernot Jöchheim,  
**ANTIMILITARISTISCHE AKTIONSTHEORIE**  
 Soziale Revolution und Soziale Verteidigung, Haag u. Herchen, Frankfurt 1977

## Wichtige Veröffentlichungen in Zeitschriften

antimilitarismus information:  
**ALTERNATIVE SICHERHEITSKONZEPTE**  
 Defensive Strategie, Soziale Verteidigung, Einseitige Abrüstung, XI. Jahrgang Heft 3/März 1981, Redaktion: Deidesheimer Str. 3/1, 1000 Berlin 33

gewaltfreie aktion  
 In fast allen Ausgaben der „gewaltfreien aktion“ – Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit sind Aufsätze zur **SOZIALEN VERTEIDIGUNG** enthalten. Besonders möchten wir auf das Heft 19, das als Sondernummer zum Thema erschienen ist, hinweisen. Redaktionsanschrift: Gernot Jöchheim, 1000 Berlin 48, Kieferstr. 5

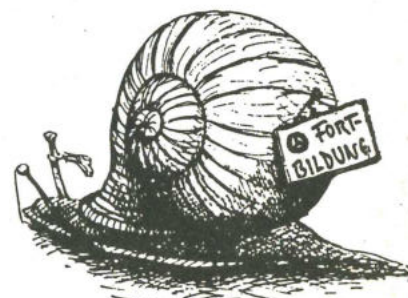
## Einige Buchtips

Dieter Halbach/Gerd Panzer:  
**ZWISCHEN GORLEBEN UND STADTLIBEN**  
 Erfahrungen mit gewaltfreiem Widerstand und einer freien Republik, Ahde-Verlag, Berlin 1980

Wolfgang Hertle  
**DER GEWALTFREIE WIDERSTAND DER LARZAC-BAUERN 1970 - 1971**  
 (Arbeitstitel), ca. DM 13,-  
 Versandbuchhandlung + Verlag Weber-Zucht & Co, Kassel 1981.

Martin Humburg (Hg.)  
**GEWALTFREIER KAMPF UND SELBSTBESTIMMUNG**  
 Das politische Konzept der M.A.N., Zündhölzchen-Verlag, Herford 1980

Ulfrid Kleinert (Hg.)  
**GEWALTFREI WIDERSTEHEN**  
 rororo aktuell, Reinbek 1981



## FORTSETZUNG Kapp-Putsch:

Generalstreik in vollem Gang. „Unentbehrliche Versorgungsleistungen“ waren nicht ausgenommen. Besonders effektiv war der Streik in der Verwaltung. Hohe Beamte weigerten sich, die Ministerien unter Leitung der Rebellen weiterzuführen, und die ganze Verwaltung lehnte eine Zusammenarbeit ab. Insbesondere war das Regime außerstande, Mittel aus der Staatskasse zu erhalten. Laut einem Dekret, das die Regierung in Dresden

veröffentlichte, sollten Beamte, die öffentliche Mittel an die Kapp-Regierung auszahlten, persönlich dafür haften. Ernsthafte Drohungen und gewaltsame Unterdrückung wurden gegen die Streikenden eingesetzt und einige der Streikenden erschossen. Besonders blutige Zusammenstöße ereigneten sich in Mecklenburg und Schlesien zwischen bewaffneten Arbeitern und den Rebellen-truppen, aber dennoch griffen die Streiks weiter um sich. Es zeigte sich schnell, wie enge Machtgrenzen der Rebellenregierung gesetzt waren. Sie konnte Dekrete und Befehle ausstellen, aber sie wurden nicht befolgt. Die Kapp-Regierung legte einen Kompromißvorschlag vor, den aber die Regierung Ebert am 15. März ablehnte. Flugblätter mit dem Titel „Zusammenbruch der Militär-

diktatur“ wurden aus Flugzeugen über Berlin abgeworfen.

Der Putsch brach am 17. März nach viertägiger Dauer zusammen. Am Vormittag verlangte die Sicherheitspolizei von Berlin Kapps Rücktritt. Er trat später am selben Tag zurück und floh nach Schweden. Von Lüttwitz zog sich im Laufe des Abends als Oberbefehlshaber zurück, während viele andere Verschworene in Zivil aus Berlin flohen. Am 18. März marschierte die Brigade Ehrhardt, die nun unter dem Befehl des Präsidenten Ebert stand, aus Berlin ab. Sie ging später nach Bayern, wo sie unter der neuen Regierung Schutz fand.

(aus: Boserup/Mack, Krieg ohne Waffen?, Reinbek 1974)

# PRAGER FRÜHLING

# GEGEN

Eines der wichtigsten Beispiele für die Wirksamkeit Sozialer Verteidigung ist der Widerstand des tschechoslowakischen Volkes gegen die Invasoren der „sozialistischen Bundesstaaten“ im August 1968. Spontan und im Bewußtsein der militärischen Unterlegenheit versuchte es seinen Aufbruch zum Frühling gegen die kalte Decke des Moskauer Frosts zu behaupten.

Roland Vogt beschreibt die wichtigsten Formen dieses geschichtlich herausragenden Ereignisses in einem Beitrag, der im Heft 9/10, 1971 der „Gewaltfreien Aktion“ erschienen ist, und gekürzt wiedergegeben wird.

## Ziviler, gewaltloser Widerstand

Mindestens ebenso groß wie die Ratlosigkeit angesichts der Ereignisse in der Tschechoslowakei seit der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968, war in aller Welt die Unsicherheit, wie das, was die Bevölkerung des soeben besetzten Landes der Weltöffentlichkeit vorführte, am treffendsten zu nennen sei. Die Mühe des Begreifens spiegelte sich in der Unklarheit des Begriffs wider. Da wurde von passiver Resistenz und dem Bestreben des Rundfunks, „aktiven Widerstand zu verhindern“ (1) (gemeint war: gewaltsame Aktionen zu verhindern), einmal vom Widerstand im Sinne Schweijks und dann wieder im Sinne von Jan Hus berichtet. Eine Zeitung, die wie die Moskauer „Prawda“ in den Straßen Prags die Konterrevolution sich entlarven sah, sprach bemerkenswerterweise vom „stillen Krieg“. (2)

Davon hebt sich eine Schlagzeile in „Le Monde“ ab: „Der gewaltlose Widerstand der Bevölkerung ist in erstaunlichem Maße weit verbreitet und wirksam.“ (3) Michel Tatu, (4) nach Prag entsandter Sonderkorrespondent der Zeitung, beschreibt genau den Sachverhalt, der einige Berichtersteller fast ebenso irritiert zu haben scheint, wie die Besatzer: „Insgesamt ist der Widerstand gewaltlos, aber wesentlich aktiver und wirksamer als es allgemein vorausgesehen worden war.“ (5) In diesem „gewaltlos — aber“ ist ein Vorurteil auf den Begriff gebracht, dessen Überwindung das Verhalten der CSSR-Bevölkerung nahelegt: daß gewaltloser Widerstand „passiv“ sei, aktiv und wirksam dagegen nur gewaltsame Gegenwehr.

## Entzug von Mitteln, Verweigerung von Diensten

Die erste Widerstandsaktion, von der aus Prag berichtet wird, war eine Art Reflexhandlung. Der Direktor des neu eröffneten Zivilflughafens Ruzyně soll, nachdem er die überfallartige Landung sowjetischer Truppentransportmaschinen bemerkt hatte, angeordnet haben, die Nervenzentrale des gesamten Flughafens und damit Strom, Gas, Wasser, Heizung, Ventilation und Luftdruckregelung auszuschalten. Gleichzeitig soll er allen Dienstkräften, die wegen des bevorstehenden Dienstschlusses (gegen 22 Uhr) im Begriff waren, nach Hause zu gehen, die Weisung erteilt haben, ihre Plätze wieder einzunehmen und diese zu verteidigen; er selbst soll sich geweigert haben, auf den Befehl eines Kollaborateurs seinen Arbeitsplatz zu verlassen und das Versteck der Schaltzentrale preiszugeben, das nur fünf Personen bekannt gewesen sein soll. Die Besatzer, so heißt es in der nach Augenzeugenberichten zusammengestellten Darstellung, (6) hätten drei Tage gebraucht, um das Geheimnis zu lüften. Selbst wenn diese Widerstandsaktion so nicht stattgefunden hätte, wäre sie doch gut erfunden.

## Dynamische Weiterarbeit?

Am 26. August wurde berichtet, das Land gehe seinem schnellen wirtschaftlichen Ruin entgegen (7). Demgegenüber hat Theodor Ebert behauptet (8), die Tschechen und Slowaken hätten angesichts der Problematik des Generalstreiks, der schließlich wegen seines totalen Erfolges hätte zusammenbrechen müssen, dessen dialektische Umkehrung gefunden; die dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration. Sie hätten

ihre Macht darin erkannt, daß sie ihre normalen sozialen Rollen mit kämpferischer Energie weiter ausübten und jede Anordnung der Besatzungsmacht als unrechtmäßig mißachteten. Diese Deutung wird gewiß den Rundfunkmitarbeitern gerecht, die mit gutem Beispiel vorangingen, indem sie unter den abenteuerlichsten Bedingungen an ihren Arbeitsplätzen ausharrten oder sich neue Arbeitsplätze in geheimen Studien schufen; sie mag auch für das Verhalten eines Teils der politischen Führung zutreffen; gerade im wirtschaftlichen Bereich konnte sich das „Konzept“ der dynamischen Weiterarbeit allem Anschein nach nicht durchsetzen. Bereits am zweiten Okkupationstag mußte sich die Nationalversammlung gegen an einigen Orten vorbereitete Streiks wenden: „(Sie) sind unwirksam. Sie schädigen in erster Linie unsere Völker, unsere Wirtschaft ...“ (9) Trotz im einzelnen einander widersprechender Berichte muß davon ausgegangen werden, daß die Arbeit nach dem psychischen Schock, den die Okkupation der Bevölkerung zugefügt hatte und nicht zuletzt wegen des Zusammenbruchs des Verkehrsnetzes in den ersten zwei bis drei Tagen im großen und ganzen zum Erliegen kam. (10) Dafür spricht unter anderem, daß in der ersten Sitzung der Regierung nach dem Moskauer Kompromiß Vorschläge zur Wiederaufnahme der Produktion erörtert werden mußten. (11)

Über zielbewußte Streiks wurde von den Nachrichtenorganen der CSSR wenig berichtet. Möglicherweise haben die Massenmedien die Verbreitung von Streiknachrichten aus Sorge vor einer um sich greifenden Arbeitsniederlegung in den ersten Tagen zurückgehalten.

Eine bewußte Ausnahme von dem Gebot, an den Arbeitsplätzen zu bleiben, (12) haben die Bergleute einer Urangrube gemacht. Sie beantworteten die Besetzung ihres Landes mit einem mehrtägigen Streik; durch eine Protestresolution brachten sie zum Ausdruck, daß sie das tschechische Uran (wohl das Objekt tschechischer Herkunft, an dem die Sowjetunion am stärksten interessiert ist) unter der Erde für am sichersten hielten. (13) Dieser vereinzelt Streiknachricht steht die Meldung gegenüber, die Radio Prag am Morgen des 25. August verbreitete: „Im Betrieb



CSSR '68:

# MOSKAUER FROST

CKD-Sokolovo traten die meisten Belegschaftsmitglieder zur Schicht an, die wir als Dubcek-Sonntag bezeichnen ...“ (14)

## Generalstreik als Proteststreik

Ein am 26. August im Tschechoslowakischen Rundfunk gesendeter gemeinsamer Aufruf von Nationalversammlung, Regierung und Zentralgewerkschaftsrat weist auf die einzig sinnvolle Funktion des Generalstreiks in der Situation der besetzten Tschechoslowakei hin: „... daß die Veranstaltung einer kurzfristigen, wenige Minuten dauernden Arbeitsniederlegung als symbolisches, vereinigendes Element des Widerstandes gegen die Okkupation der CSSR wirkt.“ (15) Von dieser Möglichkeit, in einer

test-Generalstreik, beginnend um 12 Uhr, jeweils auf eine Stunde ausgedehnt.

## Maßnahmen öffentlicher Konfrontation

Aus den frühen Morgenstunden des ersten Invasionstages sind Verhaltensweisen bekannt, aus denen hervorgeht, daß zwei wesentliche Aufgaben Sozialer Verteidigung spontan erkannt worden sind:

1. die Notwendigkeit, die vorrückenden Truppen aufzuhalten und in ihren Operationen zu behindern (Defensiv- und Schutzmaßnahmen),
2. die Nutzung der Chance, auf die fremden Truppen positiv einzuwirken (Offensivmaßnahmen).

für wichtige Institutionen und Entscheidungsträger Zeit zu gewinnen; zugleich führt der Sitzstreik den Interventionsoldaten das Mißverhältnis zwischen ihrem Vorgehen und der Haltung der Widerstand leistenden Bevölkerung drastisch vor Augen.

Offensiver Widerstand wurde durch das Mittel der Diskussion geleistet. Aus Prag und Bratislava wird von Jugendlichen berichtet, die gleich am ersten Tag Panzer umringten, um mit der Besatzung zu diskutieren. Aus Bratislava wurde der Fall von Diskutanten bekannt, die dem Befehl eines russischen Offiziers, auseinanderzugehen nicht einmal Folge leisteten, als dieser eine Warnsalve abgefeuert habe; verärgert sei der Offizier weitergegangen. (18) Derartige offensive Diskussionen haben die Unterredung als das reinste Mittel gewaltloser ziviler Übereinkunft (19) in den Mittelpunkt des Interesses an den Widerstandsformen der ersten Interventionstage gerückt. Kein „Kampfmittel“ war so sehr wie die Diskussion junger Tschech(inn)en und Slowak(inn)en mit den Panzerbesatzungen geeignet, einen Keil ins Bewußtsein der teilweise sehr jungen Invasionssoldaten zu treiben und sie zu potentiellen Verbündeten und positiven Informationsträgern zu machen. (20) Der Rundfunk hatte die Parole verbreitet, man solle den Soldaten erklären, daß sie unnütz gekommen seien, daß die Intervention ein Unrecht sei, ein Verbrechen ihrer Regierungen. Daß Bürger des besetzten Landes unmittelbar nach der Ankunft der fremden Truppen das Gespräch suchten, zeigt, daß sie spontan zu unterscheiden wußten zwischen dem Menschen, vielleicht auch dem brüderlichen Sozialisten, und dem Befehlsempfänger, der, in Uniform gesteckt und in einen Panzer gezwängt, eine sehr unglückliche Rolle zu spielen hatte. Mehr noch: daß sie mit ihm redeten und ihn zu überzeugen gedachten, spricht für ihre Hoffnung, er sei ein Mensch, der die Fähigkeit nicht verloren habe, aus seiner Rolle auszubrechen — aber wohin? Heinrich Böll, Augenzeuge, sah keinen Ausweg für die Okkupationssoldaten: „Sie hatten die Wahl, verrückt zu werden oder Selbstmord zu begehen ... Die dritte Wahl, zu desertieren, hatten sie nicht. Es hätte sie keiner aufgenommen. Ein Soldat, der die Wahl der Desertation nicht hat, kann sich nur an seiner Waffe festhalten.“ (21)



Agitatoren für den Sozialismus — mit Diskussion ...

Demonstration des gemeinsamen Protests aller Werktätigen die Einheit im Widerstand zu bekräftigen und zu bekunden, hat die Prager Bevölkerung bereits am ersten Okkupationstag Gebrauch gemacht. Genau um 12 Uhr stand der gesamte Verkehr in Prag still; die Bürger der Hauptstadt folgten in eindrucksvoller Geschlossenheit dem Aufruf der Kultur- und Künstlerverbände, einen Proteststreik von 2 Minuten abzuhalten. (16) Am zweiten und am dritten Okkupationstag wurde der Pro-

Im Sinne der ersten Aufgabenstellung haben Einwohner eines Dorfes an der Upa gehandelt. Es gelang ihnen, einen russischen Konvoi, dem auch Panzer angehörten, durch einen neunstündigen Sitzstreik aufzuhalten und schließlich zu einem zeitraubenden Umweg zu nötigen. (17) Vor allem bei einem überraschenden militärischen Einfall in ein zum Widerstand entschlossenes Land ist der Massensitzstreik zum Aufhalten vorrückender Truppen eine hervorragende situationsgerechte Maßnahme, um

Selbstmord soll — nach einem sein Gewissen bestürmenden Gespräch mit einer Tschechin — tatsächlich ein russischer Soldat begangen haben. (22) Im ganzen sind die Wirkungen der Diskussion auf die Soldaten der fünf Interventionsmächte schwer abzuschätzen. Die Befehlshaber der Warschauer-Pakt-Mächte jedenfalls erkannten die aus diesem „Kampfmittel“ erwachsende, für sie gefährliche Situation. Aus dem Sudetenland, in dem die deutsche Sprache noch weit verbreitet ist, berichtete Radio Freies Prag, die Moral der zunächst dort einmarschierten Volksarmee-Soldaten des DDR-Kontingents sei so tief erschüttert worden, daß sie durch Einheiten anderer Invasionsarmeen hätten abgelöst werden müssen, bei denen die Sprachbarriere eine gewisse Gewähr gegen die Verständigung mit der Bevölkerung geboten habe. (23) Wo auf Sprachschwierigkeiten kein Verlaß war, vor allem in Prag, wo junge Tschech(inn)en ihr Russisch aktivierten, wurde den Soldaten, welche bereits „infizierte“ Kameraden ablösten, von den Befehlshabern das Diskutieren verboten. Die Antwort der Bevölkerung hierauf war der Entzug jeglicher Aufmerksamkeit gegenüber den fremden Soldaten. Die Aufforderung der Wandplakate „Ignorieren!“ wurden (jedenfalls in Prag) vom dritten Tag der Besetzung an überwiegend befolgt.

### Unerschöpfliche Vielfalt der Widerstandsformen

Für den Bereich der Konfrontationstaktiken ist die gewaltlose Attacke nachzutragen. Diese Widerstandsform, die dem Gegner und der eigenen Bevölkerung Furchtlosigkeit demonstrieren soll, wurde schon in der ersten Nacht in Prag von jugendlichen Demonstranten gegenüber jenen Panzern praktiziert, die das ZK-Gebäude umstellt hatten. In Zwölferreihen, die blauweißrote Trikolore der CSSR schwingend und unter Sprechchören: „Russen nach Hause, Dubcek, Svoboda“ rannte eine Widerstandsgruppe auf die Panzer der Besatzer zu, um sie zu besetzen. (24)

Unerschöpflich war die Phantasie der Tschechen und Slowaken auch im Bereich der schriftlichen Agitation. Plakat- und Flugblattaktionen, Karikaturen und Inschriften an Häusern und selbst an den Panzern zielten sowohl auf die fremden Truppen wie auf potentielle Kollaborateure.

Besondere Fähigkeit entwickelte die CSSR-Bevölkerung im demonstrativen Umgang mit nationalen Symbolen. In Prag wurde durch das Einbeziehen des Wenzelsdenkmals nationale Symbolik gezielt in Demonstrationen der Einheit und Geschlossenheit umgesetzt.

Als weitere für den Widerstand relevante Verhaltens- und Aktionsformen sind — ohne daß damit Vollständigkeit der Aufzählung erzielt werden könnte — zu nennen: kollektive Trauerbekundungen und Mahnwachen; Unterschriftenaktionen, sowohl als Sympathiebekun-

dungen für die legale Führung wie auch zur Artikulation politischer Forderungen (z.B. nach Neutralität), Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz als bedroht geltender Prominenter und schließlich: aktive Unterstützung der geheimen Sendestationen und Zeitungsredaktionen (Verbergen und Tarnen, Lieferung von Nachrichtenmaterial, Weiterverbreitung von Nachrichten).

### Zentrale Funktion des Rundfunks

Angesichts der Tatsache, daß wegen des Fehlens von Bereitschaftsplänen alle geschilderten Aktionsformen spontan und improvisiert artikuliert werden mußten, kam den Massenkommunikationsmitteln, insbesondere den legalen Untergrundsendern des Rundfunks, überragende Bedeutung zu. Letztlich wurde der Rundfunk zum technischen Garanten für die koordinierte Ausbreitung des zivilen gewaltlosen Widerstandes. Das Funktionieren der Rundfunksender erlaubte angesichts des totalen Planungsdefizits die teilweise Ersetzung der für eine wirksame Soziale Verteidigung notwendigen Planung durch kurzfristig umsetzbare Improvisationen.

Ohne den Rundfunk hätte die kreative Spontanität der Tschechen und Slowaken nicht annähernd so wirksam in kollektiven Widerstand übertragen werden können. Um auch aus dieser Erfahrung Konsequenzen für eine Strategie

funks hatten. Es gelang ihnen vor allem nicht, die im Keller des Rundfunkgebäudes in Prag installierte automatische Rundfunkzentrale, das „Hirn“ des tschechoslowakischen Rundfunks, mit dessen Hilfe die Sendetätigkeit der außerhalb des Rundfunkgebäudes improvisierten Studios so gut funktionierte, zu finden. Außerdem richteten die Rundfunkmitarbeiter eine Senderstation ein und erschwerten damit die Anpeilversuche der Okkupanten. Schließlich fehlte den Sowjets in den ersten Tagen geeignetes Peilgerät und da sie die erforderlichen Radiolokatoren mit der Eisenbahn heranzutransportieren gedachten, konnten die tschechoslowakischen Eisenbahner dem Widerstand ein Erfolgserlebnis dadurch verschaffen, daß sie den von der sowjetischen Grenze heranrollenden Zug durch künstliche Pannen und „Reparaturen“ aufhielten und ihn zuletzt auf ein Abstellgleis beförderten; erst am 25. August luden die Sowjets die Störeinrichtungen in Hubschrauber um.

Künftige Aggressoren werden — ebenso wie die Protagonisten der Sozialen Verteidigung auf den Erfolgen des tschechoslowakischen Widerstandes — aus den der Warschauer-Pakt-Staaten lernen und man wird sich darauf einrichten müssen, für den Bereitschaftsfall vor Ausforschungsvorversuchen potentieller Gegner sichere technische Alternativen des Kommunikationssystems aufzubauen.



... oder mit Panzern?

der vorbereiteten Sozialen Verteidigung ableiten zu können, ist eine detaillierte Funktionsanalyse der Kommunikationstechniken und -strukturen des Augustwiderstandes notwendig, die an dieser Stelle nicht im erforderlichen Umfang geleistet werden kann. (25)

Bei künftigen Fällen Sozialer Verteidigung muß allerdings damit gerechnet werden, daß der Angreifer die Versäumnisse der Warschauer-Pakt-Mächte nicht wiederholen wird, die das Senden von außerhalb der besetzten Hauptstudios ermöglicht haben. Diese Versäumnisse bestanden einmal darin, daß die Okkupationstruppen offensichtlich keine Ahnung von der technischen Organisation des tschechoslowakischen Rund-

Wir stehen heute vor der Frage, wieso der Widerstand trotz der Vielfalt der Widerstandsformen scheitern konnte. Die Antwort darauf werden wir nicht finden, indem wir nach fehlerhaftem Einsatz dieser oder jener Widerstandsaktionen oder nach Mängeln in der Koordination suchen. Die in der CSSR gezeigten Widerstandshaltungen, die Lösungen, die die Bevölkerung des besetzten Landes für eine Reihe von Problemen Sozialer Verteidigung gefunden hat, sollten uns jedoch ermutigen, von ihr zu lernen, um das Konzept der Sozialen Verteidigung auch in widerstandstechnischer Hinsicht weiterzuentwickeln.

Roland Vogt

# CSSR '68:



Sowohl in seinem Buch über die Prager Ereignisse (Prag 1968 – Systemveränderung und Systemverteidigung, Stuttgart – München 1975), als auch in einem Vortrag, der in der Gewaltfreien Aktion (Nr. 9/10, 1971) veröffentlicht wurde, äußert sich Vladimir Horsky zum Problem des Scheiterns des Widerstandes in der CSSR. Als wesentlichen Faktor benennt er dabei das „Umkippen“ der Führer des „Prager Frühlings“, die nach der Unterzeichnung des „Moskauer Diktats“ das Volk zur Aufgabe jeden Widerstandes aufriefen. Hierzu schreibt er:

## Emanzipation nicht ganz vollzogen

...Der August-Analyse ist immerhin zu entnehmen, daß die erwähnte Widerstandseffizienz der Tschechen und Slowaken nicht als ihr nationales Attribut interpretiert werden dürfte: sie stellen sich vielmehr als Träger gewisser sozialer Rollen dar, deren Drehbuch nicht in nationaler, sondern internationaler Sprache geschrieben wurde und nicht nationalistischen, sondern sozialpolitischen Charakter trug. Durch diese Optik betrachtet, war der August-Widerstand ein unvollendeter Anschauungsunterricht dessen, welche Kraft sich in dem Volk verbirgt, das sein Schicksal in eigene Hände nimmt und nach eigenen Bedürfnissen gestaltet.

Dieser Emanzipationsprozeß war im Gange – daher die erstaunlichen Widerstandserfolge; es war der CSSR-Gesellschaft jedoch nicht vergönnt, ihn zu

vollziehen – daher das spätere Scheitern des Widerstandes. Das Volk war imstande, seine Gegner, nicht jedoch seine Idole in Schach zu halten, die Verräter, nicht jedoch die Kompromißler zu isolieren. Es war insofern mündig, als es das Moskauer Diktat ablehnte; es war nicht mündig genug, auch die Unterzeichner abzulehnen, bzw. ihre Unterordnung unter seinen Willen zu erzwingen. Aufgrund irreführender Deutung der Moskauer Verhandlungsergebnisse und trotz seinen Gefühlen, die ihm einen anderen Ausweg aufzeigten, ließ es sich letztlich überzeugen, daß der Weg des getroffenen Kompromisses nicht zur Kapitulation, sondern zur Aufrechterhaltung seiner Errungenschaften führt. Wenn auch für diese Verwirrung im Volke politische Gremien verantwortlich sind, deutet sie immerhin auf die Grenzen

seiner Mündigkeit hin. Auch in der CSSR-Bevölkerung nahm zuletzt etwa die Einstellung überhand, daß ein „Durchschnittsbürger“ – egal ob Arbeiter oder Intellektueller – sich doch nicht ohne weiteres das Recht anmaßen könne, radikal in die Entscheidungen einzugreifen, die von den „dazu Berufenen“ getroffen werden. Diese komplexe soziale Psychologie, die durch Gefühle einer Abhängigkeit von den Entscheidungsträgern „dort oben“, sowie durch eine gewisse „Fixiertheit“ auf die charismatischen Führer gekennzeichnet wird, muß mit all ihren geschichtlich-gesellschaftlichen Hintergründen vorrangig Gegenstand einer gründlichen empirisch-theoretischen Analyse gemacht werden.

Vladimir Horsky

### FORTSETZUNG von S.

#### Anmerkungen

- 1) Der Fall CSSR. Strafaktionen gegen einen Bruderstaat, Hrsg. v. Redaktion der Fischer-Bücherei unter Mitarbeit des Südwestfunks Baden-Baden, Redaktion Klaus Hamberger, Frankfurt a.M. 1968, S. 27.
- 2) Die Wahrheit (SEW) v. 28.8.1968.
- 3) Le Monde, 25./26.8.1968.
- 4) Autor von „L'Heresie Impossible“, Paris 1968.
- 5) Le Monde, 25./26.8.1968.
- 6) Jean G. Danes: Durstige Russen stürmten den free shop. Die Besetzung des Prager Flughafens Ruzyně am 20. August 1968. In: Der Spiegel, S. 41, 7.10.1968, S. 150 ff.
- 7) Manfred von Conta in „Süddeutsche Zeitung“, 26.8.1968.
- 8) Der zivile Widerstand in der Tschechoslowakei, a.a.O., S. 866.
- 9) Das tschechische Schwarzbuch, a.a.O., S. 126.

- 10) Vgl. Telefonbericht von Hans Hofmann aus Prag, 22.8.1968. In: Der Fall CSSR, a.a.O., S. 23.
- 11) Das tschechische Schwarzbuch, a.a.O., S. 299.
- 12) Vgl. Aufruf der Nationalversammlung der Regierung und des Zentralgewerkschaftsrates an alle Werktätigen. In: Das tschechische Schwarzbuch, a.a.O., S. 275-276.
- 13) Der Tagesspiegel, 25.8.1968.
- 14) Das tschechische Schwarzbuch, a.a.O., S. 299.
- 15) Das tschechische Schwarzbuch, a.a.O., S. 276.
- 16) It. Lidova demokracie, 21.8.1968. In: Das tschechische Schwarzbuch, a.a.O., S. 60.
- 17) Michale Randle, April Carter u.a.: Support Czechoslovakia, London 1968, S. 7.
- 18) Mnacko. In: Der Spiegel, 41, 7.10.1968 S. 162.
- 19) Walter Benjamin: Zur Kritik der Gewalt, Frankfurt 1965, S. 47/48.

- 20) Vgl. Theodor Ebert: Der zivile Widerstand in der Tschechoslowakei, a.a.O., S. 869. Dort wird kritisiert, daß die Möglichkeiten der Beeinflussung der Soldaten durch Gespräche und Diskussionen nicht voll ausgeschöpft worden seien.
- 21) Heinrich Böll: Vier Tage in Prag. In: Christian Schmidt-Häuser und Adolf Müller: Viva Dubcek. Reform und Okkupation in der CSSR, Köln 1968, S. 15.
- 22) Das tschechische Schwarzbuch, a.a.O., S. 121 u. 122.
- 23) Der Fall CSSR, a.a.O., S. 66.
- 24) Chr. Schmidt-Häuser u. A. Müller: Viva Dubcek, a.a.O., S. 131; Vaclav Svoboda: Genosse Aggressor, Wien 1968, S.5.
- 25) Vgl. Roland Vogt: Widerstand von Bevölkerung und Rundfunk in Prag, August 1968. In: Arbeitspapier zur internationalen Studientagung der VDW vom 9. - 13. Dez. 1970 in Berlin-Wannsee. Zum Thema Rundfunk und ziviler Widerstand liegt eine unveröffentlichte Arbeit von Stina Johanssohn, Uppsala, vor.

## METHODE DER SOZIALEN VERTEIDIGUNG

# Dynamische Weiterarbeit

### Zur Wirkung des konstruktiven Ungehorsams in der Sozialen Verteidigung

Befürwortern der Sozialen Verteidigung wird häufig vorgehalten, daß dem zivilen Widerstand die abschreckende Wirkung der militärischen Verteidigungsvorbereitungen fehle, weil ein Aggressor ohne persönliches Risiko einen Unterdrückungsversuch unternehmen könne. Hinter dieser kritischen Anfrage steht die Vorstellung, daß ziviler Widerstand nur aus Verweigerungshandlungen, insbesondere Streiks bestehe. Der Streik und Boykott vermag jedoch nur denjenigen materiell zu beeindrucken, der auf Leistungen oder Nachfragen der Widerstand Leistenden unmittelbar angewiesen ist.

Eine solche Abhängigkeit des Aggressors von den Widerstandskämpfern darf man in der Regel jedoch nur bei einheimischen Putschisten oder bisherigen Bundesgenossen annehmen. Erfolgte der Angriff aus dem Raum des Comecon (osteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, GWR-Red.) würden wirtschaftliche Kampfmaßnahmen kaum ausreichen, wahrscheinlich die Verteidiger sogar viel härter treffen als den Aggressor.

Um ein wirklichkeitsnahes Kriegsbild der Sozialen Verteidigung zu entwerfen und um die Risiken eines Aggressors neu einschätzen zu können, muß man einerseits annehmen, daß der Usurpator durch einschüchternde Gewaltmaßnahmen die Zusammenarbeit zu erzwingen sucht und daß andererseits die Verteidiger unter Einsatz ihres Lebens an ihren Arbeitsplätzen ausharren und die Hilfskräfte der Usurpatoren in ihrem Sinne zu beeinflussen suchen. Führt dieses Verhalten zu dem immer wieder befürchteten totalen Zusammenbruch der Verwaltung und der Gefährdung des physischen Überlebens der Nation? Zwingt eine entstehende Notlage Verwaltung und Wirtschaft wirklich zur Zusammenarbeit mit den Usurpatoren?

### Besatzer ignorieren

Eine solche Kraftprobe wird den normalen Ablauf der Verwaltung, des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zwar beeinträchtigen, aber die vollständige Nichtzusammenarbeit mit den Usurpatoren braucht keineswegs zur Lähmung dieser Institutionen führen. Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration bedeutet, daß man an seinem nor-

malen Arbeitsplatz bleibt und dort im Rahmen der geltenden Gesetze und Vorschriften die neu entstandenen Probleme zu lösen sucht. Eine Entlassung oder Aussperrung durch die Usurpatoren ignoriert man und kehrt so lange an seinen Arbeitsplatz zurück, bis die Usurpatoren einen dauerhaft mit physischer Gewalt hindern. Wird jemand von den Usurpatoren liquidiert, tritt an seine Stelle der vorgesehene oder neu gewählte Nachfolger oder auch ein Gremium von Vertretern.

Von den Usurpatoren eingesetzte Personen werden ignoriert beziehungsweise als Privatpersonen behandelt.

Ein bezeichnendes Beispiel für die Ohnmacht eines Usurpators ist die Entstehungsgeschichte der Regierungserklärung des Putschisten Kapp. Als er sie abfassen wollte, machte er eine überraschende Feststellung.

„Da vom Personal der Kanzlei niemand zur Arbeit gekommen war, konnte weder eine Stenotypistin noch eine Schreibmaschine gefunden werden. Dr. Kapp hat sich gewiß bittere Gedanken über die Schicksalstücken gemacht, die große Männer plagen. Schließlich fiel

ihm ein, daß seine Tochter im Kriege einen Kursus in Maschineschreiben absolviert hatte. Er ließ sie herbeiholen. Nach weiteren Verzögerungen wurde auch eine Schreibmaschine gefunden und nach weiteren Verzögerungen machte sich das Staatsoberhaupt an seine literarische Aufgabe. Leider war es, als die Proklamation fertig wurde, schon zu spät für ihre Aufnahme in die Sonntagsblätter. Über das Wochenende hörte die Berliner Bevölkerung offiziell nichts von den Männern, die sich selbst zu Lenkern des deutschen Schicksals ernannt hatten.“ (1)

Bei einer Strategie der dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration würde die Stenotypistin zwar zur Arbeit erscheinen, aber sie würde sich entschieden weigern, für den Usurpator auch nur eine Zeile zu schreiben.

Dieses Verfahren des Aushaltens am Arbeitsplatz könnte man in Angleichung an die „Sit in“ Aktionen der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung auch als „Work in“ bezeichnen. Die Weiterarbeit ohne Kollaboration würde den Usurpatoren größere technische und psychologische Schwierigkeiten bereiten als der Streik und der freiwillige Rücktritt, die beide reibungslos und konfron-

# ohne Kollaboration



(für dieses Foto danken wir dem Waldkircher Verlag)

tationslos den Arbeitsplatz für Kollaborateure räumen, sofern diese überhaupt in genügender Zahl und in ausreichender Qualifikation vorhanden sind. (2)

## Im Dschungel des Widerstands

King-Hall hat Jessie Hughan insbesondere vorgeworfen, daß ihre Konzeption zu negativ darauf ausgerichtet sei, dem Feind nur größtmögliche Schwierigkeiten zu bereiten. Die Möglichkeiten der ideologischen Einflußnahme würden nicht genügend genutzt. „Ziel des gewaltlosen Widerstands, wie ich ihn verstehe, wäre es, die Besetzung für den Feind gefährlich zu machen.“ (3) Was könnte jedoch für einen Usurpator gefährlicher sein, als wenn er an den einzelnen Arbeitsplätzen den Versuch machen muß, Gehorsam mit offener Gewalt zu erzwingen? Muß er doch seine Truppen und sein ziviles Personal für solche Konfrontationen in kleine Gruppen aufteilen und sie in den Dschungel des Widerstands schicken. Muß der Usurpator nicht damit rechnen, daß seine Anhänger und gezwungene Mitläufer in den persönlichen Dialogen, in die sie nun geraten, von den Argumenten und der Haltung der Verteidiger beeindruckt sein werden?

Wie ein solcher Dialog beginnen kann, berichtet Arnold Brecht, der zur Zeit des Kapp-Putsches Geheimer Regierungsrat in der Reichskanzlei war, in seinen Memoiren:

„Ein Zivilist mit zwei Soldaten, die Handgranaten trugen, betrat vom Büro her mein Zimmer. Er fragte: ‚Sind Sie bereit, für den Herrn Reichskanzler zu arbeiten?‘ Ich sagte: ‚Das tue ich ja bereits.‘ Er sah mich stirnrunzelnd an: ‚Ich meine nicht den früheren Reichskanzler, sondern für Reichskanzler Kapp.‘ Ich: ‚Ich kenne nur Reichskanzler Bauer.‘ Er: ‚Der ist abgesetzt.‘ Ich: ‚Er ist nach der Verfassung der einzige Kanzler. Ich habe einen Eid auf die Verfassung geleistet, und ich trage meinen Eid nicht in der Hand, wie Ihre Leute ihre Handgranaten.‘ (4)

## Ideologische Gefährdung

In der CSSR konnten im August 1968 die Okkupanten die Großzahl ihrer Truppen noch in geschlossenen Kontingenten außerhalb der Städte in Zeltlagern unter Kontrolle halten. Die ersten Gespräche fanden zwischen tschechoslowakischen Fußgängern und Panzerinsassen statt. Wie hätte es um die Truppen-

moral gestanden, wenn die Russen, die Polen, die Deutschen, die Bulgaren und die Ungarn hätten aus den Fahrzeugen aussteigen und in den Fabriken, in den Verwaltungen, in den Schulen und Universitäten Verhaftungen durchführen müssen und wenn sie dabei in Diskussionen hineingezogen worden wären?

An der polnischen Armee scheinen selbst die allgemeinen Eindrücke vom tschechoslowakischen Widerstandswillen und die spärlichen direkten Begegnungen nicht spurlos vorübergegangen zu sein. Das im Februar 1971 von der Parteireform getroffene Politbüromitglied Z. Klizko meinte 1969 auf Parteiversammlungen rügen zu müssen, daß Soldaten nach ihrer Rückkehr aus der CSSR „verderbliche Ansichten“ unter der polnischen Bevölkerung verbreitet hätten. Um diesem Treiben Einhalt zu gebieten, seien allein im Wehrbereich Schlesien 150 Stabsoffiziere (vom Major an aufwärts) entlassen worden. (5)

Auf dieser ideologischen Gefährdung der Okkupanten und den materiellen Kosten, die einer Interventionsmacht entstehen, wenn sie qualifizierte Zivilisten aus der eigenen Verwaltung und Wirtschaft abziehen muß, um liquidierete Widerstandskämpfer zu ersetzen, beruht die Wirkung der Strategie der dyna-

mischen Weiterarbeit ohne Kollaboration. Organisatorische Vorbereitung auf die Soziale Verteidigung bedeutet darum Einübung der Normalität für abnorme Umstände.

### Schmerzliche Erfahrungen „während des Ruhrkampfes“

Die abhaltende Wirkung der Sozialen Verteidigung kommt dadurch zustande, daß sich ein Aggressor im Voraus überlegen muß, ob er denn über genügend fachlich qualifiziertes und ideologisch gefestigtes Personal verfügt, um sich vor Ort gegen die Verteidiger auch durchsetzen zu können.



Tschechisches Widerstandsplakat: „Sonder 'Moldau' (Organ der Besatzungsmacht) meldet: In den Straßen sind wir Zeugen, wie sich unsere Prager und die russischen Soldaten brüderlich umarmen.“

Die Geschichte bietet noch wenig Hinweise auf die Wirkung vorbereiteten zivilen Widerstands und Aggressoren können sich täuschen, aber der Expeditionsbericht des französischen Generals Mordacgu aus dem Ruhrgebiet im Jahre 1923 könnte ihnen zu denken geben: „Ich ... machte Station namentlich in Essen, Bochum, Dortmund, Witten und an der Lippe sowie in allen Fabriken (wie zahlreich sie sind!), die unsere Truppen besetzt hielten.

Ach unsichtbare Besetzung! Ausführlich sprach ich mit dem Poilus (Soldaten und Offiziere), mit den Generalen und Ingenieuren. Diese Unterhaltungen machten auf mich einen schon sehr schmerzlichen Eindruck. Bestand doch völlige Klarheit darüber, daß die ganze Gegend, die für äußerst nutzbringende Arbeit so gut organisiert ist, nur einen sehr schwachen Ertrag lieferte, und zwar deshalb, weil unsere Ingenieure, die anweisungsgemäß alles dirigieren sollten,

hierzu absolut unfähig waren, da sie eben die Eigenart dieses Landes nicht kannten und dabei noch beständig auf das passive Entgegenwirken der deutschen Ingenieure und Arbeiterschaft stießen. Das war wirklich passiver Widerstand, der dort oben herrschte und der

bung unserer traurigen Wirtschaftspolitik Schritt für Schritt verfolgt hatten, teilten meine Meinung.“ (6)

Theodor Ebert



Anmerkungen

- 1) D.J. Goodspeed: Verschwörung und Umsturz, Der Staatsstreich im 20. Jahrhundert, München 1963, S. 147.
- 2) In Dänemark wurde 1943 von dem Reichsbevollmächtigten Dr. Werner Best die Regierungsübernahme durch die NSDAP abgelehnt, weil der dänische Führer Frits Clausen sich „mit gänzlich unbedeutenden und zum Teil minderwertigen Mitarbeitern umgeben“ habe. Zit. n.: U. Poch: Anpassungspolitik ohne Kollaboration, in: Th. Ebert (Hg.): Ziviler Widerstand, Düsseldorf 1970, S. 289.
- 3) St. King-Hall, Den Krieg im Frieden gewinnen, Hamburg 1958, S. 301.
- 4) An dieser Stelle brach Brecht das Gespräch ab und verließ die Reichskanzlei. A. Brecht: Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884 - 1927, Stuttgart 1966, S. 303 - 304.
- 5) P.W. Schroeder: Polnische Invasionsgruppen verbreiten zu Hause Reformkurs. In: Weser Kurier (Bremen) 25.8.1969 (nach polnischen Pressemeldungen, die gemeldet wurden von einer europäischen Stiftung für Friedensfragen in Bonn).
- 6) Zit. n. Hans Spethmann: Der Ruhrkampf 1923 bis 1925 (Volksausgabe), Berlin 1933, S. 220.

auch Erfolg brachte. Konnte man sich doch in der Tat der Feststellung nicht entziehen, daß sich alle Franzosen, Zivil- und Militärpersonen, Poilus und obere Führer, ungeheure Mühe gaben, um letzten Endes Ergebnisse zu erzielen, denen fast keinerlei Bedeutung zukam. Dabei machten doch die Hochöfen, Fabriken, Werkstätten aller Art, die sich hier in übergroßer Zahl zusammendrängen, den Eindruck einer Leistungsfähigkeit mit enormen Ertrag, den man sicher auch erreicht haben würde, wenn man das ‚gewohnte Hirn‘ hätte die Masse leiten zu lassen.

Ich ermittelte ferner, daß ich nicht der einzige war, der das bedauerte. Fast alle Generale, die seit Januar zur Ruhrbesetzung gehörten und die die Ausü-

## BUCHBESPRECHUNG

# Costa Rica: Land ohne Armee



Nun ist es praktisch erwiesen: In einer zivilisierten Welt kann man ein Land auch ohne Raketen, Panzer und Bomber wirksam verteidigen. Der Rüstungswahn ist entlarvt. Die Rüstungsmilliarden können sinnvoller und wirksamer für Frieden und Sicherheit eingesetzt werden.

Costa Rica, ein kleines Land in Mittelamerika, jedoch 20 % größer als die Schweiz, hat seit 1948, also seit 33 Jahren keine Armee mehr und hat alle Invasionsversuche des machtgerigen Somoza-Regimes in Nicaragua unbeschadet überstanden. Wie das möglich war, beschreibt eine ausgezeichnete Broschüre „Costa Rica, ein Land ohne Armee“, Sensenverlag Wien, Sensengasse 4.

Warum ist die Militärlosigkeit Costa Ricas so wenig bekannt? Die Autoren schreiben dazu lakonisch: „Die Abrüstung ist in aller Munde. Führt ein Staat sie vor, wird er verschwiegen ... kein Hinweis auf den „Interamerikanischen Vertrag für gegenseitigen Beistand“, der im Falle Costa Ricas erfolgreich und friedlich gehandhabt wurde.“

Der Grund für das Verschweigen ist naheliegend: Jedes waffenstarrende Land hat irgendwo ein schlechtes Gewissen. Die eigene Bevölkerung, die große Opfer für die Rüstung bringen muß, soll nicht erfahren, daß es auch anders geht. — Umso wichtiger ist es für die Friedensbewegung, diese Tatsache immer wieder zu erwähnen und alle friedliebenden Staaten zur Nachahmung aufzufordern.

W. Harless

# Die Verteidigung der »Republik Freies Wendland« ●●●●● ein Beispiel für soziale Verteidigung?



Seitdem im Februar '77 Gorleben als Standort des bundesdeutschen Atomklos benannt wurde, ist dieser vergessene Zipfel an der DDR-Grenze zunehmend auch zum Aufmarschgebiet bundesdeutscher Truppen geworden (1). Als wäre der gefürchtete Russe in Gestalt der ehemaligen Beschützer über die Grenze marschiert, sprechen die Bewohner von „Besatzungstruppen“.

Am 3. Mai '80 wird der Platz über der Tiefbohrstelle 1004 von der „Republik freies Wendland“ befreit und ihr erstes Dorf gegründet. Es entbrennt ein ungleicher Kampf der ungleichen Republiken. Für den niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff war die Ausrufung der „freien Republik“ allein schon „HOCHVERRAT“. Und: „Was wäre gewesen, wenn den Sommer über das noch gewachsen wäre, und wir wären kleiner als die „Republik freies Wendland“ geworden?“ (Polizeiprotokoll) (2) So war die Entscheidung gegen ein Ausweichen auf eine andere Bohrstelle prin-

zipieller Natur. Sie wurde am 4. Juni im „größten Einsatz bundesrepublikanischer Nachkriegsgeschichte“ (Polizeiprotokoll) demonstriert.

## Mobilmachung

Befürchtet wurde auch, daß der wendische Bazillus übergreifen würde und eine Räumung kräftemäßig nicht mehr durchführbar wäre. Dem wurde unter „Hinzuziehung höchster Fachleute“ und mit 8 - 10.000 Uniformierten ein generalstabsmäßiges Einsatzkonzept entgegengesetzt: bis 44 Stunden vorher wurde der Einsatz vor den Beteiligten geheimgehalten, in der Nacht vorher wurde der ganze Landkreis abgesperrt und 2.300 Verdächtige kontrolliert, der Einsatz wurde über Bildschirm von einer zentralen Kommandostelle überwacht, alle Gewaltmittel wurden aufgefahren, von Hunde- und Pferdestaffeln, chemischen Waffen bis zu Hubschraubern und

Panzerfahrzeugen, kurz vor dem Zugriff wurden neue Mannschaften im Tiefflug eingeflogen, die öffentliche Berichterstattung ausgeschlossen. Polizeiliche Schlußfolgerung: „Wenn es da zu Gewalt gekommen wäre, wären wir gleichwohl erster Sieger geblieben.“

Um das dazu nötige Feindbild aufrechtzuerhalten, wurden Gerüchte verbreitet, daß sich Schußwaffen und Mollied auf dem Platz befinden. Es herrschte nach eigenen Angaben eine „widerliche Hochspannung“ bei der Polizei und die Frage „wann ziehe ich die Waffe?“ beherrschte die Gespräche. So bewegten sich die Truppen wie Eroberer im feindlichen Land. Aus Panzerfahrzeugen wurden z.B. harmlose Lüchower Passantinnen angeschrien „Heute killen wir Euch!“ Ältere Mitbürger empfanden: „Das war schlimmer wie im Krieg“.

Selbst wenn es eher noch Vorformen davon sind: stellen wir uns im Ernstfall die Verteidigung unseres Lebensraumes wie die unseres Dorfes vor?

## 1004, etwas Verteidigenswertes

Tatsächlich hatten wir die ersten Voraussetzungen sozialer Verteidigung geschaffen: daß es überhaupt etwas Verteidigenswertes gibt und wir auch die Chance haben es zu tun. Wir haben uns eine Heimat genommen und indem wir uns selbst organisierten haben wir die Chance zurückgewonnen jenseits staatlich-militaristischer Selbstmord-Disziplin vielleicht zu ÜBERLEBEN. Indem wir unsere militärische Unterlegenheit akzeptierten, haben wir begonnen, Gewaltfreiheit zu unserer Stärke zu machen. Vor allem haben wir es geschafft, ein gemeinsames Verhalten mit tausenden unterschiedlichen Leuten immer wieder abzusprechen und schließlich mit 2.000 in der brutalen Konfrontation durchzuhalten. Von Anfang an hatte dieses tausendköpfige glitschige Ungetüm dem Zugriff der Bürokraten Schwierigkeiten bereitet. Kein Paragraph wollte so recht passen und kein Bürgermeister war zu finden, den man hätte verantwortlich machen können. So wurde dem Beamten, der eine einstweilige Verfügung ablegen wollte mitgeteilt, „so etwas möchten Sie bitte künftig in der BRD ablegen“ (anhaltendes Gelächter im Polizeiprotokoll). Wir hatten unser eige-



nes „Recht“, unseren Wendepaß, die Besitzeinweisung vom Untergrundamt Gorleben-Solleben, die uns das Gelände zugesprochen hatte, hatten unseren Radiosender, unsere Zeitung, unsere Lieder – und bei allem einen sensiblen inneren Zusammenhang, der versuchte ohne Dorfgregierung und Mehrheits-schlachten jede/n über seine Bezugsgruppe und über den Sprecherrat zu beteiligen.

Der Leiter der Polizeivorbereitung regt sich auf, daß mit solchem „scheinlegalen Handeln nachher solche Qualitäten entstehen, wie die Verhandlungen der Abgesandten ... am Freitag vor dem Einsatz im Innenministerium, wo sie Gesprächspartner des Bundesinnenministers Baum und des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff werden und darüber verhandeln, ob die Polizei das nun räumen darf oder nicht. Da bekommt das also eine Qualität, die ihren unmittelbaren Einfluß nachher auf unseren Einsatzauftrag nahm ... und wo dann am Schluß die Politiker tatsächlich gegen eine schon laufende Einsatzmaschine ... den ganzen Einsatz um 24 Std. verschieben.“ Hätten wir durch systematische Verhandlungsführung mit stärkeren Aktionen und breiterer Beteiligung der Bevölkerung im Rücken die Maschine ganz stoppen können?

## Konzepte, Diskussionen, Planspiele

So aber mußte das Ende kommen und wir hatten den Widerstand gegen die unmittelbare Räumung während der 3 Monate Vorbereitung und den 33 Tagen der Besetzung zu unserem Hauptthema und Streitpunkt gemacht. Auf der einen Seite der Extreme, standen die uns unterstützenden Einwohner aus dem Wendland, die uns inständig baten, keine Konfrontation aufkommen zu lassen. Viele meinten, wir sollten unsere friedlichen Absichten zeigen, indem wir vor dem Angriff der Polizei freiwillig den Platz verlassen. Ein Pastor gab uns als positives Beispiel die Kapitulation der deutschen Soldaten nach dem 1. Weltkrieg, wo in geschlossener Formation nach Hause marschiert wurde, diszi-

führen, veranstalteten wir 5 Planspiele zur Räumungssituation. In den ersten beiden Planspielen haben wir uns in Polizei, Besetzer und Beobachter aufgeteilt. Wurde anfangs der Aufmarsch der Polizei mit Papierknüppeln und Wassereimern belächelt, so wurde bald Ernst aus dem Spiel. Wütende Aggression auf beiden Seiten, Chaos und Hilflosigkeit bei den Besetzern, eigenmächtiges Vorgesprechen von „Militanten“ mit tatsächlichen Knüppeln. Auch im 2. Planspiel, das einen Rahmen für eine gemeinsame, mehr vorbereitete Aktion auf dem Dorfplatz vorgeschlagen hatte, wurde dieser Rahmen von einer Gruppe gesprengt und nach der ersten Prügelei mit der Polizei haben wir das Spiel abgebrochen. Der Riss durch's Dorf trat offen zutage, die Diskussionen wurden heißer. Gleichzeitig versuchte eine Gruppe „Phantasie gegen die Macht“ Alternativen zum Gegensatz militant/passiv zu entwerfen. Die nächsten Planspiele fanden ohne die Aufheizung durch Pappolizisten statt und dienten der Entwicklung gemeinsamer ausdrucksstarker Aktionen auf



pliniert, nicht wie ein wilder Haufen. Sie haben damit dokumentiert: „wir sind ungeschlagen, für was wir eingetreten sind, das haben wir durchgehalten ...“ Konnte sich ein altes militaristisches Denken friedliches Verhalten nur als Kapitulation vorstellen, so standen auf der anderen Seite die neuen „militanten Vaterlandsverteidiger“ der Republik (3), die sich Widerstand nur als materielles Krätemessen vorstellen konnten. Diese beiden Extreme stellten die Besetzung immer wieder vor die Zerreißprobe. Ein gewaltfreier Widerstand mußte sich doppelt aus der Verknüpfung mit Unterwerfung befreien.

Um hautnahe Erfahrungen und phantasievolle Ideen zu entwickeln und nicht nur schlagworthafte Diskussionen zu

dem Dorfplatz. Singen, Tanzen, verschiedene Formen der Sitz- und Liegeblockade, symbolische Darstellungen unseres Dorflebens und der Zerstörung durch einen Atomunfall wurden geprobt. Daraus entstand das Atomspiel als unmittelbare Darstellung der Zukunft, die mit der gewaltsamen Räumung eingeleitet wird. Die Uniformierten und Zuschauer sollten spüren: heute werden Menschen, morgen Leichen aus dem Weg geräumt. Die letzten beiden Planspiele dienten der Stabilisierung der zunehmenden Gemeinsamkeiten. Alle waren aufgefordert an ihrem Platz teilzunehmen, um so einen Überblick über Stärke und Ablauf der Aktion zu gewinnen. Die von allen bestimmte 9-köpfige Lautsprechergruppe „leitete“ ab jetzt die Aktion.



## Nur moralischer Sieg?

Zum Zeitpunkt der Räumung waren wir so wirklich bereit die Konfrontation durchzustehen. Wir konnten unsere Angst überwinden: Arm in Arm, mit unseren Liedern, tanzend, schreiend, froh und unendlich traurig-wütend. Denn wir hatten gewonnen und wurden doch vertrieben. Viele sagten danach: so etwas mache ich nie wieder! Nächstes Mal werden wir uns wehren! Neue Machtphantasien verdrängten die erlebte Ohnmacht, distanzierten sich von der errungenen realen eigenen Kraft. Aber bedeutet Gewaltfreiheit immer moralischen Sieg und militärische Niederlage? Endet das Beispiel einer sozialen Verteidigung mit der Vertreibung der freien Wenden?



## Den Boden entziehen

Nein, wir stehen am Anfang! Der beschriebene Ablauf war zwangsläufig nur aufgrund der gegenseitigen Unsicherheiten, der unausgenutzten Chancen, der erreichten Beteiligung, der ständigen Fluktuation, der Neuartigkeit ... Wenn Vertrauen und Erfahrung weiter gewesen wären, hätten wir mehr als den Grundkonsens des Hinsetzens und der Lautsprecheransagen wagen können, wäre das Atomspiel nicht doch in einem Anflug von Verunsicherung abgeblasen worden. Angedeutet hatten sich weitere

Möglichkeiten: Verteilen auf mehrere Plätze im Dorf, der Kampf um jede Hütte mit autonomen Gruppen, das ganze Dorf geht auf die Polizeikette zu und weist sie zurück, demonstratives Weiterleben unseres Alltags und Ignorieren der Invasoren, das massenhafte Anketten und als Variante angekettet in Ruhe frühstücken ... Doch das sind eher dramaturgische Änderungen. Die Schwäche unseres Dorfes war, daß es isoliert und kein Bestandteil des sozialen Gefüges außerhalb war. Es blieb ein tolerierter Fremdkörper im Wendland und ein kleines Sandkorn im Getriebe der BRD. Die Voraussetzung sozialer Verteidigung, Vermeidung zentraler Schlüsselstellungen mit denen der Gegner die Macht erobern kann, konnten wir nicht erfüllen. Wir hatten nur ein Dorf. Die vielen dezentralen Aktionen, die die Übermacht der Angreifer hätten aufsplintern können, kamen zu spät und setzten kaum an empfindlichen Knotenpunkten des Systems an. Die Bevölke-

rung hielt sich von einer Teilnahme mit ihrer Angst vor gewalttätigen Besetzern usw. ab. Wie hätte ein Zusammenspiel aller Kräfte aussehen können? Das Schwergewicht hätte auf der Erzeugung politischen Drucks durch Vorankündigung breitester Aktionen im Falle der Räumung liegen müssen. Bei trotzdem erfolgtem Truppenaufmarsch hätte die Konfrontation überall und spätestens an der Grenze zum Wendland beginnen müssen. Alle Orte hätten in den Alarm durch Hupen und Glockengeläut einbezogen werden können. Über Funk und mit Radio Freies Wendland hätte die Aktion koordiniert werden können. Die Bevölkerung im Wendland war durch die totale Absperrung des Land-

kreises ohnehin einbezogen. Sie hätte die Situation nur umkehren müssen: nicht viele größere Straßen führen in den Landkreis.

Einige kleine sind wiederum nur den Einheimischen vertraut. Über sie wurden schon diesmal vereinzelt Besetzer durch die Kontrollen geschmuggelt. Vertauschte Ortsschilder und ähnliches könnten zusätzliche Verwirrung stiften. Transparente, Fahnen und überall freie Wenden hätten den Eindruck der allgemeinen Unerwünschtheit verstärkt. Wo sie, wie diesmal beim notwendigen Nachtanken, auf die Hilfe der Einheimischen angewiesen sind, stoßen sie auf eine Wand. Als letzter massiver Schutz durch die Einheimischen hätte ein enger Sperring aus Treckern und anderen gewichtigen Argumenten unseren Widerstand stärken können. Wenn ähnliches – vielleicht sogar an mehreren Orten – stattgefunden hätte, wer glaubt da immer noch, daß sie uns einfach hätten wegräumen können?

Natürlich ist dies heute Utopie, aber besser dafür etwas tun, als bei jedem Schlag auf den Kopf durch einen Polizeiknüppel aufzuhören weiterzudenken. Auch wäre eine solche Aktion ein Ausnahmezustand, der nicht lange aufrecht erhalten werden kann. Aber auch eine Besatzungsarmee muß auf Dauer ihre alltägliche Versorgung und Kommunikation organisieren, ebenso wie Baufirmen die Atomfestungen bauen müssen usw. Hier im langen Atem des Alltags wird der eigentliche Kampf stattfinden. Auf unser Dorf waren sie nicht angewiesen, das wollten sie nur zerstören. Aber wovon und von wessen Mithilfe oder passiver Unterstützung leben der Polizeiapparat, die Atomindustrie?? Erst wenn diese Kanäle verstopft werden, beginnt der innere Apparat zu wanken. Es ist somit Chance und Schwierigkeit der sozialen Verteidigung, daß sie umfassender Volkswiderstand im Inneren der Gesellschaft ist.

Vielleicht können wir aus den einzelnen Aktionen soviel lernen, daß wir einmal im ganzen Land wie einst im Wendendorf singen können: „Auf zum Widerstand, dieses Land ist unser Land...“

Dieter Halbach, Berlin

### Anmerkungen

- 1) Wer über die Widerstandsgeschichte im Wendland und in dezentralen Aktionen bis zum Ende der Besetzung mehr erfahren möchte, dem sei unser Buch empfohlen: D.H. & Gerd Panzer „Zwischen Gorleben und Stadtleben“, AHDE-Verlag, Berlin 1980
- 2) Das Protokoll der Polizeinachbereitung wurde von sympathisierenden Polizisten öffentlich gemacht und ist im 2001-Verlag „Republik freies Wendland“ abgedruckt
- 3) Auf einer Platz-Veranstaltung zur Friedensbewegung fiel mir auf, daß sich alle in der Ablehnung der Aufrüstung einig waren, aber nur einer die Alternative des unbewaffneten Widerstands vertrat ...

## Rückblick aus der Zukunft

Rosen überwuchern die Betonwände einer Festung, die eine Bohrstelle für das Atom-  
müllager bei Gorleben gesichert haben soll. Wie es dazu gekommen ist, berichtet uns  
Gerd Panzer, der bedeutende Quellen (der Phantasie) – Aufrufe und Erklärungen aus  
dem Jahre 1981 – entdeckt hat. Eine „neu-wendische“ Chronik überliefert uns, wie  
zum ersten Mal der Widerstand gegen die damalige Zentralgewalten sowohl auf Landes-  
wie auf Bundesebene zu Maßnahmen griff, die im Zusammenhang eines sozialen Vertei-  
digungsprogramms gesehen werden können.

Glaubhaften Überlieferungen zufolge war Selbstverständnis und Lebensform der „Neu-Wenden“ sehr vielfältig. Einige lebten in Sippen oder in stammesähnlichen nicht-hierarchischen Gemeinschaften; andere in bürgerlichen Kleinfamilien; und es gab zahlreiche bäuerlich geprägte Familien, bei denen sich der Großfamilienverband erhalten hatte. Nach außen hatten sich die Wenden zu Republikanern erklärt. Sie sammelten sich trotz ihrer Unterschiede unter dem gemeinsamen Begriff „Freie Republik Wendland“. Diese Republik bestand nur als Idee, sie hatte nicht die Souveränität über ein Gebiet zur Grundlage. Sie bildete sich im Konflikt um die Nutzung dieses Gebietes. Zeitweise hatte die Region eine relativ eigenständige Entwicklung verfolgen können – ja müssen. Als abgeschnittener Landzipfel unterlag sie dem Desinteresse von Wirtschaft und Politik. Doch das ungestüme Wachstum führte zur doppelten Entdeckung; zuerst als Reservat erhaltener Natur, zur Erholung und als Alterssitz, danach als strategisch günstige, dünnbesiedelte Stelle für besonders gefährliche und riesige atomare Industrieprojekte. Aus war es mit der Eigenständigkeit. Jetzt sollte der Kreis entwickelt werden, bis an den Rand des Ruins. Da viele der inzwischen seßhaften Existenzen bedroht wurden, drängte sich der Gedanke der Selbstverteidigung auf. Die Übernahme der sozialen Verteidigungsformen bot sich vor allem deshalb an, weil sie zum Schutz vor Invasoren aus dem eigenen Sprach- und Kulturraum dienen sollte. Es ging um qualitative Unterschiede der Entwicklung und nicht um die territoriale Frage – zumindest am Anfang des Konfliktes.

### Das Recht ist auf unserer Seite

Aufgrund des Materiales läßt sich heute schwer sagen, ob schon zu Anfang eine Gesamtvorstellung möglicher Schritte bestanden hatte oder ob sie sich im Zuge der Ereignisse entwickelte. Eine Analyse der vorhandenen Aufrufe und Erklärungen aus der Anfangsphase dieser Ideen ist zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Dort und im übrigen Wendland hatte sich eine Unabhängige Wähler-Gemeinschaft (UWG) um die Kommunalwahl im Jahre 1981 beworben. Sie rechnete sich gute Chancen aus. Wie ein Tiefschlag wirkten deshalb die Entscheidungen der Gemeinderäte für ein Atom-  
müll-Lager noch vor diesen Wahlen. Der erste Protest zeigt im wesentlichen die scharfe Verurteilung des Vorgehens der Verantwortlichen. Mit dem ungewöhnlichen Schritt, als öffentlicher Wächter der freien Wahlen auftreten zu wollen, wird über die einfache Kritik hinausgegangen. Für viele unerwartet stellte sich an die Spitze der Verteidigungsbewegung ein als konservativ bekannter Kreis aus Gartow-Gorleben. Sie veröffentlichten nach der letzten Ratsentscheidung der Gemeinde Gorleben über den Bebauungsplan einen geharnischten Protest:

„Nach der Samtgemeinde Gartow hat sich jetzt auch der Rat von Gorleben für ein atomares Zwischenlager entschieden. Beides fand unter Mißachtung von geschützten Rechten des einzelnen Bürgers statt. In beiden Fällen genehmigte man einen Bau, ohne zu wissen, ob der Zweck sicherheitstechnisch einwandfrei ist und politisch getragen wird. Beide Entscheidungen wurden kurz vor den Kommunalwahlen durchgesetzt, ohne die Chance einer Entscheidung für den Wähler zu lassen. Die Wahlen als demokratisches Mittel werden so entwertet von denen, die nur durch solche Wahlen ihre Stellungen erhalten konnten. Wir fragen uns: Was kann uns ein geschriebener Rechtsrahmen wert sein, wenn wir solches miterleben müssen? Wir hatten uns zur Wahl aufstellen lassen, weil wir auf demokratischem Wege den Schutz der bisherigen Struktur erreichen wollten. Jetzt bezweifeln wir den Wert unserer Entscheidung gerade in bezug auf das wichtigste Thema der Kommunalpolitik: das Atom-  
müll-Lager. Welche Möglichkeiten haben wir nun? Sollen wir, wie so viele von uns, auf die Straße gehen und uns in Zukunft mit der Polizei auseinandersetzen, während die Politiker ungeschoren im Trockenen sitzen, vielleicht sogar ihre Erfolge auskosten? Nein, das werden wir gerade jetzt nicht! Wir haben zwar keine Mehrheit – das

# Mit für eine

wollten die jetzigen Machtpolitiker nicht mit einer offenen Zwischenlager-Entscheidung riskieren – doch wir haben das Recht auf unserer Seite. Wir werden nicht zusehen, wie die atomare Entwicklung rücksichtslos vorangetrieben wird. Die zugestoßenen Türen müssen wieder geöffnet werden. Tatsachen, die geschaffen werden sollen, werden uns nur anspornen, dieser Politik ein Ende zu bereiten.“

### Verweigert Euch dem alten Rat, wir bilden einen neuen!

„Wir stellen fest:

– Es besteht eine unheilige Allianz zwischen Industrie, Politikern und Verwaltung. Jeder einzelne Bürger steht dem machtlos gegenüber. Die Überschaubarkeit muß wiederhergestellt werden. Wer aus den Institutionen nicht öffentlich, deutlich Kritik äußert und Schritte zur Öffnung macht, denen muß das Mißtrauen ausgesprochen werden. Wie die Abstimmungen, Verträge etc. zum atomaren Zwischenlager betrachten wir auch jeden weiteren Entscheid in diesem Rahmen als unrechtmäßig. Wir rufen die verantwortungsbewußten Menschen dazu auf, sie nicht zu befolgen! Dieser Aufruf wird nur gegenstandslos, wenn alle Entscheidungen rückgängig gemacht werden, die im Zusammenhang mit Atomanlagen gefällt wurden.

– Wir bilden sofort einen unabhängigen Rat, der sich der Öffentlichkeit vorstellt, jede Anregung und Kritik entgegennimmt und bekannt macht. Im Gegensatz zu den bestehenden Räten sind alle Vertreter sofort abrufbar, wenn sie ihre Ämter mißbrauchen.

– Falls der alte Rat nicht einsichtig wird, und die Kommunalwahl nicht in geklärter Situation stattfinden soll, werden wir uns nur als Protest-Liste aufstellen lassen ohne die Absicht, einen Marionetten-Rat unsererseits in Kauf zu nehmen. Wir haben kaum begründete Hoffnungen, daß die Ratsmitglieder eine Läuterung durchmachen. Wir bitten deshalb dringend jeden, sich nicht von dieser Aussichtslosigkeit lähmen zu lassen. Noch immer sind die gewählten Vertre-



# Rat und Tat

## Wende im Wendland

ter nur so stark wie ihre Wähler. Und Gewaltherrschaft ist verfassungsfeindlich!"

Es war ungewiß, wie diese Erklärung von Bürgern aufgegriffen wurde. Dies war der erste Versuch, außerhalb der parlamentarischen Bahnen und unabhängig von Aktionen auf der Straße, auf die betriebene Politik Einfluß zu nehmen. Doch im Gegensatz zu direkten Aktionen, die gerade vielen Älteren fremd geblieben waren, griffen viele diese Initiative auf. Direkte Aktionen waren immer von einigen als aussichtslos betrachtet worden, schon deshalb war die Beteiligung gering. Jetzt wurde eine Chance gesehen, obwohl auch der Erfolg dieser Initiative ungewiß bleiben mußte, bevor sie gewagt wurde.

### „Aktive Entmachtung“

Weder in Gartow noch in Gorleben wurde auf diese erste Erklärung eingegangen. Nur versteckt hatten einzelne aus den Institutionen ihre Unterstützung angedeutet. Die Befürchtung wuchs, daß vor den Wahlen bereits Zäune gezogen, der Wald gerodet und Beton hingestellt werden würde. Ermutigt von der ihnen gewährten Unterstützung versuchte die UWG, die immer wieder aufgeworfene Frage „was können wir tun?“ im einzelnen zu beantworten. Der Baubeginn sollte der Termin für die Ausweitung der „aktiven Entmachtung“ sein. In einem Papier, das vorher verbreitet wurde, hieß es unter dem Titel „Die Macht der Räte ist unsere Geduld!“

- Alle Kontakte zur Verwaltung müssen von uns abgebrochen werden. Weder Anmeldungen, Zahlungen noch sonstigen Verpflichtungen sollte nachgekommen werden.
- Politiker werden in ihrer Funktion weder eingeladen noch angesprochen. Stattdessen sollten Vertrauensleute der UWG diese Aufgaben vorübergehend erfüllen.
- Alle Ehrenämter, wie Schöffen, u.ä. werden aus Protest niedergelegt.
- Schüler und Lehrer werden öffentliche Gebäude nicht mehr betreten.

- Steuern, die direkt gezahlt werden müssen, gehen auf ein sicheres Sperrkonto.
- Wirtschaftliche Verbindungen zu den Eindringlingen werden nicht unterhalten, alle Funktionsträger werden nur außerhalb ihres Amtes wahrgenommen.
- Uniformen, die in diesem Konflikt eine Rolle spielen, sind Luft.
- Stromrechnungen werden gemeindeweise gesammelt und den Elektrizitätsversorgungsunternehmen nicht überwiesen."

### Wir brauchen politische und wirtschaftliche Unterstützung von Auswärtigen

Ungefähr gleichzeitig wurde in Gesprächen mit der bäuerlichen Notgemeinschaft, der Bürgerinitiative und anderen Gruppen ein Verteidigungsprogramm entworfen, wozu die Vorbereitungen sofort begonnen wurden. Grundsätzlich waren sich alle einig, daß nur mit auswärtiger Unterstützung die Region sich behaupten kann. Als Ziele wurden benannt:

1. Wirtschaftliche Stärkung der heimischen Landwirtschaft, des Fremdenverkehrs und des Handwerkes.
2. Politische Unterstützung der Bevölkerung aus der Bundesrepublik und dem Ausland.
3. Verhinderung eines polizeilichen oder militärischen Eingreifens in den politischen Streit.

Hilferufe wurden verfaßt, die nach Billigung auf Bürgerversammlungen veröffentlicht wurden. In ihnen heißt es zum Beispiel:

- „Wir werden nicht nachgeben. Wir erwarten deshalb wirtschaftliche Erpressungen:
- Für landwirtschaftliche Produkte bitten wir Euch, eine Direkt-Vermarktung zu unterstützen. Unterstützerguppen könnten an ihren Orten „Gorleben-Märkte“ veranstalten, die direkt beliefert werden. Statt Atom Müll – Lebensmittel aus dem Wendland.
  - Der Fremdenverkehr soll ein doppeltes Rückgrat werden. Durch die in

das Wendland fließenden Einnahmen und durch Verbreitung aktueller Informationen aus erster Hand.

- Die Energieversorgung stellt eine Abhängigkeit und ein Druckmittel dar. Das soll sich so schnell wie möglich ändern. Wir brauchen Handwerker und Ingenieurtruppen, die an einem umfassenden Sofort-Programm mitwirken können. Wärmedämmung, Biogas, etc. sollten möglichst in jedem Haushalt installiert werden, der dazu bereit ist. Neben dem Sofortprogramm sollten Lehrgänge veranstaltet werden, die das Wissen verbreiten und anderenorts ähnliche Veränderungen ermöglichen."

### Mit einem freien Wendentag werden wir den Bau abwenden

Diesem Aufbauprogramm folgte der Aufruf:

„Hilfe im Ernstfall“. Es heißt darin: „Wir wissen, wir sind am Rand der großen Bundesrepublik eine zahlenmäßige Minderheit. Wir wissen aber auch, daß viele so denken und fühlen wie wir es tun. Zusammen können wir ein Zeichen setzen, das eine Umkehr erzwingt:

- Wenn Polizei- und Baufahrzeuge kommen, werden unsere Straßen unbefahrbar sein.
- Macht einen freien Wendentag in Euren Betrieben, Büros, Schulen und Universitäten. Versammelt Euch dort zum Protest gegen die Gewalt der Regierungen.
- Begebt Euch auf den Weg zu uns, damit jedweder Verkehr zum Erliegen kommt."

Leider läßt sich nicht mehr feststellen, was aus diesem Papier geworden ist. Wir wissen nicht, wer ihnen folgte und wie die Wirklichkeit aussah. Nur in Liedern, die jedem bekannt sind, wird die Erinnerung an die „Neu-Wenden“ wachgehalten. Daß sie ihren Beitrag geleistet haben, ist kaum zu bestreiten, denn ein Atom Mülllager gibt es bis zum heutigen Tage nicht im Wendland. Rosen überwuchern die Betonwände einer Festung, die eine Bohrstelle gesichert haben soll.

# EINE KLEINE UTOPIE:

# ... UND NICHTS FUNKTIONIERT

14. April

„... Wir unterbrechen unser Rundfunkprogramm für eine wichtige Durchsage des Friedensministeriums: Heute, am 14. April, um 10 Uhr dreißig, haben an der Südgrenze zwei Panzerdivisionen und größere Kampfverbände ausländischer Truppen die Grenze überschritten. Wir bitten die Bevölkerung, sich zu den in den Verteidigungsplänen bezeichneten Orten zu begeben, um über Maßnahmen zur Verteidigung zu beraten. Achtung, ich wiederhole ...“



Michael (Mike) P., Bahnhofsvorsteher in einer kleinen Stadt nahe der Südgrenze, weiß, was jetzt zu tun ist. Er spricht sich kurz mit seinen Kollegen ab: die in den nächsten zwei Stunden einfallenden Züge werden im Bahnhof warten; die Reisenden werden zu den nächstgelegenen Versammlungsorten geführt. Er weiß auch: für diese Zeit wird im ganzen Land die Arbeit niedergelegt; alle, die nicht unentbehrlich sind, werden in ihren örtlichen Gruppen über Widerstandsmaßnahmen beraten.

Als Mike an seinem vereinbarten Treffpunkt ankommt, haben sich schon viele dort eingefunden. Kollegen und Bekannte, Nachbarn und Verwandte.

Da der Versammlungsort in seinem Fall eine Kirchengemeinde ist, ergreift der Priester das Wort: „Über den Gesamtrahmen unseres Widerstandes brauchen wir uns an dieser Stelle keine Gedanken zu machen. Wir wissen, daß im gesamten Lande zu dieser Stunde über Einzelmaßnahmen beraten wird. Wir wissen uns einig mit allen in dem Beschluß, dem Gegner, welche Absichten er auch immer verfolgen mag, nur Widerstand ohne Gewalt entgegenzusetzen. Die Soldaten sind nicht unsere Feinde. Oft sind sie nur gelenkt von dem Feinddenken, das die Machthaber ihres Staates ihnen eingeben. Wenn wir die Soldaten als Menschen sehen, und nicht als Feinde, geben wir ihnen die Möglichkeit, ihren Irrtum einzusehen. Dennoch werden wir keine Befehle von ihnen annehmen und unser Gemeinschaftswesen weiterführen, wie wir es gewohnt sind. Dazu ist unser aktiver gewaltfreier Widerstand notwendig. Lasset uns jetzt in Gruppen über die notwendigen Maßnahmen beraten.“



Viel ist es, was in der nächsten halben Stunde an Ideen geboren, ausgegraben, diskutiert, aber auch wieder verworfen wird. In der gemeinsamen Beratung entscheiden sich die Bürger. Um die Orientierungsmöglichkeiten für die einmarschierenden Truppen zu erschweren, sollen Straßenschilder abmontiert, ausgetauscht oder durch Schilder mit dem Namen der ausländischen Hauptstadt ersetzt werden. Vorwiegend Frauen und Kinder und Ausgewählte, die die Fremdsprache beherrschen, werden die große südliche Zufahrtsstraße durch eine Sitzblockade sperren. Plakate und Transparente werden die Soldaten fragen: Was wollt ihr hier? – und sie darauf aufmerksam machen: Wir sind ohne Waffen! Wir werden keine Gewalt anwenden! Aber wir werden Euren Befehlen nicht gehorchen!

15. April

Die einmarschierenden Truppen, inzwischen massiv unterstützt durch weitere nachfolgende Kampfverbände, arbeiten sich mühsam ins Land vor. Überall be-

hindert durch unbewaffnete Menschenmengen, in der Orientierung durch fehlende Ortsnamen behindert, fahren Konvois übers Land und durch Städte, immer noch auf bewaffneten Widerstand vorbereitet.

„Also, irgend etwas stimmt da nicht“, sagte Gefreiter Oldat zu seinem Nebenmann. „Ich dachte, wir würden einer Besetzung unseres Landes zuvorkommen. Und hier: keine Truppen zu sehen, nicht einmal eine Waffe habe ich zu Gesicht bekommen. Nur Menschen, Menschen, Menschen, die mit uns zu reden versuchen. Und überall diese Plakate – naja, ich kann mir vorstellen, daß die nicht begeistert sind!“ Sein



Kamarad, der den schweren Lastwagen lenkt, schaut grimmig drein: „Ich bin überzeugt davon, daß das alles nur eine große Finte ist. Übrigens: wir haben den Befehl bekommen, alle wichtigen Produktionsstätten und Verkehrswege zu besetzen. Die ganzen Zentralen müssen unter unsere Kontrolle kommen.“

In einem Landesstudio des Rundfunks treffen Techniker gerade die letzten Vorbereitungen für eine bundesweite Informationssendung. „Liebe Rundfunkhörer, liebe Fernsehzuschauer.

Die Invasionstruppen sind inzwischen bis an die Grenzen der Landeshauptstadt vorgedrungen. Durch massive Proteste und die phantasievollen Maßnahmen im ganzen Land ist es gelungen, den Vormarsch der Truppen beträchtlich zu behindern.

Bisher kam es zu keinen Ausschreitungen. Wir appellieren an die Bevölkerung, auch weiterhin am gewaltlosen Widerstand festzuhalten und sich zu keiner Gewalttat provozieren zu lassen. Unsere Stärke ist der Verzicht auf Gewalt. Er macht es dem Gegner schwer, das Feindbild bei den Soldaten aufrechtzuerhalten. Solange es zu keiner Gewalt von unserer Seite kommt, wird die ganze Weltöffentlichkeit auf unserer Seite stehen. Es ist anzunehmen, daß die Soldaten versuchen werden, alle wichtigen Stellen wie Fabriken, öffentliche Einrichtungen und die großen Umschlagplätze von Gebrauchsgütern zu besetzen und unter Kontrolle zu bekommen. Arbeiten Sie an Ihren Stätten weiter wie gewohnt. Arbeiten Sie nach unseren Gesetzen und weigern Sie sich, Befehle der Truppen

auszuführen. So machen Sie es dem Gegner unmöglich, unser gesellschaftliches Leben unter Kontrolle zu bekommen ... Wir unterbrechen die Sendung für wenige Minuten.“

Aufregung im Sendestudio. Einige Lastwagen haben die Gebäude erreicht und Soldaten beginnen, die Räume zu besetzen. Doch alles ist schon vorbereitet. Durch einen unbewachten Nebenausgang verlassen einige Sprecher und ein Stab von Technikern das Sendehaus und fahren in ein vorbereitetes Studio in einem Vorort, von wo aus die Sendung weitergeht.

„... da es sich nur noch um wenige Stunden handeln kann, bis die großen Sendezentralen besetzt sind, geben wir noch ein paar Hinweise. In der nächsten Zeit wird die Bevölkerung durch mobile Sender informiert und in den Städten haben zahllose Druckereien alles vorbereitet, damit Sie über Flugblätter auf dem Laufenden gehalten werden.“

„Die sind ja wie ein Fisch im Wasser“, meinte Oldat, der zu den Soldaten zählt, die das Rundfunkgebäude besetzen sollen. „Hier ist alles wie ausgestor-



ben. Unser Peilsender zeigte doch klar, daß die Sendung von hier kam. Und jetzt ist sie wieder im Radio zu hören. Ob wir das wohl schaffen, die unter unsere Kontrolle zu bekommen?“

16. April

Auf dem Gelände einer großen Kraftstofffabrik nimmt alles noch seinen gewohnten Gang. Der Treibstoff, der hier hergestellt wird, macht einen nicht unbeträchtlichen Anteil der Landesproduktion aus. Benzin ist notwendig, um die Lastwagen weiter fahren zu lassen, die die Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern versorgen.

Das wissen auch die Besatzer. An diesem Tag haben die Truppen das Werksgelände besetzt und wollen die Produktion in ihre Hände bekommen.

„Stellen Sie die ganze Produktion auf Kraftstoff für unsere Panzer um.“ Ein Offizier der Besatzer sagt es zu einem Mann im weißen Kittel, den er als Produktionsleiter ausgemacht zu haben

glaubt. Weder der Offizier noch seine Soldaten haben eine Ahnung davon, wie die Fabrik funktioniert. Um die Technik in den Griff zu bekommen, hätten sie Techniker aus dem eigenen Land mitbringen müssen, die dann dort gefehlt hätten.

Der Produktionsleiter geht unter Bewachung in eine der Hallen hinunter. „Wir sollen auf Diesel umrüsten“, sagt er zu den Arbeitern, die dort an verschiedenen Geräten beschäftigt sind. Alles lacht.

Der Offizier ist erbost. „Nun gut, wir können auch anders.“ Er gibt seinen Soldaten einen Befehl, und sie schwär-



men aus. „Jeder Arbeiter wird die Befehle meiner Soldaten befolgen. Wäre ja gelacht, wenn wir unser Ziel nicht erreichen.“

„Wenn Sie sich da mal nicht täuschen“, meint der Mann im weißen Kittel. Nach einiger Zeit haben die Besatzer auch herausgefunden, wo die Produkte auf Tanklastzüge und in große Eisenbahntanks verladen werden. Dort werden die Soldaten dafür sorgen, daß die Produkte dorthin überführt werden, wo sie sie hinhaben wollen.

Ein großer Eisenbahnzug ist auch für das Heimatland der Soldaten bestimmt. Unter der Bewachung von einigen Besatzern wird der Lokführer den Zug in diese Richtung fahren. Er wird auch an dem Bahnhof unseres Mike P. vorbei kommen und spätestens dort wird eine Weiche falsch gestellt sein, die den Zug wieder in das Landesinnere führt...

## INTERVIEW MIT A. MECHTERSHEIMER:

# ' ...Bedrohung

Anfang 1971 veröffentlichte der damalige Hauptmann und heutige Oberstleutnant a. D., der Friedensforscher Alfred Mechtersheimer in der Militärzeitschrift „Information für die Truppe“ (Hefte für staatsbürgerliche Bildung und innere Führung, Heft 1, 1971), einen Aufsatz, in dem er sich mit gewaltfreiem Widerstand und der Sozialen Verteidigung auseinandersetzte. Damals wies Mechtersheimer der Sozialen Verteidigung allenfalls die Rolle einer Demonstration von Unrechtstatbeständen zu. Er lehnte sie als Alternative zur Verteidigung der Bundeswehr im Rahmen der NATO kategorisch ab („absurd“).

Das folgende Interview mit dem entschiedenen Kritiker der „Nach“-Rüstung, CSU-Mitglied und Vertreter defensiver militärischer Verteidigungsstrategien führte Frank Schenker.

DAS  
GROSSE  
KARTHAGO  
FÜHRTE DREI  
KRIEGE  
ES WAR NOCH MÄCHTIG  
NACH DEM ERSTEN  
NOCH BEWOHNBAR  
NACH DEM ZWEITEN  
ES WAR NICHT  
MEHR AUFFINDBAR  
NACH DEM  
DRITTEN  
BRECHT

Frage: Was halten Sie persönlich von der Sozialen Verteidigung? Als Alternative zur militärischen Verteidigung?

Dr. Mechtersheimer: Wenn militärische Verteidigung zur Zerstörung dessen führt, was geschützt werden sollte, dann wird für mich die soziale Verteidigung eine ernsthafte Alternative.

?

Frage: Wie schätzen Sie die Realisierungschancen ein?

Dr. Mechtersheimer: Die soziale Verteidigung kann nur eine Realisierungschance bekommen, wenn die heutigen Militärstrukturen und Denkkategorien, die noch stark von offensiven Elementen bestimmt sind, durch eine defensive Militärstruktur verdrängt worden sind.

?

Frage: Was sind Ihrer Meinung nach die Schwachstellen der Sozialen Verteidigung?

Dr. Mechtersheimer: Die entscheidende Schwachstelle der Sozialen Verteidigung liegt in dem Perzeptionsproblem, d.h. in der Frage, ob die sowjetische Führung das Hindernis einer kooperationsunwilligen und gewaltlos aktiven Bevölkerung so hoch einschätzt, daß sie, wenn andere Gründe sie dazu zwingen, von einer militärischen Intervention abzuhalten ist. Dabei denke ich weniger an einen kalkulierten Überfall als vielmehr an militärische Aktionen in einer Krise, um beispielsweise Nachteile auf anderen Gebieten gegenüber den USA durch partielle Territorialgewinne in Mitteleuropa auszugleichen.

?

Frage: Soziale Verteidigung soll mehr sein, als ein bloßes Verteidigungsmodell. Es gilt auch als tauglich für innenpolitische Putschversuche und vor allem als eine Möglichkeit unsere Gesellschaft und unser Denken zu entmilitarisieren. Wie stehen Sie dazu?

# der Berufssoldaten'

**Dr. Mechttersheimer:** Das Ziel, eine Gesellschaft zu entmilitarisieren, wird nur Schritt für Schritt gelingen; da darf man auch nicht den zweiten vor dem ersten tun. Als Mittel gegen innenpolitische Putschversuche halte ich die Soziale Verteidigung für untauglich; weil alle in der Bundesrepublik denkbaren Putschisten in der Bevölkerung Unterstützung in Form von beachtlichen Minderheiten finden würden. Dadurch wäre aber die politisch-psychologische Geschlossenheit als Funktionsvoraussetzung der Sozialen Verteidigung durchbrochen.



**Frage:** Sie gelten als entschiedener Gegner der 'Nachrüstung' und hoffen, daß großer Druck der Bevölkerung die Politiker umzustimmen vermag. Wie schätzen Sie in diesem Zusammenhang den Wert direkter gewaltfreier Aktionen gegen militärische Anlagen ein (Blockade der Zufahrten), und können Sie sich gar vorstellen daran teilzunehmen?

**Dr. Mechttersheimer:** Wir müssen darauf achten, daß Friedensforschung, Friedensbewegung und Friedenspolitik ihre Aufgaben behalten, die sie nur selbst lösen können. Meine Aufgabe ist die Analyse. Militärische Anlagen sind anders als Einrichtungen der zivilen Nukleartechnologie in besonderem Maße empfindlich. Weil der nukleare Terrorismus eine akute Gefahr ist, muß ich zugestehen, daß die militärischen Atomanlagen in besonderem Maße zu schützen sind. Weil aber die Stationierung von Atomwaffen zu Lande immer eine unerträgliche Gefährdung der Bevölkerung darstellt, ist es das legitime Recht der Bevölkerung, auf diese Gefährdung hinzuweisen, wenn die Politiker sie nicht wahrhaben wollen. Gewaltfreie Aktionen gegen militärische Anlagen werden immer auch ein Test für die Friedensfähigkeit der daran beteiligten Menschen sein.



**Frage:** Sie sagten bei einem Vortrag, daß Sie sich eine defensivere Verteidigungsstrategie, -ausrüstung usw. der Bundeswehr vorstellen, in die Elemente der Sozialen Verteidigung übernommen werden können. Ein entscheidendes Prinzip der Sozialen Verteidigung ist die Gewaltfreiheit und die gewaltfreie Aktion. Wie kann das in Ihrer Verteidigungskonzept, das ja wohlgerne nach wie vor ein militärisches sein soll, mit übernommen werden? Und wie soll Ihr Verteidigungskonzept konkret aussehen?

**Dr. Mechttersheimer:** Bei allen defensiven Verteidigungsstrategien stellt sich das Problem, wie in den Städten und

dichtbesiedelten Gebieten Verteidigung organisiert werden soll. Militärischer Kampf darf dort nicht stattfinden, weil dadurch die Bevölkerung zu stark in Mitleidenschaft gezogen werden würde. Die gewaltfreie Abwehrreaktion hängt entscheidend von einem psychologischen Spannungsfeld ab, in dem für den Angreifer hohe Gewaltbarrieren bestehen. Bei einer strikten Trennung zwischen besiedelten und weniger besiedelten Sektoren, könnte ich mir für die ersten psychologische Inseln vorstellen, in denen gewaltfreie Aktion möglich ist, und gegenüber dem Gegner eine zusätzliche abhaltende Wirkung entsteht. Die militärische Defensivkonzeption, die wir anstreben, hat viele Gemeinsamkeiten mit der Sozialen Verteidigung: Unfähigkeit zum Angriff, Verzicht auf Verteidigungslinien, Re-Delegation des Verteidigungsauftrages auf den einzelnen Bürger u.a. Weiteres wesentliches Merkmal der Verteidigungskonzeption, wie sie mir vorschwebt, ist der Verzicht auf

Atomwaffen in Europa und der Verzicht auf Atomziele. Das bedeutet Verzicht auf große unfinanzierbare Waffensysteme und eine Verstärkung kleiner Anti-Panzer- und Anti-Flugzeug-Raketen. Damit ist ein großer Abhaltungseffekt zu erzielen, ohne daß sich durch diese Art militärischer Defensivrüstung jemand bedroht fühlen kann.



**Frage:** Sie waren Dozent an der Bundeswehrhochschule in München. Wie intensiv wird die SOZIALE VERTEIDIGUNG innerhalb der Bundeswehr diskutiert, ja wird sie das überhaupt und in welche Richtung?

**Dr. Mechttersheimer:** Die Soziale Verteidigung ist in der Bundeswehr bekannt. Diskutiert wird sie so gut wie gar nicht. Die Forderung nach einer waffenlosen Verteidigung wird vor allem bei den Zeit- und Berufssoldaten als eine existenzielle Bedrohung verstanden.

## GESPRÄCH IN PRAG:

### 'Kolja, was machst Du hier?'

„Kolja, was machst du hier?“

„Wir bekamen Befehl ... wir sind – als Freunde gekommen ...“

„Als Freunde? Aber ihr feuert doch Schüsse ab ...?“

„Ich habe keinen Schuß abgegeben ...“

„Was wird deine Schwester Sascha sagen, wenn du nach Hause kommst?“

„Ich habe nicht geschossen ... wir wurden hergesandt ...“

Er zeigt mir sein Patronenmagazin.

„Aber andere haben geschossen, ihr habt einen zwanzigjährigen Jungen erschossen, er hat euch bestimmt gern gehabt ...“

„Wir haben den Befehl bekommen, hier ist Konterrevolution und Chaos ...“

„Kolja, hier herrschte Ruhe, bevor ihr gekommen seid – stell dir nur mal vor, was für ein Chaos entstehen würde, wenn so viele Soldaten plötzlich nach Charkow kämen, meinst du nicht auch?“

Mir kommt ein rettender Gedanke:

„Kolja, was ist eigentlich Konterrevolution?“

„Das ist, wenn man mit Lenin nicht übereinstimmt.“

„Kolja, hast du Stalin gern?“

„Nein, er war böse.“

„Na, siehst du, und Novotny war genauso schlimm. Wir mochten ihn nicht. Wir wollten alles auf unsere eigene Weise

machen; ihr seid doch ein großes Land, da muß es doch anders sein als in einem kleinen Land ...“

„Das verstehe ich nicht, wir haben den Befehl bekommen ...“

„Man hat euch nicht die Wahrheit gesagt ...“



„Weshalb sollte man uns Lügen erzählen?“

Kolja begriff lange nichts. Vorher hatte er mit Dutzenden von anderen gesprochen, und ständig bekam er dasselbe zu hören: „Warum seid ihr gekommen? Warum?“

(aus: Das tschechische Schwarzbuch, Stuttgart 1969)

# Die Aufgaben der neuen Friedensbewegung

Der nachfolgende Aufsatz von Egbert Jahn ist Teil einer umfassenden Arbeit, in der er die Bezüge der Friedensbewegung analysiert. Darin beschreibt er nicht nur die strategisch-politischen Fehler der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen, die ihre antimilitaristischen Zielsetzungen nicht umsetzen konnten, sondern geht auch auf die Wandlungen der internationalen Situation in den letzten Jahrzehnten ein. Im hier veröffentlichten Schlußteil benennt Jahn die Wichtigkeit gewaltfreier Aktionen innerhalb einer neuen Friedensbewegung und spannt den Bogen zu realistischen Ansatzpunkten Sozialer Verteidigung. Der vollständige Aufsatz kann über die GWR-Redaktion bezogen werden.

Wenn sich heute Ansätze einer neuen antimilitaristisch-pazifistischen Friedensbewegung regen, so müssen zunächst die Probleme, mit denen sie zu tun haben, in aller Klarheit formuliert werden. Sie lassen sich nicht durch Phrasen von der Völkerverständigung und -versöhnung von der allgemeinen oder nuklearen Abrüstung oder durch Appelle verdrängen, endlich mit der Verwirklichung „idealer“ Zukunftsgesellschaften zu beginnen, nenne man sie nun in der Tradition der Arbeiterbewegung „Weltsozialismus“ oder „Vereinigte Sozialistische Republiken“ oder in der Tradition der bürgerlichen Friedensbewegung „Weltregierung“ oder „Völkerbund (statt Staatenvereinigung)“.

## Welche Freiheit verteidigen?

Die Kernprobleme der Friedensbewegung ergeben sich aus der Ungleichzeitigkeit der emanzipatorischen Bewegung und außerdem aus der Strittigkeit dieser Bewegung selbst, welche Freiheit zu verteidigen ist, z.B. heute die nationale Freiheit Afghanistans von sowjetischer Fremdherrschaft oder die sozialen Freiheiten, die das Karmal-Regime gegen die alte feudalistisch-kapitalistische Ordnung verfehlt. Haben die Russen 1812 den konterrevolutionären Zarismus gegen den progressiven Revolutionserben Napoleon verteidigt oder die nationale Freiheit Rußlands gegen die französische Fremdherrschaft?

## Defensiv-Militärdoktrin

Die Anerkennung einer notwendigen Verteidigung schon errungener Freiheiten und die Entwicklung politisch effektiver Verteidigungsmittel ist Voraussetzung der Durchsetzungsfähigkeit der Friedensbewegung. Durch die Forderung nach Abrüstung und die Infragestellung der vorherrschenden Verteidigungsdoktrinen und Verteidigungszwecke können wir nicht an dem Problem der Sicherheit und der Verteidigung nach außen wie nach innen vorbeigehen. Dieses Problem läßt sich für die Linke nur in zweierlei Weise beantworten, sofern die Befürwortung des progressiven Angriffskrieges gegen reaktionäre Regimes (militärischer „Export der Revolution“) von vornherein ausgeschlossen wird. Die eine Konzeption läuft auf eine strikte, zivil und politisch kontrollierte Defensiv-Militärdoktrin hinaus mit einem Minimum effektiver Abschreckungskapazität und mit der politischen Aufgabe im Kriegsfall, den Feind nicht zu besiegen (keine bedingungslose Kapitulation), sondern den Nichtkriegszustand auf der Basis des territorialen Status quo ante (Verständigungsfrieden) ohne Annexionen und Kontributionen) möglichst schnell nach Beginn der Kriegshandlungen wieder herzustellen. Eine solche Doktrin wird eine Doktrin der flexiblen Antwort sein, die nach Kriegsausbruch auch vor jeder militärischen Eskalation Chancen der Kriegsbeendigung durch Verhandlungen offenhält. Eine weitgehende Demokratisierung des Militärapparats und seine effektive zivile politische Kontrol-

le soll den Einsatz des Militärs als Bürgerkriegsarmee und Putschpotential verhindern. Dies ist die traditionelle liberal- und sozialdemokratische, teils auch kommunistische Militärdoktrin mit der Perspektive eines dauerhaften bewaffneten Friedens vor einem konkret nicht absehbaren Zeitalter der allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Dieses militärpolitische Konzept besitzt seine stärkste Legitimation durch das historische Beispiel des militärischen Widerstands der bürgerlichen Demokratie und der Sowjetunion gegen die Aggressionen des deutschen und internationalen Faschismus.

## Entwicklung gewaltfreier Kampfpotentiale

Gegen diese demokratische Militärstrategie kann sich eine auf gewaltfreie Kampfformen verpflichtete Friedensbewegung nur durchsetzen, wenn sie zweierlei leistet: Den Aufbau effektiver, gewaltfreier Kampfpotentiale zur Verteidigung historisch errungener nationaler, sozialer und politischer Freiheit und gleichzeitig die Entfaltung effektiver gewaltfreier Kampfpotentiale zur Überwindung reaktionärer politischer und sozio-ökonomischer Strukturen. Da die „soziale Verteidigung“ gegen militärische Aggressionen und gegen Militärputsche nur in wenigen Ländern aktuell ansteht, ist der „soziale Angriff“ gegen überkommene politische und sozio-ökonomische Strukturen die wichtigste Entwicklungsform der internationalen Friedensbewegung.



## Grundlagen gewaltfreier Politik

Die gewaltfreien Kampfpotentiale können kein „Ersatz“ für militärische Widerstandspotentiale darstellen. Denn auf Waffengewalt beruhende Militärpolitik und unbewaffnete, gewaltfreie Zivilpolitik beruhen auf gegensätzlichen Wirkungsmechanismen. Krieg (und seine Vorformen wie Abschreckung, militärische Erpressung usw.) ist Politik unter Inkaufnahme von organisierten Tötungen zur **Brechung des feindlichen Willens**, die im Extremfall erst durch die Vernichtung des Feindes als politischem Faktor oder gar als physischer Population (z.B. Nation, Klasse, Partei) erreicht wird (**Ausrottung, Ausmerzung**). Gewaltfreie Aktion (und ihre Vorformen wie ziviler Ungehorsam, Nonkooperation usw.) ist Politik unter Inkaufnahme des Getötetwerdens gewaltfreier Kämpfer zur **Veränderung des gegnerischen Willens und gleichzeitig des eigenen Willens** (in der religiösen Tradition: Läuterung des gewaltfreien Kämpfers durch freiwilliges Leiden; in marxistischer Tradition: die revolutionäre Klasse verändert auch ihr eigenes Bewußtsein durch den revolutionären Kampf) zur gemeinsamen Herstellung einer neuen politischen und sozialen Situation. Da in der Regel die Brechung des feindlichen Willens durch das Einschlagen feindlicher Schädel eine kurzfristiger durchsetzbare Strategie ist als die Veränderung des gegnerischen Willens durch die Veranlassung von Bewußtseinsprozessen in den Köpfen vermittelt gewaltfreier Aktionen, muß eine zivile, gewaltfreie Politik von vornherein längere Kampfzeiten in Kauf nehmen. Gleichzeitig hebt aber zivile Politik die strikte Trennung zwischen Krieg und (Un-)Frieden auf, in dem für sie in der bestehenden Kriegs- und Unfriedensgesellschaft prinzipiell immer Kampfzeit ist, wenn auch sicherlich zwischen Zeiten der Aktionen und solchen der Kräftesammlung unterschieden werden muß.

**„Jeder Kriegsausbruch ist eine schwerwiegende Niederlage der Friedensbewegung“**

Für gewaltfreie Politik ist aber der sogenannte Frieden nicht die Vorbereitungszeit für den Kampf im Krieg, sondern der gewaltfreie Kampf beginnt schon in der Vorkriegszeit mit allem Ernst. Jeder Kriegsausbruch ist eine schwerwiegende Niederlage der Friedensbewegung in einem Kontinuum von historisch zunehmenden gewaltfreien Kämpfen.

## Schlimmstenfalls Pensionierung

(Staaten- und Bürger-)Krieg verspricht dem im tödlichen Kampf unterlegenen Feind Unterwerfung, Demütigung, Tod, den Galgen; gewaltfreie Aktion verspricht dem im zivilen Kampf unterlegenen Gegner Mitgestaltung der neuen Ordnung, Anerkennung seiner Menschenwürde, schlimmstenfalls die Pensionie-

rung. Krieg ist notwendig mit Nationalismus, Rassismus, Klassismus (Sozialrassismus oder Klassenhaß) verknüpft, Bedingungen für zivile Aktionen ist **Internationalismus und Humanismus**. Denn Voraussetzung des Erfolgs gewaltfreier Aktionen ist die Mobilisierbarkeit humaner Bedürfnisse jenseits der Barrikaden im Staaten- wie im Bürgerkrieg. Gewaltfreie Politik kann also niemals eine bloß nationale oder eine reine Klassenpolitik sein. Sie bezieht den nationalen wie den Klassengegner in den historischen Lernprozeß ein, den nationalen Gegner mit dem Ziel der Zerstörung seiner Identität als Imperialist, Hegemon und Unterdrücker, den Klassengegner mit dem Ziel der Vernichtung seiner unterdrückerischen und ausbeuterischen Klassenidentität selbst. Gewaltfreie Politik ist also nicht notwendig Kompromiß mit den

historisch entstandenen Imperial- und Klassenherrschaftsstrukturen, sie ist vielmehr auf ihre historische Überwindung orientiert.

## Zielscheibe militaristische Moral

Die Macht der gewaltfreien, zivilen Aktion beruht in der Zerstörbarkeit der herrschenden militaristischen Moral in den Panzern auf der anderen Seite, die Macht der militärischen Aktionen liegt in der Zerstörung **des feindlichen Panzers** und dadurch auch der ihn dirigierenden Moral. Zivile Aktion zielt auf den Willen des Soldaten im Panzer (und letztlich des politischen Panzer-Oberkommandos), um den Stillstand der Panzer zu erreichen. Militärische Aktionen zielen auf den Panzer, um den Still-



1956: bewaffneter Aufstand der Ungarn gegen das stalinistische Regime. Verteidiger des Systems werden von den Aufständischen trotz Kapitulation erschossen.

stand des panzerbewegenden Willens zu erreichen.

Der Opponent des Militaristen ist der nationale oder der Klassenfeind; der Opponent des Zivilisten ist der nationale oder Klassengegner. Militaristische Politik zerstört herrschendes Bewußtsein durch die Zerstörung von Personen; zivilistische Politik zerstört herrschendes Bewußtsein durch die Freisetzung von Lernprozessen in den kämpfenden Parteien.



Prag 1968: Waffenlose Menschen stellten sich der gepanzerten Macht entgegen. Sie konnten sie nicht aufhalten, doch ihr moralischer Erfolg ist noch nicht abzuschätzen.

### Allgemeine Volksentwaffnung

Eine Politik der gewaltfreien Aktionen (ich nenne sie kurz Zivilismus) ist also weder identisch mit dem proletarischen Antimilitarismus noch mit dem bürgerlichen Pazifismus. Sie ist nicht antimilitaristisch, weil sie Frieden nicht durch allgemeine Volksbewaffnung, sondern durch allgemeine Volksentwaffnung zu erkämpfen strebt. Sie ist nicht pazifistisch, weil sie Frieden nicht durch Appelle an die Vernunft der Herrschenden erreichen will, sondern durch die eigene kämpferische zivile Wehrhaftigkeit gegen die herrschende militaristische Ordnung in kapitalistischer und realsozialistischer Gestalt. Der Zivilismus ist insofern notwendigerweise sozialistisch — und setzt, deshalb in der Geschichte der Emanzipationsbewegungen die Arbeiterbewegung voraus, ohne ihre bloße Verlängerung oder Erneuerung zu sein —, als sie eine Gesellschaftsordnung anstrebt, die nicht nur das organisierte Töten (Krieg), sondern auch das durch bisherige soziale Desorganisation bewirkte Sterben (strukturelle Gewalt), also nicht nur die blutige Gewalt, sondern auch die unblutige, schweigende, friedliche Gewalt ausschließt. Da dies nicht durch die soziale Selbstregulierung in den Konkurrenzkämpfen privater

Kapitale erreichbar ist, ist die gesellschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel immanenter Bestandteil zivilistischer Politik

### Vielfältiger Internationalismus

Nach den bisherigen Erfahrungen mit dem realen Sozialismus in 16 und mehr Ländern und mit der Systemkonkurrenz in Ost und West gibt es aber keine theoretisch eindeutig und für die ganze Welt

einheitlich zu organisierende Lösung gesellschaftlicher Verfügung über die Produktionsmittel. Verschiedenartige nationale Wege zur Lösung dieses säkularen Problems der Demokratisierung in der ökonomischen Sphäre gesellschaftlicher Tätigkeit sollten deshalb allgemeine Maxime zivilistischer Politik in der ganzen Welt sein. Vielfältiger Internationalismus und nicht vereinheitlichender Universalismus, ein System entmilitarisierter Republiken und nicht ein homogener Weltstaat, sollten Leitgedanke der Friedensbewegung sein. Die anzustrebenden Organisationsformen gesellschaftlicher Verfügung über die Produktionsmittel und damit auch über die Rüstungsproduktion, die gesellschaftliche Aneignung der Destruktionsmittel als Voraussetzung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung bedürfen vielfältiger nationaler Experimente nach dem praktischen Willen der Mehrheit der Völker und nicht nach dem Dekret minoritärer Wissenschaftler-Ideologen und Parteiführungen, die sich die Definitionsvollmacht für die „objektiven“ Klassen- und Nationalinteressen angeeignet haben. Der Kampf für die nationale Selbständigkeit und damit für die gleichberechtigte Kommunikationsfähigkeit aller Nationen, also nicht für einen zentralistischen Welt-Polizeistaat oder Na-

tionalarmeen, ist Aufgabe der zivilistischen Friedensbewegung. Die Sicherung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit ist nicht nur Sache der jeweiligen Nation, sondern immer auch eine hervorragende Angelegenheit der internationalen Friedensbewegung. Nur durch die Friedensbewegung im Aggressor- und Imperialstaat im Bündnis mit einer militanten Friedensbewegung in allen Staaten der Erde vermag letztlich den nationalen gewaltfreien Widerstand der unterdrückten Nation eine Erfolgchance gewähren.

### Gewaltfreie Kampfformen in der Übergangsperiode zur Abrüstung

Die Fortsetzung des Ost-West-Rüstungswettlaufes und der Aufrüstung in der Dritten Welt ist unter den gegebenen Strukturen des Staatensystems und bei der bestehenden Bereitschaft aller maßgeblichen Parteien, Konflikte im Notfall bewaffnet auszutragen, unvermeidlich. Ein Einfrieren jedes beliebigen Rüstungsniveaus der Zukunft, der Gegenwart oder auch der Vergangenheit (durch teilweise Abrüstungsmaßnahmen) ist völlig unwahrscheinlich, weil es die Anerkennung der bestehenden oder zu schaffenden Kräfteverhältnisse des internationalen militärischen Konkurrenzsystems zu irgendeinem Zeitpunkt voraussetzt. Eine solche Übereinstimmung zwischen mehr als 150 Staaten mit entgegengesetzten politischen Perspektiven und höchst unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungstendenzen ist unrealistisch. Lediglich eine gewisse Bremsung und Kontrolle des Rüstungswettlaufes ist unter den gegebenen Verhältnissen durchsetzbar. Solange militärische Rüstung immer wieder von Zeit zur Zeit ihren begrenzten Nutzen für einzelne Parteien im internationalen System deutlich macht, kann Abrüstung nicht zum wirklichen Bedürfnis aller Völker und der überwiegenden Mehrheit der Menschheit werden. Abrüstung kann nur das langfristige Resultat aus den konkreten historischen Kämpfen für nichtmilitärische Konfliktregelung sein. Abrüstung ist nicht Voraussetzung des Friedens, sondern Folge eines dauerhaft organisierten Friedens mit nichtmilitärischen Konfliktlösungsformen. Da nicht die plötzliche Abrüstung in der Folge eines Dritten Weltkrieges das Ziel der Friedensbewegung sein kann, muß sich die Friedensbewegung darauf einstellen, daß sich das konkrete Bedürfnis nach Abrüstung in der überwiegenden Mehrheit der Weltbevölkerung erst dann durchsetzt, wenn weltweit die Waffenjahre- oder gar jahrzehntelang nicht mehr angewandt wurden und wenn in dieser Übergangsperiode alle Konflikte mit nichtmilitärischen Kampfformen ausgetragen worden sind.

Egbert Jahn





# Umrüsten auf Soziale Verteidigung

Der Forderung nach Abrüstung wird ständig mit dem Hinweis auf das entstehende Schutzvakuum begegnet. Dieses Gegenargument ist auch häufig der Ausgangspunkt derjenigen Friedensforscher und Militärstrategen, die alternative Verteidigungsstrategien entwickeln. Hajo Karbach stellt diesen Ansatz in Frage und sieht andere wichtige Aufgaben der Sozialen Verteidigung im Rahmen einer gewaltfreien revolutionären Veränderungsstrategie.

## oder Sozialer Angriff aufs Militär ?

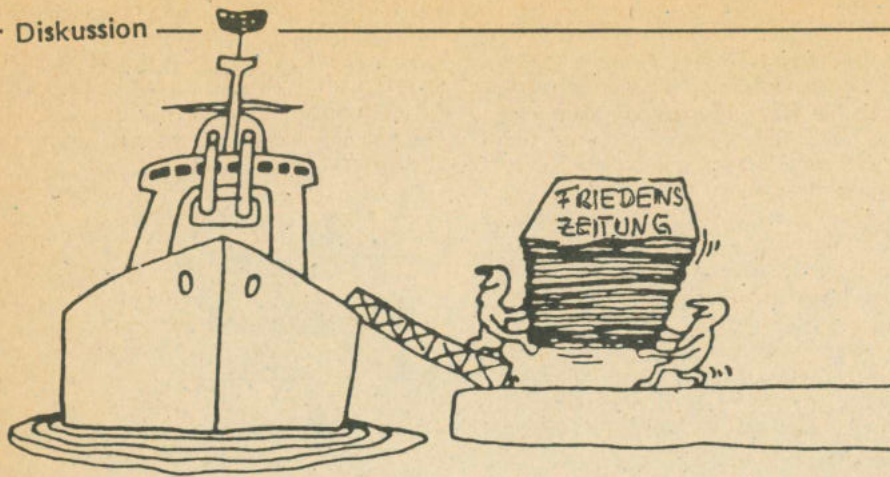
Bei Diskussionen an Info-Tischen oder in Veranstaltungen für Abrüstung erlebe ich immer wieder, daß Konzepte Sozialer Verteidigung regelmäßig dann – und immer erst dann – vorgestellt werden, wenn auf die Bedrohung durch die reale Militärmacht der UDSSR hingewiesen wird bzw. auf die in der Bevölkerung verbreiteten Bedrohungsängste. Dabei ist es oft so, daß diejenigen, die auf einen Schutz durch gewaltfreien Widerstand verweisen, selbst glauben, daß es unwahrscheinlich sei, daß die UDSSR eine vollständige einseitige Abrüstung der BRD zum Anlaß von militärischen Aktionen oder politischen Erpressungen nehmen würden. Sie glauben das nicht deshalb, weil sie die UDSSR für eine Friedensmacht halten – solche Leute schlagen normalerweise keine gewaltfreie Verteidigung vor – sondern weil sie die sowjetische Führung für realistisch genug halten, sich davon keine Vorteile zu versprechen und zu sehen, daß die USA sich auch ohne deutschen Hilferuf „engagieren“ würde.

### Soziale Verteidigung als Beruhigungsspiel?

Ähnlich ist es bei vielen Friedensforschern, die alternative Verteidigungskonzepte entwickeln, weil sie damit Bedrohungsängsten und Schutzbedürfnissen in der breiten Mehrheit der Bevölkerung Rechnung tragen wollen, die andernfalls eine Ab- oder Umrüstungsstrategie nicht unterstützen würden.

Wenn auf diese Weise Soziale Verteidigung oder ähnliche Konzepte als „Beruhigungsspiel“ gegen Bedrohungsängste in der Bevölkerung und nicht als notwendiger Bestandteil einer Entmilitarisierungsstrategie verstanden werden, steht dahinter meist eine bestimmte Vorstellung vom Verlauf und den Hindernissen einer Abrüstung. Nämlich eine Vorstellung, welche die entscheidenden Gründe dafür, daß eine Entwaffnung der eigenen Armee

nicht sofort durchsetzbar ist, auf die Existenz einer gegnerischen Militärmacht und die möglicherweise von ihr ausgehende Bedrohung zurückführt. Dies trifft sowohl für militärische „Defensivkonzepte“ zu, wie die „Technokommandos“ von Horst Afheldt, als auch für mehr oder weniger antimilitaristische Konzepte, etwa die von Andreas Buro und – hier beispielhaft zitiert – Hanne Birckenbach und Christian Wellmann (Eine gute Übersicht bietet hierzu das ami-Themenheft 3/81 „Alternative Sicherheitskonzepte“): „Der Versuch der Friedensbewegung, von unten den Gedanken an eine vollständige einseitige Abrüstung durchsetzen zu wollen, muß am psychologisch verhärteten Sicherheitsbedürfnis und an den gewachsenen Bedrohungsängsten der Bevölkerung scheitern. Dies umso mehr, als es ja nicht einfach nur Ängste sind, die man vielleicht beruhigen könnte. Das Problem ist, daß die Ängste eine reale Grundlage bekommen haben. Die Anhäufung von Waffenpotentialen mag zwar über

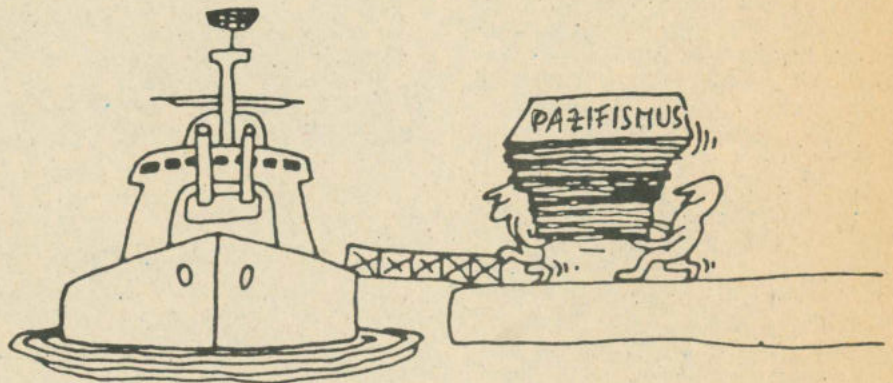


verzerrte Wahrnehmung der Gegner zustande gekommen sein, aber die Waffenpotentiale existieren nicht als Phantom, sondern wirklich. Eine verzerrte paranoid-projektive Wahrnehmung hat reale Verhältnisse geschaffen, die nicht mehr einfach durch Korrektur der Wahrnehmung beseitigt werden können. Die vorhandenen Vernichtungsmittel, die eigenen und die des Gegners, sind eine Bedrohung. Diesen Aspekt übersieht die Position des radikalen Unilateralismus (einseitige, vollständige Abrüstung; GWR-Red.). (ami 3/81, III-40)

### Gegen eine Überbetonung von außergeleiteten Rüstungsursachen

Was diese Friedensforscher und Armeereformer übersehen, ist ein anderer wichtiger Aspekt: die Ursache für die Entstehung der Waffenpotentiale war fast nie eine verzerrte paranoid-projektive Wahrnehmung (bei wem? bei der Regierung, dem Volk oder den Militärs?). Die entscheidenden Ursachen für Aufrüstung und Militarisierung sind von einer gegnerischen Militärmacht unabhängig. Sie entspringen den wirtschaftlichen und politischen Interessen der nationalen und multinationalen Eliten in den jeweiligen Machtblöcken, und diese bedienen sich gern manipulativ des „Sicherheitsbedürfnisses“ ihrer Völker. In der Militärpolitik der USA tritt dieses Motiv spätestens seit den vierziger Jahren deutlich hervor. Es ging ihr darum, imperialistische Ziele, Zugang zu Märkten, Rohstoffen, Handelswegen und strategischen Positionen zur Absicherung derselben militärisch zu erreichen bzw. abzusichern – besonders in der Dritten Welt. Die Militärmacht der UdSSR ist größer als es mit einer „vom Westen aufgezwungenen“ Schutzfunktion allein erklärbar wäre; auch hier spielt das Militär eine wichtige herrschaftsstabilisierende Rolle, hat es sie innenpolitisch seit Gründung der UdSSR gespielt. Doch nicht nur die beiden Supermächte verfolgen wirtschaftliche und politische Ziele mit militärischen Mitteln, auch kleinere europäische Länder führten und führen bis heute Kolonial- und Unterwerfungskriege, wie die Beispiele Belgien – Kongo, Portugal – Afrika, Frankreich – Afrika, Großbritannien – Nord-

Irland zeigen. Und auch hier spielt das Militär eine Notankerrolle gegen soziale Bewegungen, die – weil nicht mit spektakulären neuen (atomaren) Waffensystemen verbunden – von der deutschen Friedensbewegung fast völlig unbeachtet bleibt. Letzlich kann es keinen Staat ohne Armee oder eine vergleichbare bewaffnete Macht geben, denn wenn er die Option eines bewaffneten Eingriffs in Konflikte aufgäbe, gäbe er das auf, was ihn per Definition zum Staat macht: die Fähigkeit, seinen Bürgern den wie auch



immer zustande gekommenen (ob parlamentarisch demokratisch, „demokratisch-zentralistisch“ oder offen diktatorisch) „Gemeinwillen“ auch aufzuzwingen.

Ich will mit diesen Bemerkungen zum Wesen der Herkunft des Militärs keineswegs sagen, daß nicht auch eine Bedrohung von einer Armee auf die Bevölkerung des gegnerischen Blocks ausgeht. Auch nicht, daß die Kräfte, die jedes Militär beseitigen wollen und im eigenen Land radikal damit anfangen, die Bedrohungsvorstellungen in ihrem Volk nicht ernst nehmen sollen. Aber ich will die Frage aufwerfen, woran es denn liegt, wenn alternative Verteidigungskonzepte nicht dankbar von den Regierenden und Militärs aufgegriffen werden, wo sie doch so viele politische (rein defensiv, demokratische), finanzielle und verteidigungspolitische (zerstören im Ernstfall nicht, was sie verteidigen sollen) Vorteile und der Bevölkerung gegen die Bedrohung aus dem anderen Lager einen glaubwürdigen Schutz bieten.

### Revolutionären Akt voraussetzen?

Eine Antwort drängt sich auf: Die innengeleiteten (endogenen) Rüstungsursachen spielen gegenüber den außergeleiteten (exogenen) eine viel größere Rolle als viele Friedensforscher die sich mit konkreten Entmilitarisierungsplänen beschäftigen, wahrnehmen bzw. wahrhaben wollen. Die Regierenden, wirtschaftlichen Eliten – und erst recht die Militärs – haben nur ein sehr beschränktes Interesse an einer Sozialen Verteidigung der Gesellschaft. Theodor Ebert, Egbert Jahn und andere Friedensforscher weisen mit Recht darauf hin, daß von diesen Gruppen kein Engagement für die Entwicklung einer sozialen Verteidigungsfähigkeit zu erwarten ist und daß andere soziale Träger für das Konzept gefunden werden müssen. Diese Rolle schreiben sie vor allem Basisinitiativen zu. Die Frage, die wir uns stellen sollten ist, ob Regierung und Militär es dulden werden, daß gesellschaftliche Gruppen eine Verteidigungsfähigkeit entwickeln, zumal wenn das mit Kritik und Widerstand gegen die bewaffneten Machtorgane des Staates verknüpft wird. Ich bin davon

überzeugt, daß die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Eliten (eines jeden Staates) alle ihre Machtmittel einsetzen werden, um ihre Interessen zu wahren und eine Entwaffnung ihres letzten Machtmittels, der Armee, zu verhindern. In einem funktionierenden Staat mit einer intakten Armee stößt der Versuch einer „Umrüstung“ auf Soziale Verteidigung oder gar nur ein defensives Verteidigungskonzept, wenn dadurch der militärische Status Quo verändert wird, auf den erbitterten Widerstand der Regierung und muß in letzter Konsequenz den Einsatz der eigenen Armee oder der eines Verbündeten befürchten lassen.

Die Einführung einer gewaltfreien Verteidigungsstrategie verbunden mit der Entmachtung und Entwaffnung des Militärs ist also – nicht nur in der BRD – ein revolutionärer Akt, der die Grenzen der staatlichen Tolerierbarkeit überschreitet – ob das die Friedensbewegung nun will oder nicht. Ein Aspekt,

den einige Verfechter der Sozialen Verteidigung anführen, daß sie sich gleichermaßen gegen ausländische Aggressoren wie gegen Putschisten aus dem eigenen Land einsetzen läßt, wird im Lichte dieser Überlegungen zum wichtigsten Aspekt: **Schon der Versuch, Soziale Verteidigung durchzusetzen, erfordert wahrscheinlich ihre Anwendung gegen die eigene Armee bzw. die „verbündeten“ Militärs** und die Annahme der meisten Theoretiker, daß die etablierte „rechtmäßige“ Regierung als Vertreterin der Volksinteressen an der Spitze des sozialen Widerstandes steht, trifft für diese Situation nicht zu.

### Die Verteidigung der Revolution

Mit einem ähnlichen Problem sehen sich andere politische Kräfte von einer anderen Seite her konfrontiert: Gruppen, die für gesellschaftliche und wirtschaftliche Selbstverwaltung kämpfen, für eine ökologische, eine freiheitlich-sozialistische Gesellschaft, und die diese Perspektive verbinden mit einer sozialen Revolution, d.h. einer grundlegenden Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die den derzeitigen staatlichen und militärischen Machthabern, den kapitalisti-

pen und Institutionen übergeht, wenn also die alte Ordnung im Fallen ist, dann stehen die Revolutionäre vor dem Problem, ihre Errungenschaften, die sich langsam entwickelnde neue Gesellschaft zu verteidigen gegen Vertreter der alten Ordnung, die zu ihrem letzten Mittel greifen werden: der militärischen Unterdrückung. In der jüngeren Geschichte haben wir solche Situationen immer wieder erlebt und zur Zeit beobachten wir die militärische Erhaltung des abgewirtschafteten Regimes in El Salvador und wir müssen täglich damit rechnen, daß die von den polnischen Arbeitern errungenen Zugeständnisse und der galoppierende Machtzerfall der konservativ-bürokratischen Kräfte in der polnischen Arbeiterpartei mit militärischen Mitteln zurückgedreht werden soll.

### Soziale Verteidigung während der sozialen Veränderung

Eine Verteidigung der revolutionären Errungenschaften darf dabei die Errungenschaften selbst nicht gefährden. Freiheitliche Sozialisten können für diese Situation nicht auf militärische Mittel zur Verteidigung bauen, da diese ihre Ziele durch die zwangsläufige Militarisierung der Revolutionäre gefährden

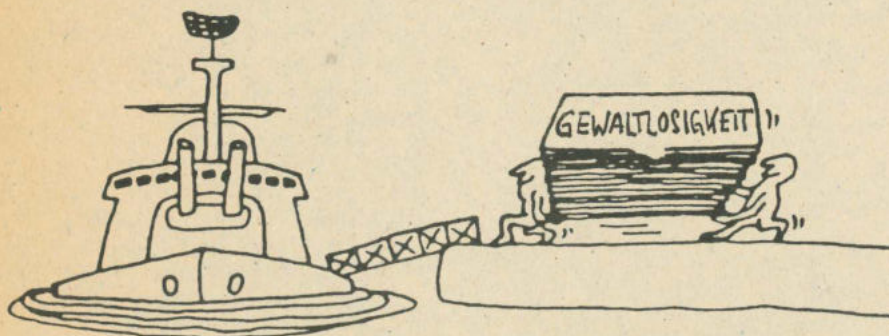
gung schon während der sozialen Veränderung. Ihre Lage ist der der Antimilitaristen ähnlich, die Soziale Verteidigung anwenden müssen, wenn sie diese durchsetzen wollen.

Wollen diese beiden Strömungen sich durchsetzen, so können sie es nur gemeinsam und ihr gemeinsames Problem wird sein, das Militär loszuwerden (zuerst das eigene) und von der Basis her eine gewaltfreie Verteidigung der Gesellschaft aufzubauen. Unsere Gesellschaft läßt sich eben nicht per Bevölkerungsmehrheit von militärischer auf Soziale Verteidigung „umrüsten“, sondern es bedarf eines machtvollen „Sozialen Angriffs“ auf das Militär um es zu Fall zu bringen. Die Kampfmethoden dieses „Sozialen Angriffs“, nämlich die gesamte Palette gewaltfreier Machtausübung von der Nichtzusammenarbeit bis zur zivilen Usurpation, sind zugleich die Grundlagen der Sozialen Verteidigung der neuen Gesellschaft. Der Angriff auf das Militär selbst ist das beste „Manöver“ für Soziale Verteidigung und es muß daher das Ziel der gewaltfreien Revolutionäre sein, daß sich möglichst viele Menschen aktiv daran beteiligen.

### Unsere Aussichten und unsere Aufgaben

Betrachtet man die gegenwärtige Situation in der BRD und die Aussichten einer radikalen, revolutionären, gewaltfreien, antimilitaristischen Bewegung, muß man wohl zweierlei feststellen: 1. Wir befinden uns nicht in einer revolutionären oder vorrevolutionären Situation. Die Regierungen können sich auf die mehr oder weniger wohlwollende Duldung einer breiten Bevölkerungsmehrheit stützen. Trotz massiver Kritik von Minderheiten in zentralen Fragen (Energie-, Verkehrs-, Rüstungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik) werden die Verhältnisse nur von einer winzigen Minderheit als so drückend empfunden, daß sie eine soziale Revolution für nötig halten.

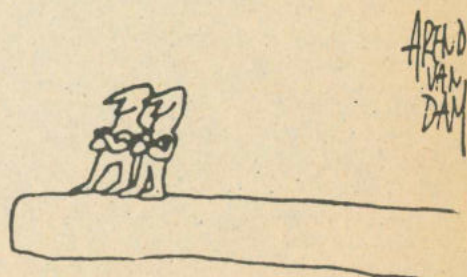
2. In der Atomenergie- und Atomrüstungsfrage zeichnen sich für dieses Jahrzehnt harte Konflikte zwischen den Regierenden und einer breiter werdenden Opposition ab. In einer Gesamtsituation wirtschaftlicher Stagnation und auflebender imperialistischer Neigungen der USA und einer zu erwartenden Schwächung der NATO in europäischen Ländern wie Belgien, den Niederlanden, Dänemark und Großbritan-



schen bzw. bürokratischen Eliten die Herrschaft über die Gesellschaft nimmt und sie in die Hände der derzeit ohnmächtigen Menschen, der Ausgebeuteten und Unterdrückten zurücklegt. Diese Gruppen überschneiden sich mit denen, die eine gewaltfreie Verteidigung und damit einhergehend eine Entmachtung und Entwaffnung der Armee anstreben, in Kriegsgegnern, die „entschlossen (sind), keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten“ (Erklärung der War Resisters' International) und die die Beseitigung wichtiger Kriegsursachen ohne soziale Revolution nicht für möglich halten.

würden. Auch übersteigt es wahrscheinlich die Kräfte einer Gesellschaft, gleichzeitig die große konstruktive Arbeit des Aufbaus einer freien Gesellschaft und die Anstrengungen und Opfer eines modernen Krieges zu leisten. (Diese Erfahrungen haben etwa die Anarchisten 1936 - 38 in Spanien machen müssen.) Wenn die Revolutionäre sich auf die Verteidigung der Revolution schon heute vorbereiten wollen, müssen sie gewaltfreie Kampf- und Widerstandsmethoden planen — die Soziale Verteidi-

Wenn solche revolutionären Gruppen erfolgreich sind, d.h. wenn ihre Ziele und ihr Kampf eine breite Basis in der Gesellschaft finden und die Regierung so diskreditiert und geschwächt ist, daß sie substantielle Zugeständnisse machen muß oder ganz machtlos wird und die wirkliche Macht auf neue Grup-



nien könnte der Handlungsspielraum der Regierung für Zugeständnisse an die Anti-Atombewegung eng werden und gleichzeitig die Integrationskraft und Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der gesellschaftlichen Opposition schrumpfen. D.h. es besteht für die revolutionär gewaltfreien Kräfte kein Anlaß die Hände abwartend in den Schoß zu legen. Im nächsten Jahrzehnt könnte die Situation eintreten, daß die gewachsene Opposition errungene Zugeständnisse gegen massiven Druck bis hin zu paramilitärischen und militärischen Mitteln (im Stil Plogoff etwa) zu verteidigen hat. Dann kommt es darauf an, ob bis dahin ein „gewaltfreies Verteidigungspotential“ geschaffen worden ist, das der Eskalation gewachsen ist.

### Gewaltfreier Widerstand muß zur „Normalität“ werden

Die sich daraus für die revolutionär gewaltfreie Bewegung ergebenden Aufgaben für die nächsten Jahre will ich abschließend skizzieren.

1. Für viele Menschen ist das schwierigste an gewaltfreien Kampfmethoden, besonders wenn sie illegal sind, daß sie ungewohnt sind und den Horizont alltäglichen Denkens überschreiten. Darum ist es wichtig, daß möglichst viele Men-

— daß es eine normale und alltägliche Sache wird Widerstand zu leisten und die Abschreckungswirkung der Repressionsapparate in vielen „Köpfen“ an Boden verliert. Was für Soziale Verteidigung „geübt“ werden muß sind also nicht nur Techniken sondern auch Haltungen und ganze Verhaltensmuster, ist eine neue „Normalität“ im Denken der Menschen.

### Soziale Verteidigung auch ohne „Führung“

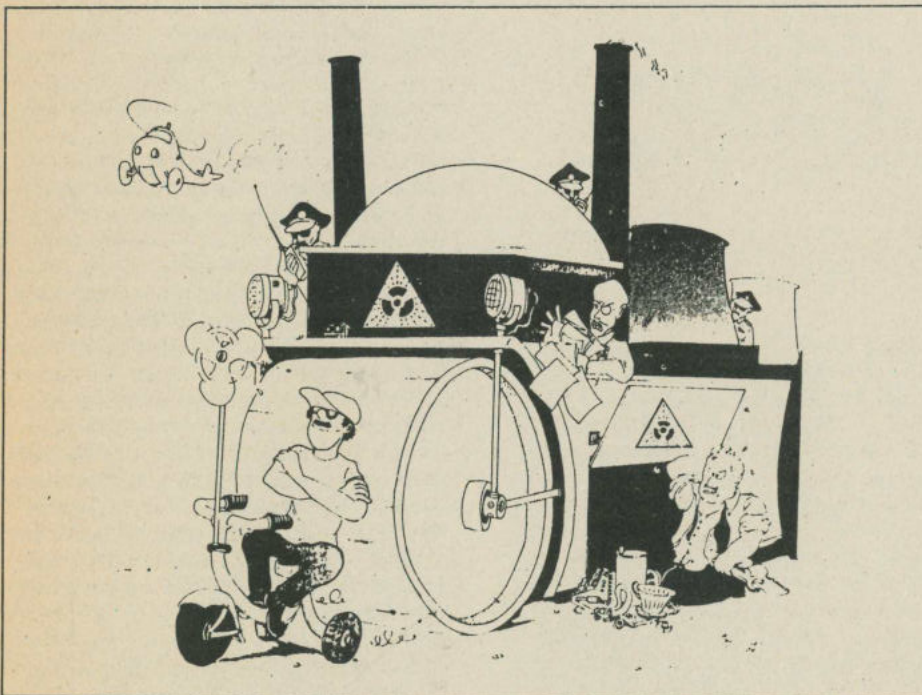
2. Die Friedensforscher, die bisher Konzepte Sozialer Verteidigung entworfen haben, sind meist davon ausgegangen, daß eine etablierte Ordnung sich gegen einen Angriff zu verteidigen hat und daß die rechtmäßige Regierung an der Spitze des Widerstandes steht. Es gibt einen großen Mangel an Theorien zu beheben zur Frage, wie die Akteure Sozialer Verteidigung angemessen reagieren können, wenn die „rechtmäßigen“ Institutionen sich nicht auf die Seite des Volkswiderstandes, sondern auf die des Aggressors stellen. Die Theoretiker der Sozialen Verteidigung müßten sich damit auseinandersetzen, wie eine Widerstandsbewegung verhindern kann, daß der Widerstand zusammenbricht, wenn seine Führungsgruppe ihn aufgibt. Sie

stand auch ohne die Regierung hätte weiterführen können.

### Internationalismus durch gewaltfreien Widerstand

3. Ein wichtiger Aspekt Sozialer Verteidigung ist die internationale Unterstützung des Widerstandes, die den Kampf gegen den Aggressor auf das Gebiet von dessen Handelspartnern und Verbündeten, ja in dessen eigenes Land trägt. Es sind Situationen vorstellbar, in denen Soziale Verteidigung gegen einen zahlenmäßig und wirtschaftlich weit überlegenen Aggressor nur durch eine starke internationale Solidarität mit den Verteidigern Aussicht auf Erfolg erhält. Entsprechendes gilt auch für andere Befreiungskämpfe und soziale Kämpfe. Diese internationale Solidarität hat Aussicht auf Gegenseitigkeit und auch sie muß zu einer „normalen“ Haltung werden, Desinteresse an der ungewollten und oft verschleierte Unterstützung von Unterdrückung und Ausbeutung in fremden Ländern dagegen zur „unnormalen“ Haltung. Heute sind wir vor allem gefordert, Kämpfe an der Peripherie der Industriegesellschaften zu unterstützen, etwa gegen die wirtschaftliche Ausbeutung und militärische Unterdrückung des Volkes von El Salvador, gegen den Landraub und drohenden Genozid an Indianern wegen der Bodenschätze unter ihrem Land, gegen die Vertreibung der Samen und Zerstörung ihrer Ernährungsbasis durch den Bau eines Staudamms am Alta-Fluß (Nordnorwegen) — „Projekte“, an denen auch deutsche Konzerne und Politiker direkt oder indirekt beteiligt sind — hier wie überall Widerstand zu organisieren, die öffentliche Meinung zu mobilisieren und vor allem: wirtschaftlichen und politischen Boykott durchzuführen. Nicht immer werden wir von den Betroffenen ausdrücklich dazu aufgefordert und noch seltener haben die Betroffenen selbst eine umfassende wirtschaftliche Kampfstrategie, die unseren Boykott als nötigen, vielleicht entscheidenden, Beitrag zu ihrem Sieg werden läßt, wie es in den siebziger Jahren beispielhaft im Kampf der amerikanischen Landarbeitergewerkschaft (UFW) um menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen und Organisationsfreiheit der Fall war. Aber immer ist es wichtig, unsere stärkste Waffe, unsere wirtschaftliche Macht als Konsumenten wie als Produzenten zu entwickeln und ein Gespür für diese Waffe zu bekommen. Und ebenso wichtig ist, unsere Verbündeten in der Welt zu stärken, die internationale Kooperation der Bürger gegen die internationale Kooperation der Konzerne, Regierungen und Armeen aufzubauen und uns damit eine Basis für internationale Unterstützung zu schaffen, die wir bei einer Zuspitzung der Konflikte in unserem eigenen Land dringend brauchen werden.

Hajo Karbach, GA Göttingen



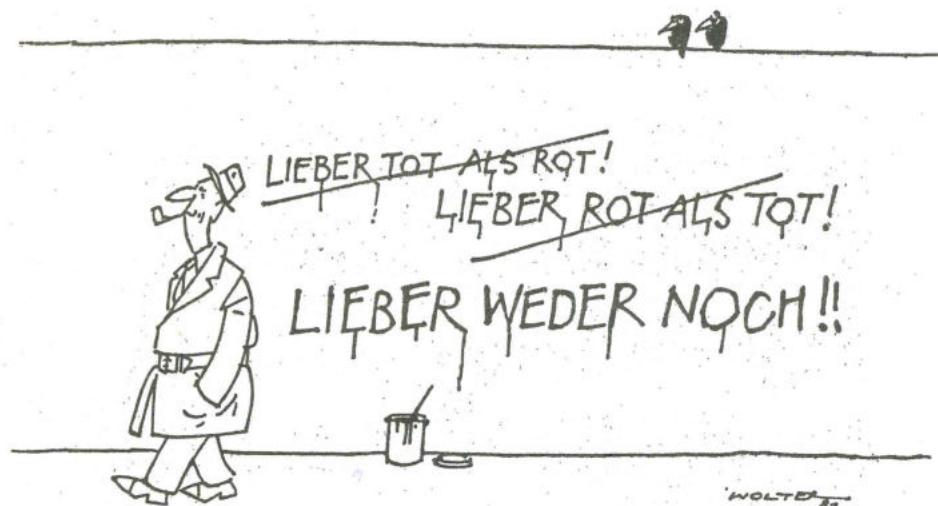
schen Erfahrungen mit gewaltfreien direkten Aktionen, mit zivilem Ungehorsam, mit Polizei und Justiz machen, bevor die gesellschaftlichen Konflikte sich zuspitzen und das Risiko von Widerstand steigt. Direkte Aktionen mit möglichst breiter Beteiligung können dazu beitragen — selbst wenn die konkreten Ziele der Aktion nicht erreicht werden

dürfen — beispielsweise — nicht bei der Feststellung stehen bleiben, daß die tschechoslowakische Führung 1968 den Widerstand gegen die Okkupation des Warschauer Pakts gegen den Willen des Volkes zum Erliegen brachte, sondern sie müssen nach Antworten auf die Frage suchen, unter welchen Voraussetzungen und wie die Gesellschaft den Wider-

# Lieber rot als tot ?

Einleitung zu einer Diskussion mit Rundfunkhörern im WDR am 16.6.1981

In der aktuellen Debatte um Pazifismus, Bergpredigt und „Nachrüstung“ wird von Politikern – wie dem CDU-Generalsekretär Heiner Geißler oder Bundeskanzler Helmut Schmidt – immer wieder behauptet, die Pazifisten stünden auf dem Standpunkt „Lieber rot als tot“. Diese Formel hat den Vorteil, daß sie knapp und eingängig ist, aber leider auch den Nachteil, daß sie das pazifistische Selbstverständnis nicht richtig wiedergibt.



Befragungen von Kriegsdienstverweigerern haben gezeigt, daß die meisten von ihnen sich keinen Diktaturen – welcher Farbschattierung auch immer – unterwerfen, sondern Widerstand leisten wollen – allerdings gewaltfreien Widerstand.

Die Formel „Lieber rot als tot“ ist nach meinen Erfahrungen im Umgang mit Pazifisten – und ich bin seit 20 Jahren in Basisgruppen und Vorständen solcher Organisationen tätig – genau so falsch, wie wenn man den Standpunkt von Streikbereiten, gewerkschaftlich organisierten Arbeitern auf die Formel bringen wollte „Lieber ausgebeutet als arbeitslos.“

Von den Arbeitern sagt das niemand, weil wir alle wissen, daß Arbeiter streiken können. Erst kürzlich haben wir in Polen beobachtet, welche politische Macht in der alten Arbeiterparole steckt: „Wenn dein starker Arm es will, stehen alle Räder still.“

Aber warum glaubt man dann, daß einseitige Abrüstung gleichbedeutend wäre mit Chaos und Unterwerfung unter diktatorischer Herrschaft? Das liegt zum einen daran, daß in der Vergangenheit Völker, die nur über eine geringe Bewaffnung verfügten, tatsächlich unter diktatorischer Herrschaft geraten sind. Man

denke an das Schicksal einiger Nachbarn Hitler-Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Der andere Grund für das geringe Zutrauen in die Widerstandskraft von Pazifisten besteht darin, daß es in der Vergangenheit keine erfolgreichen Beispiele vorbereiteten gewaltfreien Widerstands gegen Staatsstreich und militärische Interventionen gegeben hat.

Alle historischen Erfahrungen mit gewaltlosem Widerstand gegen militärische Angriffe nehmen Bezug auf Aktionen, die nicht langfristig vorbereitet waren und die darum auf einen potentiellen Aggressor auch keine abhaltende Wirkung haben konnten. Die Sowjetunion hat 1968 in der CSSR mit keinem gewaltlosem Widerstand gerechnet und die Tschechoslowaken haben ihren Widerstand aus dem Stand improvisiert. Das war kein Testfall für die Kampfkraft, die im vorbereiteten Widerstand liegen könnte. 1981 weiß die sowjetische Führung, daß russische Panzer in Polen kaum ein Problem lösen könnten. Das heißt nicht, daß es nicht doch noch zur militärischen Intervention kommen wird. Aber auch dann wird die zivile Widerstandsfähigkeit der Arbeiter und der Bürokratie wichtiger sein als die Kampfbereitschaft der polnischen Armee.

Die Friedensforscher unter den Pazifisten haben sich seit Mitte der sechziger Jahre zusammen mit den Kriegsdienstverweigerern überlegt, ob ein vorbereiteter ziviler Widerstand nicht eine ähnlich abhaltende Wirkung haben könnte wie die militärische Abschreckung und sie sind zu dem Ergebnis gekommen, daß diese abhaltende Wirkung geschaffen werden kann.

Das wirklich Dumme, Törichte an der politischen Situation ist nun, daß unsere Politiker, die angeblich so stark am Gespräch mit der kritischen Jugend interessiert sind, von diesen Konzepten zum zivilen Widerstand nichts wissen wollen. Wenn jährlich mehr als 50.000 Wehrpflichtige den Militärdienst verweigern, warum fragt man sie dann nicht nach ihren eigenen wehrpolitischen Vorstellungen? Warum gibt man diesen kritischen, intelligenten jungen Bürgern nicht die Chance, in einem alternativen Zivildienst das Konzept einer gewaltfreien Verteidigung fortzuentwickeln und einzuüben. Die Kriegsdienstverweigerer sagen zwar Nein zur NATO, aber die meisten wollen sehr wohl die Grundrechte unserer Verfassung verteidigen. Sie nennen das „Soziale Verteidigung“, weil sie nicht Territorien militärisch verteidigen wollen, sondern gewaltfrei die Selbstbestimmung in den sozialen Institutionen. Das Stichwort für ihr Verteidigungsverständnis hat ihnen ein deutscher Kanzler gegeben, als während des Ruhrkampfes im März 1923 Reichskanzler Cuno im Parlament, also im Berliner Reichstag zu den Abgeordneten sagte: „Waffenlos im groben Sinne des Wortes hat Deutschland seine starke Wehr im Willen des freien Mannes. Mit Armeen kann man Kolonialländer erobern, aber man wird damit keinem Industriegebiet Produktivität abgewinnen können. Es ist Mißachtung des Geistes, wenn man glaubt, die räumliche Besitzergreifung entscheidet. Würden die Franzosen noch Jahr und Tag im Ruhrgebiet stehen, und statt der deutschen Arbeiter fremde Kolonisten bringen, der Fluch der Unfruchtbarkeit würde das Unternehmen verfolgen. Das ist der passive Widerstand und wir bekennen uns zu ihm als Waffe der Gewaltlosigkeit im Kampfe gegen Unrecht und Gewalt.“

Ähnlich könnte meines Erachtens in einigen Jahren ein pazifistischer Bundeskanzler sprechen, der seinen Rückhalt in der Friedens- und Ökologiebewegung findet. Es wird immer behauptet: Politik und Bergpredigt paßten nicht zusammen. Das stimmt nicht. Die Moral des Einzelnen wird durch die Solidarität der Gruppe zur politischen Macht.

Theodor Ebert

# Verteidigung der BRD ?

Im folgenden Plädoyer für die Entwicklung einer sozialen Verteidigungsfähigkeit skizziert Egbert Jahn deren Bedingungen, Anwendungsbereiche und Zielsetzungen. Darüberhinaus forderte er die Linken auf, soziale Verteidigungsbereitschaft für die Bundesrepublik zu zeigen, um deren „Entwicklungspotentiale und Entwicklungschancen in Richtung auf eine gewaltfreie, demokratische und sozialistische Gesellschaft“ sichern zu helfen. Mag diese Forderung auch aus einem geschichtlichen Verständnis heraus formuliert sein, für viele Linke – einschließlich der Graswurzler – ist sie eine Provokation. Wir hoffen insbesondere über diese Frage weiter diskutieren zu können.

## Wie es nicht funktioniert

Gewaltfreie, unbewaffnete oder zivile Verteidigungspolitik als Alternative zur militärischen Verteidigungspolitik läßt sich nicht als ein Konzept ausarbeiten, das den administrativen und politischen Entscheidungsträgern im Verteidigungsestablishment angeboten wird mit dem Argument, zivile Verteidigung sei ökonomisch billiger oder verteidigungspolitisch effektiver oder mit Menschenleben sparsamer oder alles zusammengenommen als herkömmliche militärische Verteidigung. Auch der längere Weg über die Propagierung des alternativen Verteidigungskonzeptes in der Öffentlichkeit, in den sozialliberalen Parteien oder in einer neuen, grünen oder sonstigen Partei mit dem Ziel der letztendlichen parlamentarischen Beschlußfassung einzurichten, ist unrealistisch. Wahrscheinlich sind im nationalstaatlichen Rahmen nicht die atomar bestückten Raketen, die Panzer und die Maschinengewehre einseitig zu verschrotten und an ihrer Stelle die gewaltfreien Verteidigungsinstitutionen – dezentralisierte Kommandostrukturen, weitgehend industrieabhängige Notversorgungssysteme, kaum zerstörbare Nachrichtensysteme, gewaltfreie Trainingsstätten anstelle der Kasernen usw. – einzurichten, während ringsum in den anderen Nationalstaaten noch den militärischen Verteidigungs- bzw. Angriffsmitteln vertraut wird.

## „Die Schulungszentren für Soziale Verteidigung sind die Aktion des sozialen Angriffs“

Viel wahrscheinlicher ist es, daß sich zivile Verteidigungspolitik parallel und in Konkurrenz zur militärischen Verteidigungspolitik konzeptuell entwickelt und in der oppositionellen Friedensbewegung verankert. Zivile Verteidigungspolitik wird wahrscheinlich nicht erst in staatlichen Schulungszentren eingeübt, um dann an einem unbekanntem Termin sich gegen einen äußeren Aggressor bzw. einen bewaffneten Putsch bewähren zu müssen. Die „Kaserne“ und das „Manöverfeld“ der zivilen Verteidigung sind die Schulungszentren und die Aktionen des sozialen Angriffes gegen die bestehenden Gewaltstrukturen im In- und Ausland. In den Bürgerinitiativen gegen die Kernkraftwerke und gegen die Um-

weltzerstörung, für alternative Verkehrsprogramme und Erziehungskonzepte, in denen sich heute schon Millionen Bürger, teils militant gewaltfrei, engagieren, werden die Kampfmethoden eingeübt, die auch zur Verteidigung gegen militärische Interventen anwendbar sind.

## Spontaner Kampf der Volksmassen

Sicherlich gibt es zahlreiche wichtige qualitative Unterschiede zwischen einem gewaltlosen, zivilen Kampf gegen die unbewaffneten und bewaffneten Organe des eigenen Staates und der eigenen Nationalität und einem gewaltlosen, zivilen Kampf gegen eine ausländische militärische Okkupationsmacht. Auch macht es einen erheblichen Unterschied aus, ob Minderheiten in einer parlamentarischen Demokratie gewaltfrei Reformen durchsetzen oder Konterreformen verhindern wollen wie in der Bundesrepublik Deutschland oder ob überwältigende Volksmassen im waffenlosen Kampf (wenn auch sicherlich mit der Bürgerkriegsdrohung im Hintergrund) Diktaturen stürzen (Griechenland, Portugal, Spanien, Iran) Einparteienregime in ihrem Wesen grundlegend ändern (Polen), Kolonialreiche oder Staaten zertümmern (Befreiungsbewegungen von Indien und Bangladesch). Auf diese Unterschiede kann hier nicht eingegangen werden.

Bei allen bisherigen gewaltlosen Volkswiderständen gegen innere oder äußere Herrschaft spielten geplante gewaltfreie Verteidigungs- oder Kampfstrategien gar keine oder eine äußerst geringe Rolle, auch wenn der Verzicht auf eine bewaffnete Provokation der bewaffneten Staatsorgane (wie jüngst im Iran oder Polen) sehr bewußt und auch organisiert durchgesetzt wurde. Im wesentlichen war jedoch bisher der gewaltlose Kampf der Volksmassen spontan (besonders deutlich in der CSSR 1968) und erfolgte aus der unmittelbaren Einsicht in die Sinnlosigkeit militärischen bzw. bewaffneten Widerstandes und Kampfes. Auch in Frankreich 1968 wurde spontan unbewaffnet gekämpft.

Die bisherigen gewaltlosen Kämpfe entsprangen auch nur selten einer gewaltfreien Ideologie, sondern waren häufig mit Bürger- bzw. Volkskriegsdro-



Pentagon, Oktober 1967

hungen verknüpft und hatten die Etablierung einer neuen, im Volk verankerten Nationalarmee zum Ziel.

## Praktische Koexistenz der Ideologien

Die Koexistenz von Gewaltideologien allgemeiner Verteidigungskriegsbereitschaft in sozialen wie nationalen Konflikten, bewaffneten Gewaltapparaten einerseits und gewaltlosen, unbewaffneten, zivilen Massenaktionen in der Praxis ist eine historische Realität, die weder die prinzipialistischen Militaristen, die den mangelnden bewaffneten Kampf beklagen, noch die prinzipialistischen Pazifisten, die die fehlende oder unzureichende gewaltfreie Gewinnung der gewaltlosen Kämpfer bemängeln, ändern können.

Gleicherweise kann die faktische Koexistenz von bewaffneten, militärischen und unbewaffneten, zivilen Widerstandsaktionen in Konflikten nicht ausgeschlossen werden. Damit sind hier nicht die zahlreichen historischen Widerstandskämpfe angesprochen, in denen stets zivile Widerstandsaktionen eine vorbereitende, begleitende und ergänzende Funktion zu den militärischen spielten, sondern solche Konflikte, in denen zivile Widerstandsaktionen zeitweise oder durchgehend eine dominierende Rolle spielen, während bewaffnete Aktionen nur eine Nebenrolle spielen. Es ist auch denkbar, daß in zukünftigen Konflikten erst der militärische Widerstand von den traditionellen Verteidigungsorganen versucht und nach dem Scheitern zum zivilen Widerstand der Friedensbewegung übergegangen wird.



## Soziale Verteidigung heute praktizieren

Der bisher überwiegend spontane Charakter unbewaffneter, ziviler Verteidigungskämpfe in der jüngsten Geschichte ist kein Argument dagegen, in Zukunft mehr Planung, wissenschaftliche Verarbeitung bisheriger Kampferfahrungen, mehr Stetigkeit, Vorbereitung, Training in zivile Verteidigungspolitik einzubringen. Was in der Geschichte spontan erfunden wurde (die Kampftechniken im tschechoslowakischen Widerstand wie auch die allgemeine Wehrpflicht oder die Guerilla) und in Zukunft weiter werden wird, kann auch zu einem gewissen Teil antizipatorisch von Wissenschaftlern erforscht werden. Friedensforschung ist dann keine Wissenschaft, die ein detailliertes ziviles Verteidigungskonzept entwirft, das irritierten Militärpolitikern eine billigere, effektivere und humanere nichtmilitärische Wunderwaffe andienen möchte, sondern eine Wissenschaft, die die Erfahrungen wirklicher nichtmilitärischer Verteidigungsaktionen sozialer und nationaler Bewegung verallgemeinert und mögliche Zukunftsentwicklungen antizipiert.

Zivile, unbewaffnete, nichtmilitärische oder gewaltfreie Verteidigungspolitik ist nach diesem Verständnis auch kein Patentrezept zur nationalen Verteidigung für den fernen Tag nach der nationalen oder multinationalen vollständigen Abrüstung, sie ist auch nicht gebunden an die vorhergehende Schaffung einer gewaltfreien Gesellschaft, sondern sie ist hier und heute vorzubereiten und notfalls auch zu praktizieren. Sie ist einzuüben in den gewaltfreien Aktionen gegen die Gewaltstrukturen aller Art in der Bundesrepublik, in Solidaritätsaktionen für die Rechte und Freiheiten unterdrückter Klassen und Völker in West und Ost, Nord und Süd unseres Globus, in Verteidigungsaktionen gegen den verfassungswidrigen Einsatz der Bundeswehr am Persischen Golf oder anderswo, gegen braune, weiße, rote oder sonstige Putsche zur Etablierung von Minderheitenherrschaften, gegen militärische Interventionen und Okkupationen, mögen sie von der NATO oder vom Warschauer Pakt ausgehen.

## Verteidigung der Republik BRD?

Eine solche Politik der zivilen Rundumverteidigung der Republik BRD gegen innere und äußere Gegner durch die Friedensbewegung, die von vorneherein eine Beteiligung an bewaffneten Aktionen ablehnt, bedarf selbstverständlich der Präzisierung für alle konkreten Entscheidungssituationen. Sie setzt voraus, daß die Linke in der Bundesrepublik erstmals artikuliert, daß sie überhaupt bereit ist, diese Bundesrepublik zu ver-

teidigen, z.B. auch gegen eine militärische Intervention der Sowjetunion und des Warschauer Paktes. Bisher hat sich die Linke so gut wie ausschließlich auf die Kritik der Rüstung, der Politik, der Gesellschaft der eigenen Nation konzentriert. Sie sah sich lediglich zu Negationen, aber nicht zu Positionen in der Lage.

Selbstverständlich enthält der Übergang zur Diskussion von linker, radikal-demokratischer und sozialistischer Verteidigungspolitik zahlreiche Gefahren und Risiken. Über Verteidigungspolitik kann man nur ernsthaft reden, wenn man auch die Gefahren und Bedrohungen konkret benennt, auf die es sich einzustellen gilt. Konzentrierte sich die Linke und auch die Friedensforschung bisher auf die Kritik von Bedrohungsängsten, von Bedrohungspropaganda, so muß sie nun auch sagen, was der wirkliche Kern der eingebildeten, manipulierten Bedrohungen ist, was tatsächlich aktuelle und was potentielle Gefahren sind. Unabhängig, zum Teil aber auch abhängig vom Streit um die konkreten zivilen und/oder militärischen Verteidigungsmittel muß gesagt werden, gegen wen was verteidigt werden soll.

Hier soll nur ganz allgemein und unvermeidlich plakativ gesagt werden: Zivile Verteidigungspolitik ist keine Verteidigungspolitik für eine nicht existente gewaltfreie Gesellschaft und Republik, sondern eine Alternative für die kapitalistische, bürgerliche, parlamentarisch-demokratische Bundesrepublik Deutschland, für die das Versagen der herkömmlichen militärischen Abschreckungspolitik entweder auf nationalen und internationalen Selbstmord oder auf Kapitulation vor dem Aggressor hinausläuft. Auch wenn die Chancen äußerst gering sind, daß zivile Verteidigungspolitik vor dem Versagen der Abschreckung von mehr als einer Minderheit in unserer Gesellschaft akzeptiert wird — es sei denn, es vermehren sich in den kommenden Jahren die positiven Erfahrungen mit ziviler Verteidigung und die negativen Erfahrungen mit militärischer Verteidigung in anderen Ländern ganz beträchtlich —, so sollten zum Zeitpunkt des Versagens der Abschreckung doch die Grundzüge einer zivilen Verteidigungspolitik durch die Friedensbewegung in unserer Republik ausgearbeitet sein.

## Auch gegen kommunistische Minderheiten-„Revolutionen“

Diese kapitalistische, bürgerliche, parlamentarisch-demokratische Bundesrepublik Deutschland ist uns sowohl gegen bürgerliche diktatorische oder faschistische Putsche, politische Bewegungen und äußere Aggressionen und Interventionen zu verteidigen als auch gegen kommunistische Minderheiten-„Revolutionen“ mit oder ohne Unterstützung von Armeen des Warschauer Paktes.

Zivile Verteidigungspolitik ist anders als herkömmliche militärische Verteidigungspolitik und ähnlich wie die Guerilla undurchführbar ohne die breite, aktive Unterstützung des Volkes. Die Militanz, die Kampfbereitschaft des ganzen Volkes,

ist auch für zivile Verteidigungspolitik unerlässlich. Militanz läßt sich in keiner demokratischen Verteidigungskonzeption an eine kleine Berufskampftruppe delegieren, deren Kämpfen das Volk sine ira et studio zuzuschauen vermag.

Anders als demokratische Militärpolitik, die auf die Stärkung von Feindbildern und die Förderung von Haß gegen die zu vernichtenden Feinde angewiesen sind, braucht zivile Verteidigungspolitik keine Feindbilder. Ja, sie wird sogar bestrebt sein, bestehende Feindbilder abzubauen bei gleichzeitiger Förderung der Militanz, der Widerstandsbereitschaft gegen die Forderungen und Zumutungen potentieller Angreifer. Zivile Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland heißt nicht Billigung und Hinnahme des Status quo ihrer sozialen und politischen Zustände einschließlich ihrer antikomunistischen und antisowjetischen Feindbilder. Zivile Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland heißt Verteidigung ihrer Entwicklungspotentiale und Entwicklungschancen in Richtung auf eine gewaltfreie, demokratische und sozialistische Gesellschaft gegen jegliche Form von Diktatur und gegen jegliche Form von nationaler Fremdherrschaft. Da eine solche zivile Verteidigungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland keine spezifisch deutsche, bundesrepublikanische ist, sondern ihre Grundprinzipien auch in anderen Staaten und Gesellschaftssystemen anwendbar, und da der Erfolg ziviler Verteidigungspolitik im nationalstaatlichen Rahmen von der internationalen Solidarität der weltweiten Friedensbewegung abhängig ist, enthält zivilistische Militantisierung der Bevölkerung nicht dieselben Gefahren des Nationalismus, des Fremdenhasses und der Intoleranz, die der demokratische Militarismus traditionell beinhaltet.

## Unvorstellbare Widerstandskräfte

Gegen gewaltfreie Verteidigungspolitik wird häufig eingewandt, sie sei unrealistisch, weil sie unmenschliche Leidensfähigkeit von den Menschen erwarte. In der Tat, ziviler Widerstand erfordert oft unvorstellbare Widerstandskräfte gegen die eigenen aggressiven Bedürfnisse und Kapitulationsneigungen. Aber was ist im Vergleich zu dieser bewußt und aktiv angenommenen Leidensbereitschaft so menschlich an der passiven Leidensnotwendigkeit, die den Menschen durch die modernen Massenvernichtungswaffen und Konzentrationslager im Rahmen militärischer Verteidigungspolitiken aufgezwungen wird?

Egbert Jahn

# Moral kontra

Zwanzig Jahre nach der Veröffentlichung des Buches von Stephen King Hall (*Defence in the Nuclear Age*), ergriff Adam Roberts in einem Vortrag auf einer Konferenz in Oslo, die zum Thema „Strategien der Umrüstung und Soziale Verteidigung für kleine Nationen“ abgehalten wurde, die Gelegenheit, ein Resümee zu ziehen und auf Schwachstellen der Theorie aufmerksam zu machen. Dabei unterstrich Roberts die Notwendigkeit einer pragmatischen Herangehensweise, die es seiner Meinung nach erlauben soll, die Soziale Verteidigung eher als realistische Alternative anzubieten. Er kritisiert die theoretische Verbindung der Sozialen Verteidigung mit sozialrevolutionären bzw. sozialreformerischen Veränderungsstrategien. Seine Haltung wird deutlicher, wenn man berücksichtigt, daß Roberts im Auftrag des schwedischen Forschungsinstituts für Verteidigung gearbeitet hat und im Zuge dieser Forschungen, sowie einer Studie des norwegischen Verteidigungsausschusses zu dem Schluß kommt, daß soziale Verteidigung keine „sich selbst genügende Alternative zu allen Aspekten der militärischen Verteidigung“ ist. Daraus folgert er die Möglichkeit einer Kombination von militärischer und sozialer Verteidigung.

Aus Platzgründen veröffentlichen wir nicht Roberts Vortrag, sondern eine Replik von Michael Randle, der wichtige Aspekte aufgreift und dagegen eine engagierte Position vertritt. Roberts Vortrag – er kann in einer deutschen Übersetzung über die Redaktion bezogen werden – und Randles Antwort sind im „Pacifist“ (Nr. 17 u. 18,79) erschienen. „The Pacifist“ ist die Zeitschrift der „Peace Pledge Union“, der englischen Sektion der War Resisters International.

## Widerstand auf politischer und ökonomischer Ebene

... Mir fällt auf, daß du die Begriffe Soziale Verteidigung und Satyagraha (so bezeichnete Gandhi die Kampagne des gewaltfreien Widerstandes, Red.) wechselweise in deinem Artikel verwendest. Genau genommen gibt es da einen enormen Unterschied zwischen dem umfassenden Geist gandhischen Widerstandes in Indien, wo Gandhi z.B. bereit war eine Kampagne abzubiasen, wenn sie in Gewalt umschlug – und dem Widerstand im Iran, wo Demonstranten den Slogan „Tod dem Schah!“ mit in die Straßen brachten. Beides jedoch sind Beispiele für erfolgreichen zivilen Widerstand und beide funktionierten auf politischer und ökonomischer Ebene in ähnlicher Weise: Durch die Verweigerung der Zusammenarbeit mit einem unpopulären System. Der Grad, bis zu dem es eine moralisch begründete Verpflichtung zur Vermeidung von Gewalt gibt, hat wiederum Auswirkungen auf die politische Folgesituation.

Im Übrigen meine ich schon, daß ziviler Widerstand gegen etablierte reaktionäre (oder koloniale) Regime uns gerade genausoviel über die Möglichkeiten Sozialer Verteidigung sagen kann wie der Widerstand gegen Militär-Staatsstrieche. Ich bin nicht in jedem Falle optimistisch, daß durch zivilen Widerstand eine Invasion gestoppt werden kann (obgleich dies durch das besondere Zusammenwirken verschiedener Umstände der Fall sein kann), meine allerdings, daß normalerweise eine längerfristige Widerstands-Kampagne notwendig sein würde. Auf meiner Rückfahrt zum Prager Flughafen bat mich ... N.N. aus Polen, ihm mehr über das gesamte Konzept zivilen Widerstandes zu erläutern. Er zog zur

Verdeutlichung das Beispiel Iran heran, wie moderne Staaten von der Zusammenarbeit mit der Mehrzahl des Volkes abhängig sind und wie machtvoll die Verweigerung dieser Zusammenarbeit sein kann, selbst unter den Umständen stärkster Unterdrückung. Natürlich habe ich nicht behauptet, daß die iranische Revolution ohne Gewalt zustande kam oder daß ihr politischer Ausgang ohne häßliche Seite ist; jedoch der wesentliche Revolutions-Hebel der Leute war ihre Nicht-Zusammenarbeit, wobei der Sturz des Schah-Regimes – welche Ungereimtheiten es da auch geben mag – einen politischen Fortschritt darstellt.

## Utopische Gesellschaft als Vorbedingung?

Teilweise stimme ich deinen kritischen Bemerkungen über jene Leute zu, die eine beinahe utopische Gesellschaft als Vorbedingung für Soziale Verteidigung fordern. Ich wende mich nicht dagegen, daß wir unsere Sichtweise sehr breit anlegen, besonders dort, wo wir über unsere langfristigen Ziele sprechen, jedoch wirkt sich dies unproduktiv aus, wenn wir anfangen zu sagen, daß wir diesen oder jenen Schritt nicht gehen können bis all die anderen Bedingungen erfüllt sind. Ich befürworte die radikale Umstrukturierung der Gesellschaft, der internationalen Wirtschafts- und politischen Ordnung nicht deshalb, weil sie zivilen Widerstand (oder Soziale Verteidigung) wahrscheinlicher macht oder ihm eine größere Relevanz gibt, sondern weil sie aus sich selber heraus notwendig ist zur Beendigung eines Großteils der Leiden und Ungerechtigkeit und sie sich gegen die Bedrohung von großen Kriegen wendet. Dein pragmatischer Ansatz der Sozialen Verteidigung kann aller-

dings als zu weitgehend empfunden werden, sodaß es als etwas total losgelöstes von anderen politischen Entwicklungen verstanden wird – ein Ziel, das aus sich selbst heraus lebt, in dem andere wichtige politische Dinge und Verpflichtungen zweitrangig werden. Ich möchte hier ausdrücklich betonen, daß ich nicht behaupte, daß Soziale Verteidigung nur in einer utopischen Vorstellung Relevanz besitzt, jedoch räume ich ihr im Rahmen einer breiteren Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Veränderung einen Platz ein.

## CIA – Gelder für gewaltfreien Widerstand

Die Zusammenhänge zwischen Sozialer Verteidigung und strukturellen Veränderungen will ich an dieser Stelle mal erläutern. Die militärischen Vorbereitungen der Supermächte (als deutlichstes Beispiel) dienen nicht allein zur Verteidigung legitimer Interessen (Verhinderung von Einmärschen und Besetzungen), sondern ihrem Drang nach Vorrherrschaft – und Herrschaft – in der Welt, der nicht preisgegeben werden kann, ohne wichtige nationale Konsequenzen zu ziehen einschließlich der – auf weite Sicht gesehenen – Neustrukturierung der betroffenen Gesellschaften. Die Frage dann ist nicht mehr, ob Soziale Verteidigung in der Lage ist, diese ‚illegitimen‘ Interessen zu verteidigen, sondern ob Soziale Verteidigung für dieses Ziel eingesetzt werden sollte. Ich meine, daß ziviler Widerstand (ebenso Soziale Verteidigung, wobei es im Einzelnen darauf ankommt, wie weit sie ausgelegt wird) sich in einem breiten Spektrum politischer und sozialer Situationen als effektiv erweisen kann, wobei es sich nicht notwendigerweise immer

# Pragmatismus

um legitime Ziele handeln muß. In Chile wurde es 1973 in reaktionärer Weise eingesetzt, als Streiks und Demonstrationen den Weg für den Staatsstreich ebneten; in Guayana 1963, wo — wie wir jetzt wissen — die CIA Geld und weitere Ausrüstung für den Generalstreik lieferte, der die Regierung Cheddi Jagan zu Fall brachte (möglicherweise ein Fall, in dem Soziale Verteidigung zur Unterstützung von Wirtschafts-Imperialismus diene?). Von daher sollte unser Anliegen weniger darin liegen, die Interessensgrenzen darzustellen, zu der Sozialen Verteidigung technisch in der Lage ist, sie zu verteidigen, sondern — weitgehendst — das zu definieren, was wir als moralisch legitim und verteidigungswürdig ansehen und dann zu überlegen, wie wirkungsvoll ziviler Widerstand dies bewältigen kann. Dies bedeutet dann, daß Soziale Verteidigung einen Platz in einer breiteren politischen Perspektive erhält und dies schließt (sicherlich für die meisten Gesellschaften) einige radikale Änderungen ein.

## Soziale Veränderungen, auch auf Kosten des Konzepts?

Deine Argumentation lautet, daß wir nicht versuchen sollten, den Leuten zu viel auf einmal aufzuladen — daß die Vorstellungen zur Sozialen Verteidigung für allein genommen schon fremdartig genug sind, ohne daß Soziale Verteidigung in die untrennbare Verbindung zu anderen radikalen Vorstellungen gebracht wird, die den Leuten noch fremdartiger vorkommen müssen. Dazu erstens: Mögen sie den Leuten fremdartig oder nicht vorkommen; wenn wir meinen, daß bestimmte strukturelle Änderungen notwendig sind zur Beendigung von Ausbeutung, Krieg oder Elend, so sollten wir nicht zögern, für diese Veränderungen einzutreten, selbst wenn dies die Chancen für das Akzeptieren Sozialer Verteidigung beeinträchtigt. Zweitens meine ich, daß auf historische Beispiele verwiesen werden kann, die eher darauf schließen lassen, daß während einer Periode revolutionärer Umwälzung oder Radikalisierung die Menschen aufgeschlossener sind, das gesamte Spektrum politischer und sozialer Praktiken einer neuen Betrachtungsweise zu unterziehen. Hier ein kleines Beispiel dafür: Auf Regierungsebene wurde Soziale Verteidigung in den Niederlanden erst durch einen Linksrutsch nach der Parlamentswahl ernst genommen, die eine Regierungskoalition von Sozialisten und Radikalen möglich machte. Könnte im Falle von Großbritannien — wenn wir uns einmal die theoretische Frage stellen — die Soziale Verteidigung in der britischen Gesellschaft funktionieren, so wie die Gesellschaft jetzt existiert? Die wei-



tergehende Frage lautet jedoch, wie sehen die politischen Bedingungen aus, in der die Soziale Verteidigung eine Chance hätte, ernsthaft in Erwägung gezogen zu werden? Nämlich dann erst, so meine ich, erkennen wir, daß dies am wahrscheinlichsten im Rahmen von allgemeinen radikalen politischen Entwicklungen ist. ...

## Ziviler Widerstand ist multifunktional

... Zivilen Widerstand und Soziale Verteidigung möchte ich nicht gegenseitig ausschließen. Ich befürworte die generelle Strategie im Rahmen der übergreifenden Bestrebungen zur Akzeptierung der Sozialen Verteidigung, nämlich jene Strategie, die die gewaltfreie Aktion sehr eng verknüpft mit der Verbreitung sozialen Wandels in den Gesellschaften, so wie sie derzeit bestehen: Ziviler Widerstand zur Verteidigung von bereits sozial und politisch Erreichtem gegen Bedrohungen wie ausländischen Invasionen, Staatsstreichern oder wirklich repressiven Regierungen.

Deine Begründung dafür, daß ziviler Widerstand heute vielfach in Verbindung gebracht wird mit oppositioneller, gegen die Regierung gerichteter Politik, weil die Menschen glauben, daß Regierungen technisch nicht in der Lage sind, Soziale Verteidigung zu organisieren, diese Begründung halte ich nicht für so schwerwiegend. Der Grund dafür liegt wohl vielmehr darin, daß die betreffenden Regierungen gegenwärtig militärischen Prinzipien verbunden sind und zwar gewöhnlich militärischen Prinzipien, die sich auf völkermordende Waffen stützen — wobei es sich um ihre eigenen Waffen oder die ihrer Verbündeten handelt. Menschen, die diese Prinzipien kritisieren — und sie sollten auf jeden Fall kritisiert werden — oder die Men-

schen, die den staatlichen Bemühungen der Dienstverpflichtung für das Militärsystem Widerstand entgegensetzen, solche Menschen befinden sich unausweichlich in Opposition zu ihrer Regierung.

## Wiedersehen im Knast

Ganz allgemein gesagt sind es antimilitaristische und radikale Bewegungen, die die Möglichkeiten gewaltfreier Aktion erkennen und dafür 'power' machen, daß sie ernsthafter in Erwägung gezogen werden. Solche Leute stehen in Opposition zu ihren Regierungen, aus genau dem gleichen Grund, aus dem du und ich während der 60er Jahre im Gefängnis waren und ich hoffe bereit zu sein, uns dort wiederzutreffen, wenn es aussichtsreich ist, und es das Anliegen nach (für) Abrüstung oder radikalen sozialen Wandel voranbringt.

Ich wende mich nicht dagegen, mit Regierungen oder Militärs oder einfach jedem, der Interesse an den Möglichkeiten gewaltfreier Alternativen zur militärischen Verteidigung hat, zu sprechen. Aber ich meine, es ist wichtig, daß — wenn wir dies tun — wir es auf keinen Fall auf Kosten unserer Opposition gegen die Vorbereitung des Atomkrieges tun. Du wie auch vielleicht Gene Sharp habt wichtige Arbeit für das Konzept der Sozialen Verteidigung geleistet und erreicht, daß es in offiziellen Kreisen diskutiert wird. Ich empfinde allerdings, vielleicht fälschlicherweise, daß ihr euch von der Anti-Kriegs — und Anti-AKW-Bewegung entfernt habt. Soweit dies zutrifft bedaure ich es, weil — wie unzulänglich die Friedensbewegung auch sein mag — einiges, was von ihr ausgeht, war und ist von zentraler Wichtigkeit ...

Michael Randle  
aus: The Pacifist Nr. 12/Okt. 79, Zeitschrift der Peace Pledge Union, c/o 6 Apollo Place, London SW 10 OR

Zur Person des Autors: MR war von 1966 - 72 Vorsitzender der War Resisters' International und ist heute WRI Ratsmitglied. 1967 wurde MR zu 12 Monaten Knast wegen Besetzung der griechischen Botschaft nach dem Militär-Coup verurteilt. 1962 wurde er zusammen mit 5 anderen Leuten zu 18 Monaten Bau verurteilt, weil er ein Massen-Sit-in vor einem Luftwaffenstützpunkt für Atomwaffen organisierte. Z.Zt. lehrt er als Gastdozent an der School for Peace Studies in Bradford/England. Veröffentlichungen: 'Der Befreiung entgegen', einem WRI Positionspapier zu Frieden und gewaltfreier Revolution. Aktuelle Veröffentlichung im Rahmen von 'International Seminars on Training in nonviolent Action': Militarismus and Repression, 156 Seiten, 1980. Bezug: 2 + Porto von Housmans Bookshop, 5 Caledonian Rd, GB-London N 1

Übersetzung: Kalle Seng



HOLLAND

# Zwischen Parteien und Widerstandsgruppen

Nicht nur die geistige Vorarbeit zur Idee der Sozialen Verteidigung wurde in den Niederlanden und verschiedenen internationalen Organisationen, die in diesem Land ansässig waren geleistet, sondern auch heute spielt die Diskussion wieder eine gewisse Rolle. Alex P. Schmid, Mitarbeiter im „Zentrum zum Studium sozialer Konflikte“ der Universität Leiden, gibt einen Überblick über die vielen Gruppierungen der Friedensbewegung und ihr Verhältnis zur Sozialen Verteidigung. Dies über ein Land zu tun, das bei „uns“ als eines bekannter wird, in dem weite Teile der Bevölkerung radikalen einseitigen Abrüstungsforderungen zuneigen, ist sicher von besonderem Interesse.

Es läßt sich ohne Übertreibung sagen, daß Holland an der Frühentwicklung des Verteidigungskonzepts „Soziale Verteidigung“ einen entscheidenden Anteil hatte (1). Nach einem Höhepunkt der Diskussion in den dreißiger Jahren, verstummte diese allerdings fast völlig in der Periode des Kalten Krieges, 1945-1965. In den fünfziger Jahren fanden zwei Publikationen der Quaker und der Organisation „Kirche und Frieden“ zum Thema kaum Widerklang. Doch Mitte der sechziger Jahre führte die Publika-

tion „Gewaltfreie Wehrhaftigkeit“, herausgegeben von „Kirche und Frieden“ zur Gründung einer Stiftung, die sich zum Ziel setzte, Studium, Bildung und Training in gewaltfreier Verteidigung zu fördern. Diese Stiftung, Träger des „Zentrums für Gewaltfreie Wehrhaftigkeit“ besitzt in Amsterdam eine Bibliothek und redigiert, sechsmal jährlich, die Zeitschrift „Geweldloos Aktief“ (ca. 1.800 Abonnenten). Eine Reihe von meist kleineren Gruppen und Organisationen beschäftigen sich neben den

schon genannten mit Gewaltfreiheit: 't kan Anders, Stichting Meth Medura, Vereniging Dienstweigeraars, Aktie Dom Helder Camara, Amstelkerk Vredesgroep, Beweging Weigering Defensiebelasting, Anti-Kernenergie-Beweging, Breek Atoomketen Nederland, Doopsgezinde Vredesgroep, Initiatiefgroep Geweldloze Weg, Stichting Sarvodaya-Shramadana-Europa, Werkgroep Geweldloze Strijd Nijmegen, Vrouwen voor Vrede, Vredesgroep Zwaarden of Ploegscharen – die Liste ist nicht vollständig.

## Große Friedensorganisationen weisen militärische Verteidigung nicht prinzipiell zurück

Daneben ist es gelungen, den Gedanken gewaltfreier Verteidigung auch in breiter angelegte Organisationen hineinzugetragen. Auf kirchlichem Gebiet in die katholische Pax Christi Bewegung (ca. 30.000 Mitglieder in Holland) und in den Interkirchlichen Friedensrat (IKV) – ein oekumenischer Zusammenarbeitsverband von neun Kirchen mit rund 350 Kerngruppen im Land. Doch muß darauf hingewiesen werden, daß in diesen zwei Organisationen Gewaltfreiheit kein zentrales Thema ist und militärische Verteidigung nicht prinzipiell zurückgewiesen wird. Auf politischem Gebiet stehen die kleinen Parteien EVP, PSP und PPR positiv gegenüber diesem Sicherheitskonzept. Dadurch, daß die kleine radikale Partei PPR in der Mitte der siebziger Jahre zur Regierungskoalition gehörte, wurde es möglich, daß von Regierungsseite eine Kommission eingesetzt wurde, die sich mit den Möglichkeiten der sozialen Verteidigung für Holland auseinandersetzen sollte. Als diese Kommission endlich installiert war, war jedoch die PPR wieder aus der Regierungskoalition verschwunden. Die Zentrumrechts Regierung, die von 1977 bis 1981 an der Macht war, unternahm keine besonderen Schritte, um ein angemessenes Forschungsprogramm dieser Kommission möglich zu machen. Das Fehlen eines Forschungsstabes, sowie die Schwierigkeiten der Problemfeldabgrenzung und die mangelnde Erfahrung niederländischer Friedensforscher auf diesem Gebiet, verbunden mit einer unzureichenden Finanzierung, trugen dazu bei, daß diese „Begeleidingsgroep inzake het Onderzoek op het Gebied van de Geweldloze Conflictoplossing en Sociale Verdediging“ in den ersten vier Jahren ihrer Existenz nicht viel erreichen konnte. Doch soll noch in diesem Jahr ein bescheidenes Forschungsprogramm der neuen Regierung zur Finanzierung vorgelegt werden.

## Probleme der Friedensforschung

Die durch diese Kommission zu untersuchenden Fragen drehen sich um die zentrale Frage nach dem gewaltfreien

Verteidigungspotential des holländischen Volkes. Es hat sich allerdings gezeigt, daß der Untersuchbarkeit auf dem Gebiet der „Sozialen Verteidigung“ Grenzen gesetzt sind, da zu viele unbekannte Elemente eine Rolle spielen, während gleichzeitig eine Theorie gewaltfreier Machtentfaltung noch kaum in Ansätzen existiert. Als die Kommission mit dem Aufstellen eines Forschungsprogramms begann, war sie sich nicht vollends im Klaren, daß das zu untersuchende Gebiet praktisch Neuland war und daß viele der bisher verrichteten Studien methodisch und empirisch fragwürdig waren. Auch haben sich in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidende Veränderungen im Kriegsbild ergeben, während die Literatur über Soziale Verteidigung mehrheitlich noch von einem klassischen Besatzungsszenario ausgeht. Was das Potential Sozialer Verteidigung in jenen Konflikttypen ist, bei denen wohl die Waffen des Angreifers (Bomben und Raketen), nicht aber der Angreifer selbst ins Land dringen, ist bisher in der einschlägigen Literatur noch nicht thematisiert worden. Auch jene Verteidigungsszenarios, bei denen es um eine Unterbrechung von lebenswichtigen Verbindungen mit dem Ausland in einer stets stärker interdependent werdenden Welt geht, haben in der Literatur noch kaum Aufmerksamkeit erhalten. Die enorm gestiegene private Mobilität, die in jüngster Zeit zu gewaltigen Flüchtlingsströmen und zur Entvölkerung erobelter Gebiete geführt hat (z.B. Zypern, 1974), hat für die Möglichkeit einer zivilen Verteidigung ebenfalls Konsequenzen, die noch nicht durchdacht worden sind. Fragen, die in den Debatten über Soziale Verteidigung in den frühen siebziger Jahren zentral waren („Kann gewaltfreier Widerstand mit gewaltsamen Widerstand kombiniert werden?“, „Muß man nicht erst die Gesellschaft verändern, wenn man Soziale Verteidigung einführen will?“) erscheinen heute von zweitrangiger Wichtigkeit, verglichen etwa mit der Frage nach der Effektivität nicht-militärischer Verteidigung im Vergleich mit verschiedenen Formen militärischer Verteidigung bei verschiedenen Konfliktszenarios. Solange die Effektivität und Glaubwürdigkeit von Sozialer Verteidigung bei Freund und Feind nicht besser beantwortet werden kann, dürfen weitere Verbreitungsversuche von Anhängern Sozialer Verteidigung auf eine natürliche Grenze stoßen.

### Unbehagen trotz NATO-Befürwortung

In diesem Zusammenhang muß die Haltung der öffentlichen Meinung in Holland dargelegt werden. Eine ziemlich konstante Mehrheit der niederländischen Bevölkerung wünscht, daß Holland Teil der NATO bleibt: gegenwärtig sind rund drei Viertel der Bevöl-

kerung dieser Meinung, vor zehn Jahren waren es rund zwei Drittel (2). Gleichzeitig jedoch äußert sich ein großes Unbehagen über die Anwesenheit von Kernwaffen auf niederländischem Grundgebiet. Einer neueren Meinungsumfrage zufolge möchten 29 % der Bevölkerung die Kernwaffen weg haben, weitere 50 % möchten das eigentlich auch, finden aber, daß dies nicht möglich sein dürfte. Bloß 14 % der Bevölkerung tritt für ein Beibehalten von Kernwaffen ein (3). Das Existenzrecht des Militärs wird von nicht mehr als rund 15 % der Bevölkerung in Frage gestellt. Allerdings ist beinahe die Hälfte der Befürworter der Streitkräfte der Meinung, daß die Armee bloß ein „notwendiges Übel“ ist (4). Das Vertrauen in „Soziale Verteidigung“ ist demgegenüber bedeutend kleiner. Eine Meinungsumfrage aus dem Jahre 1974 wies aus, daß 60 % der Befragten mit dem Standpunkt, daß „waffenloser, gewaltfreier Widerstand gegen einen Angreifer oder Besetzer besser ist als bewaffnete Verteidigung“ nicht einverstanden waren, während 38 % diesen Standpunkt zu unterschreiben wagte. Eine weitere Frage richtet sich auf die Bekanntheit von „Sozialer Verteidigung“. Ein Viertel der Befragten wußten darauf eine Antwort. Auf die Frage, ob Soziale Verteidigung als Ergänzung oder als Alternative zur militärischen Verteidigung gesehen werden müsse, antworteten 29,6 % „als Ergänzung“, 23,1 % „als Alternative“, während 21,8 % Soziale Verteidigung für völlig sinnlos hielten und 25,5 % keine Meinung hatten (6). Wenn man bedenkt, wie unterentwickelt das Denken über Soziale Verteidigung noch ist, ist es einigermaßen erstaunlich, daß so viele Menschen bereits bereit zu sein scheinen, darin etwas Relevantes zu sehen. Die Erklärung dafür muß wahrscheinlich mehr in der Abkehr vom herrschenden Verteidigungssystem gesehen werden, als in der inhärenten Anziehungskraft und Überzeugungskraft von Sozialer Verteidigung an sich. Es ist vorauszusehen, daß der Anhang für Soziale Verteidigung kleiner wird, wenn die Skala der in der Öffentlichkeit diskutierten alternativen Sicherheitskonzepte ausgeweitet wird.

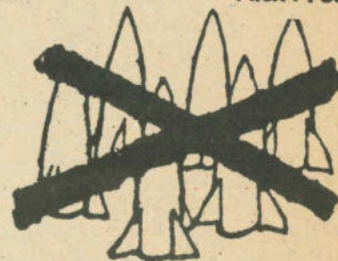
### „Sozialer Angriff“ sorgt für Glaubwürdigkeit Sozialer Verteidigung

Bisher bin ich in dieser Übersicht nicht auf die vielen gewaltfreien Aktionen eingegangen, die im außerparlamentarischen Leben Hollands einen wichtigen Platz einnehmen. Getragen werden diese meist von kleinen Affinitätsgruppen, die jeweils aus 10 - 20 befreundeten Personen bestehen. Für viele dieser Gruppen ist Gewaltfreiheit ein wichtiger Teil ihrer Lebensphilosophie. Bei größeren Aktionen zeigt sich, daß zwischen der Autonomie dieser Gruppen und den Erfordernissen einer zentralen Organisation bei Massendemonstrationen Spannungen entstehen, die

der Wirksamkeit ihrer Aktionen Grenzen setzen. Herausgefordert durch massives Polizeiaufgebot, wird die Doktrin der Gewaltfreiheit oft auf eine harte Probe gestellt, dies umso mehr, weil sich stets auch minder prinzipielle Aktivisten für dieselbe Sache wie die Gewaltfreien einsetzen. Für manche der sogenannten „Gewaltfreien“ entpuppt sich die Abstinenz von Gewalt als bloßes Mittel zum Zweck — ein Mittel, daß, wenn es keinen Erfolg bringt, auch mit Gewalt ausgetauscht werden kann. Dies birgt die Gefahr in sich, daß eine Eskalation der Gewalt stattfindet, wofür die Aktionen der antimilitaristischen Gruppe „Onkruit“ meiner Meinung nach ein Beispiel sind.

Die zahlreichen außerparlamentarischen Aktionen der letzten Jahre bilden nützliches Anschauungs- und Trainingsmaterial zum Studium der Wechselwirkungen zwischen der bewaffneten Polizei und den waffenlosen Aktivisten. Dieses Material ist theoretisch allerdings noch kaum aufgearbeitet worden. Der Schritt von gewaltfreien Aktionen relativ marginaler Gruppen der Bevölkerung zu einer auf die Mehrheit der Bevölkerung sich stützenden, nicht-militärischen Verteidigung nach außen ist allerdings ein so großer, daß es zu früh wäre, darüber zu spekulieren, wie und unter welchen Bedingungen Soziale Verteidigung in Holland durchgesetzt werden könnte. Doch bieten vor allem jene Aktionen, bei denen eine Mehrheit der Bevölkerung den Standpunkt der gewaltfreien Gruppen zu teilen scheint (etwa auf dem Gebiet der Kernwaffen und der Kernkraftwerke) diesen Gruppen eine Chance, die Effektivität gewaltfreier Methoden glaubwürdig zu machen und die Kampfmittel der Sozialen Verteidigung zu popularisieren.

Alex P. Schmid



#### Anmerkungen

- 1) Vgl. Ludo Eijkelkamp. De Gewelddiskussie in de periode 1875 - 1925 en de bijzondere positie daarin van Henriette Roland Holst. Nijmegen, Studiecentrum voor Vredesvraagstukken, 1980; Gernot Jochheim. Antimilitaristische Aktionstheorie, Soziale Revolution und Soziale Verteidigung. Zur Entwicklung der Gewaltfreiheitstheorie in der europäischen antimilitaristischen und sozialistischen Bewegung, 1890 - 1940, unter besonderer Berücksichtigung der Niederlande. Frankfurt a.M., Haag u. Herchen, 1977.
- 2) Ph. P. Everts, Wat vinden de mensen in het land? — Openbare mening en kernwapens. Leiden, I.I.S., 1981, mimeo, p. 6a, Tabelle 1.
- 3) NIPO Enquete, cit. Volkskrant, 29. April, 1981, p. 7.
- 4) Stichting Volk en Verdediging. Openbare mening en Krijgsmacht. Den Haag, SVV, 1977, pp. 8 - 12.
- 5) Ebenda
- 6) Ebenda, pp. 122 - 123.

# FRANKREICH: Verteidigung

„Gewaltfreier Kampf und Selbstverwaltung“ ist der Titel eines Buches, welches kürzlich vom zündhölzchen-Verlag herausgebracht wurde. (1)

Mit dieser Arbeit werden die wichtigsten gedanklichen Fundamente der französischen gewaltfreien Bewegung „M.A.N.“ („Bewegung für eine gewaltfreie Alternative“) erstmalig in umfassender Form deutschen Lesern bekannt gemacht.

In einer deutlichen Schwerpunktverlagerung zur deutschen Graswurzelbewegung dominieren in der M.A.N. marxistische Positionen vor anarchistischen. Dies bezieht sich zunächst weniger auf die traditionelle marxistische Strategie zur Erreichung des Sozialismus, als vor allem auf die Analyse der bestehenden Gesellschaft. Dem Versuch, ein Konzept zur Erreichung einer sozialistischen Selbstverwaltungsgesellschaft zu erarbeiten, geht darum in der Arbeit der M.A.N. eine gründlichere Analyse der Mechanismen der bestehenden Herrschaftsordnung voraus. Diese Analyse will begreiflich machen, daß es wesentlich die Klassenwidersprüche von Kapital und Arbeit und die sich daraus ergebenden Dynamiken (z.B. imperialistische Kriege) sind, welche zum Ansatzpunkt für eine sozialistische Strategie zu nehmen sind.

Ob die Analyse der M.A.N. richtig und tieferschürfend genug ist, will ich hier offenlassen. Auf jeden Fall bedeutet das Konzept, daß es eine „gewaltfreie Volksverteidigung“ als „Ersatz“ für die militärische Verteidigung kaum geben kann: Der Begriff „Volk“ verdeckt, wenn er die Klassenstruktur, d.h. die in der Gesellschaft vorhandenen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse salopp übergeht, geradezu die Dynamiken, die als Kriegsursachen später in Erscheinung treten. Mit anderen Worten: Eine Volksverteidigung — sollte sie je nötig sein — ist in einem emanzipativen Sinne überhaupt nur wünschenswert und denkbar, wenn wir unter „Volk“ nicht mehr das diffuse Sammelsurium „alle Menschen“ verstehen, sondern die große Mehrheit dieser Bevölkerung, welche kein Interesse an Ausbeutung, imperialistischer Kriegsführung etc. zeigt. (In diesem positiven Sinne verwende ich das Wort „Volk“ ab jetzt auch in meinem weiteren Text.)

## Militarisierung als Grundbausteine

Unter diesen Bedingungen ist die Frage auch falsch gestellt, ob „wir“ statt Militarismus besser die Soziale Verteidigung nehmen sollten, da das Militär immer „sinnloser“ würde etc. Man muß hier

fragen, für wen eine Militarisierung sinnvoll ist und in wessen Interesse sie geschieht bzw. für wen sie wesentlich Opfer bedeutet.

Militär und innergesellschaftliche Militarisierung sind auch keine beliebig aus einer Gesellschaft herauslösbaren, gegen Gewaltfreiheit austauschbaren Mosaiksteine, sondern sind — so die Argumentation der M.A.N. — Grundbausteine der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung. Die M.A.N. weist hierbei sehr deutlich auch auf die innenpolitische Bedeutung des Militärs und militärähnlicher Institutionen des Staates hin. Hier wäre für eine freiheitliche Strategie doch zu überlegen, ob man bei denjenigen Verständnis und Interesse für ein Konzept der sozialen, gewaltfreien Verteidigung erwarten kann, die der gesellschaftlichen Befreiung als Gegner gegenüberstehen (siehe Staat — Anti-Atombewegung) und sich nicht scheuen, den Gewaltapparat stets noch weiter auszubauen. Sollte man erwarten, die Herrschenden würden an dem Ast sägen, der ihre Herrschaft stabilisiert? Deshalb ist auch die zentrale Ausgangsfrage für ein Konzept von sozialer Verteidigung, welche gesellschaftliche Ordnung man da eigentlich verteidigen will und wen man deshalb als Ansprechpartner und Bündnispartner für die Soziale Verteidigung (S.V.) wählen will.

## Soziale Verteidigung für ein soziales Volk

Eine soziale Volksverteidigung wird erst möglich sein, sofern das Volk wirklich ein soziales geworden ist (also keine Ausbeutungsstrukturen mehr vorliegen), und ein Volk bleibt auch nur sozial, sofern das Volk gewillt ist, diese erreichte Menschlichkeit mit gewaltfreien Mitteln zu verteidigen. Die Begründung für diese Ansicht der M.A.N. ist nun keine lediglich moralische, sondern eine ganz und gar grundsätzliche. Begründet wird nämlich damit die Auffassung der M.A.N., wonach der Einsatz von Gewalt — verstanden vor allem als physische Liquidierung von Gegnern — wie auch eine hierarchische (= gewaltsame) Organisation die Kämpfenden schließlich verroht,

korrumpiert, sie der menschlichen Qualitäten beraubt und somit letztlich das Ziel von den Mitteln „aufgefressen“ wird. Das Ziel ist nicht mehr erreichbar, weil die Eigendynamik der Gewalt den Weg verbaut.

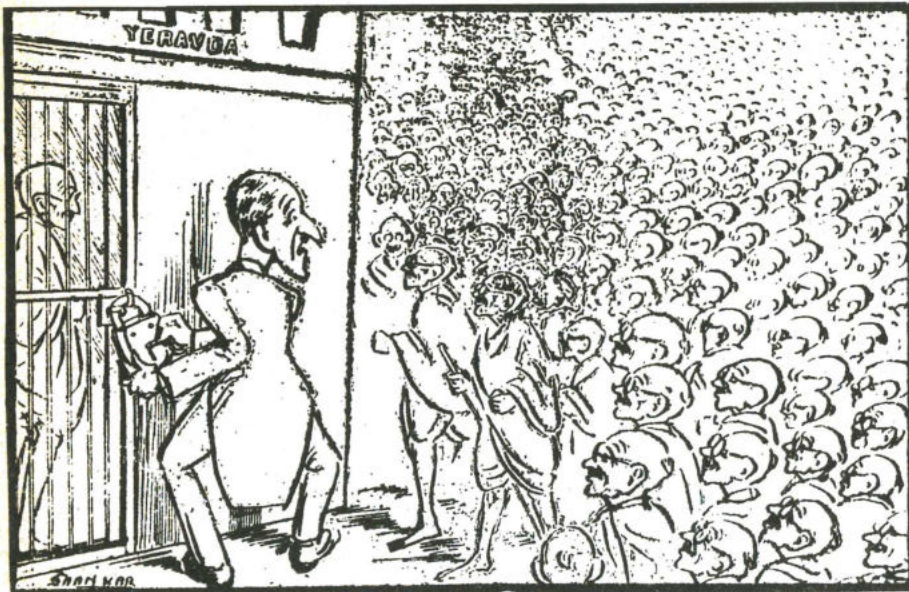
Die M.A.N. ist aber nicht ‚per se‘ für Gewaltfreiheit — sozusagen: „Egal wofür oder wogegen, Hauptsache gewaltfrei!“ Sie mißt die Gewaltfreiheit immer auch an ihrem Ziel: Wollen diejenigen, die Gewaltfreiheit anwenden, auch die Ziele erreichen, die wir als Selbstverwaltungssozialisten haben?

Der M.A.N.-Text befaßt sich ziemlich umfassend mit der Frage, wie der Selbstverwaltungssozialismus konkret aussehen könnte oder sollte — dies aber immer in dem Bewußtsein, daß hier keine Festschreibung von Modellen vorweggenommen werden soll, sondern wichtige Prinzipien dieser Gesellschaft beschrieben werden sollen. Auf die Wiedergabe dieser Zielsetzung der M.A.N. möchte ich hier weitgehend verzichten, da es hier vor allem darum gehen soll, welche Bedeutung die Soziale Verteidigung für das M.A.N.-Konzept hat. Deshalb nur ganz kurz: Im Selbstverwaltungssozialismus soll eine Alternative zum Kapitalismus wie zum Staatssozialismus entwickelt werden. Es geht hier um die umfassende Verwirklichung des demokratischen Prinzips, der Selbstbestimmung der Arbeitenden über ihre Arbeitsmittel und Lebensinhalte. Direkte Demokratie von unten nach oben in politischen Fragen (etwa gesamtgesellschaftlichen Planungen) und Selbstverwaltung der Arbeitsstätten sollen schöpferisch verknüpft werden.

## Wider „den Frieden“ der bürgerlichen Gesellschaft

Die M.A.N. sehen es als unwahrscheinlich an, daß das ‚Volk‘ sich für ein Konzept der Sozialen Verteidigung begeistern wird, ohne zuvor die Beseitigung der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung zu wollen. Und dieses Volk muß auch noch den Selbstverwaltungssozia-

# der Selbstverwaltung



lismus als brauchbare und wünschenswerte Alternative erkennen, für die es sich zu kämpfen lohnt, um die Kraft aufzubringen die Soziale Verteidigung zu praktizieren. Schließlich muß dieses Volk noch erkennen, daß es für seine Befreiung notwendig ist, sich Kampfmethoden zu bedienen, die mit dem Ziel verträglich sind, statt in einem neuen Stalinismus zu enden. Mit dieser Einschätzung unterscheidet sich der M.A.N.-Entwurf von vielen deutschen Vertretern eines Konzeptes der Sozialen Verteidigung, welche die Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft, „den Frieden“ zu wollen, für bare Münze nahmen und die deshalb bei Politikern und Militärs hausieren gingen, um für ‚Soziale Verteidigung‘ zu werben. Gerade gegen Staat und Militär wird das Konzept der Sozialen Verteidigung durchgesetzt werden müssen und eben nicht als Verteidigung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, sondern revolutionärer Errungenschaften, die auf dem Wege zum Selbstverwaltungssozialismus dem herrschenden System „abgeknöpft“ werden könnten. ‚Soziale Verteidigung‘ wird hier also auch vor allem als innenpolitische Maßnahme empfohlen und sogar als notwendig angesehen, um einmal erreichte gesellschaftliche Freiheiten oder Institutionen gegen Staat oder Kapitalinteressen zu verteidigen. Um hier etwas vom M.A.N.-Entwurf abzukommen: Es wäre eine ziemliche Verkennung der Interessen und Bedeutungen, wollte man das bei der Bohrstelle 1004 von Gorleben entstandene Dorf vor allem als „Übungsfeld für positive staatsbürgerliche Tugenden“, die für den Ernstfall der Sozialen Verteidigung gegen eine militärische Intervention aus dem Osten als „Manöver“ brauchbare Dienste leisten könnte, miß-

verstehen. Gegen den eigenen Staat richtete sich der Widerstand des Ökodorfes und gegen ihn wurde der gewaltfreie Widerstand ersonnen.

## Schlechte Erfahrungen mit dem Staat

Die M.A.N. tritt also theoretisch (und in der französischen gesellschaftlichen Praxis) dafür ein, die Bündnispartner für das S.V.-Konzept bei allen jenen zu suchen, die einen Ausweg aus dem Kapitalismus wollen. Dies ist nun für die große Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung sicherlich z.Zt. nicht der Fall. Sie will keinen Ausweg aus dem Kapitalismus, sie hat Vertrauen in den Staat und die Parteien; nimmt die Friedensideologie der NATO beim Wort usw. Es ist zu vermuten, daß es intensiverer Erfahrungen der Bevölkerung mit ‚ihrem‘ Staat bedarf, damit ihr ein Bewußtsein entsteht von der Wirklichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsform... In diesem Zusammenhang ist es doch interessant zu sehen, daß die Vorstellungen zur sozialen Verteidigung ihre größte Anhängerschaft dort finden, wo soziale Bewegungen schlechte Erfahrungen mit dem bestehenden politischen System gemacht hatten (z.B. Bürgerinitiativen, Alternativbewegung).

## Kapitalismus plus Soziale Verteidigung?

Auf folgendes möchte ich noch hinweisen und dieser Gedanke ist nicht voll in den Überlegungen der M.A.N. entwickelt. Wir könnten die derzeitige weltpo-

litische Lage so einschätzen, daß es eher einen Weltkrieg als eine sozialistische Revolution geben wird, weshalb man sich auch für einen ‚Burgfriedensweg‘ entscheiden sollte, der so aussieht: Besser Kapitalismus plus S.V. als Tod. Dieser Gedanke besticht zunächst durch seine schlichte Plausibilität, denn natürlich bin ich lieber unfrei als tot. Doch wird hier ein Aspekt unterschätzt: Diese ‚Alternative‘ stellt sich in dieser plumpen Form überhaupt nicht für uns. Denn wir müssen fragen: Welche Energien werden wir aufbringen müssen, einer kriegsbereiten Reagan-Clique – die, wenn sie nicht den Krieg, so doch die militärische Überlegenheit über die staatssozialistischen Länder will, um ihnen die Forderungen des ‚freien Westens‘ zu diktieren; ein Unterfangen, was genauso gut/schlecht nach hinten losgehen kann, also den Präventivschlag der Sowjetunion herausfordert – das Handwerk zu legen? Ich denke, daß wir dies noch nicht völlig übersehen können, daß dies aber unter Umständen bedeuten kann, daß der Widerstand in Qualität und Radikalität einer revolutionären Erhebung und Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gleichkommen muß. Denn schließlich soll diese Soziale Verteidigung ja keine schlappe Ergänzung des militärischen Apparates sein, sondern eine ernstzunehmende und funktionsfähige „Alternative“! Und dies heißt doch wohl im Klartext: Eine innergesellschaftliche Veränderung ist vonnöten, die überhaupt erst die sozialen und politischen Voraussetzungen einer funktionstüchtigen S.V. schafft.

Zum Abschluß möchte ich noch den ‚Verdacht‘ ausräumen, ich wollte das Konzept der M.A.N. unumschränkt gutheißen. Das ist gewiß nicht der Fall, ich überlasse es aber den Lesern des Buches, ihre Kritik an der M.A.N. auf der Grundlage des M.A.N.-Textes zu entwickeln. Ich stimme z.B. nicht mit den Vorstellungen der M.A.N. zur parlamentarischen Strategie überein. Wie auch immer, ich denke, der M.A.N.-Text könnte für alle wertvoll sein, um in der Auseinandersetzung mit ihm die eigene Strategie zu verbessern.

Gü S

(1) Martin Humburg (Hrg.): Gewaltfreier Kampf und Selbstverwaltung – ein politisches Konzept, zündhölzchen-Verlag, Herford 1980.

# ÖSTERREICH: Zweites Bein der

Österreich bietet, so meinen viele Theoretiker, der sozialen Verteidigung die idealen Voraussetzungen für deren Verwirklichung. Es ist „neutral“, seine Armee wird nicht als besonders „effektiv“ eingeschätzt, und doch ist der Militarismus, nicht minder als in anderen Ländern, ein Wesensmerkmal, das sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche zieht. Andreas Maislinger, Friedensforscher und einer der ersten österreichischen Totalverweigerer, gibt einen kleinen Einblick in die Geschichte der Diskussion und erklärt, warum er den umstrittenen Weg, mit Militärs und Politikern zu kooperieren, favorisiert, um der Sozialen Verteidigung eine Chance zu geben. Eine skeptische Bemerkung möchten wir uns jedoch an dieser Stelle verkneifen.

Red.

## Forschung und Vereinfachung

Die Diskussion des Konzepts der Sozialen Verteidigung findet in Österreich vor allem in zwei Bereichen statt: Im Wissenschaftsbetrieb an den Universitäten und dem Institut für Militärstrategische Grundlagenforschung an der Landesverteidigungsakademie Wien einerseits und vielschichtiger, lebendiger vor allem in der österreichischen Friedensbewegung.

Wie nicht anders zu erwarten, ist die Beschäftigung in diesen beiden Bereichen sehr unterschiedlich. Der Friedensbewegung muß es darum gehen, friedensfördernde Ideen zu verbreiten und damit eine bestimmte Vereinfachung der von der Wissenschaft vorgenommenen Differenzierung vornehmen. Wissenschaftliche Beschäftigung mit Sozialer Verteidigung dagegen, muß auch Hinweise auf etwaige Schwächen des Konzepts enthalten. Die bisherigen Buchveröffentlichungen zur Sozialen Verteidigung in Österreich scheinen diese Voraussetzungen zu bestätigen. Dem Mitarbeiter am Institut für Militärstrategische Grundlagenforschung, Heinz Vetschera (Soziale Verteidigung – Ziviler Widerstand – Immerwährende Neutralität, Wien 1978), geht es vorrangig um den Nachweis der „Deformation der Sozialen Verteidigung durch die Neutralität“ (Seiten 134 ff.); dies trotz seiner ansonsten sehr korrekt geführten Diskussion der bis zu diesem Zeitpunkt veröffentlichten Literatur.

Dem Mitarbeiter in verschiedenen Friedensorganisationen, Ernst Schwarzc (Mehr Sicherheit ohne Waffen II – Die Verteidigung Österreichs durch gewaltlosen Widerstand, Wien 1976), muß es geradezu darum gehen, in einer leicht faßbaren Form das Konzept der Sozialen Verteidigung einer breiteren Leserschaft näherzubringen. (Auf diese beiden Bücher gehe ich nicht weiter ein – sie sind in der Buchhandlung erhältlich.)

Bevor ich hier in den Details Eure Neugier verliere, verweise ich lieber auf meine Dissertation „Probleme der österreichischen Verteidigungspolitik“, in welcher ich mich eingehender mit der wissenschaftlichen Diskussion der Sozialen Verteidigung in Österreich beschäftigt habe.

Gerne schicke ich Fotokopien wichtiger Aufsätze (gegen Kostenersatz) zu. Meine Adresse: A-5110 St. Georgen an der Salzach, Telefon 06272/ 82 76.

## Frühe Ansätze der Sozialen Verteidigung

Zurück zum Thema. Wie Euch vielleicht nicht entgangen ist, hat der österreichische Pazifismus eine lange Tradition. Nicht zuletzt hat „unsere“ Berta von Suttner auch „Eure“ Deutsche Friedensgesellschaft mitbegründet, ein bißchen vorher jedoch die österreichische Friedensgesellschaft. Nicht wie in Holland oder Skandinavien blieb diese Bewegung eine „bürgerliche“ im Sinne „Frieden durch internationale Verträge“. An eine gewaltlose Alternative zur militärischen Verteidigung war damals nicht gedacht – auch nicht an eine gänzliche Abschaffung der Armee, wie die Stellungnahme der „Suttner-Gesellschaft“ während des Anti-Bundesheer-Volksbegehrens Ende der sechziger Jahre gezeigt hat.

Trotzdem, die Auseinandersetzung mit Sozialer Verteidigung beginnt sehr früh: Ernst Schwarzc veröffentlicht bereits 1952 in seinem Senses-Verlag die „Wege zur gewaltlosen Befreiung – Eine Studie über den Ost-West-Konflikt und die Methoden des gewaltlosen Widerstandes“. Schwarzc verwendet zwar noch nicht den später eingeführten Begriff Soziale Verteidigung, deutet aber im Abschnitt „Die Zukunft des gewaltfreien Widerstandes“ jedoch bereits die Entwicklung an, welche Methoden des gewaltfreien Widerstandes er als nicht-militärische, gewaltfreie Verteidigung sehen möchte. Dazu Schwarzc: *„Wenn wir an gewaltlosen Widerstand in der Zukunft denken, müssen wir mit den verschiedenartigsten Möglichkeiten rechnen. Es kann sein, daß ein Volk gegen eine widerrechtliche Besetzung durch ein fremdes Land einen gewaltlosen Befreiungskampf zu führen gedenkt. Es gibt die Möglichkeit, daß ein Land im Rahmen eines großen Krieges gegen seinen Willen als militärisches Aufmarschgebiet benützt wird, von Soldaten einer fremden Armee überflutet wird und sich gegen diese Verletzung der Souveränität mit geistigen Kampfmitteln zur Wehr setzen will“* (Seite 61).

Schwarzc spricht also schon vor der Aufstellung des Österreichischen Bundesheeres im Jahre 1955 von der Möglichkeit, sich gegen die Benutzung als militärisches Aufmarschgebiet zur Wehr zu setzen.

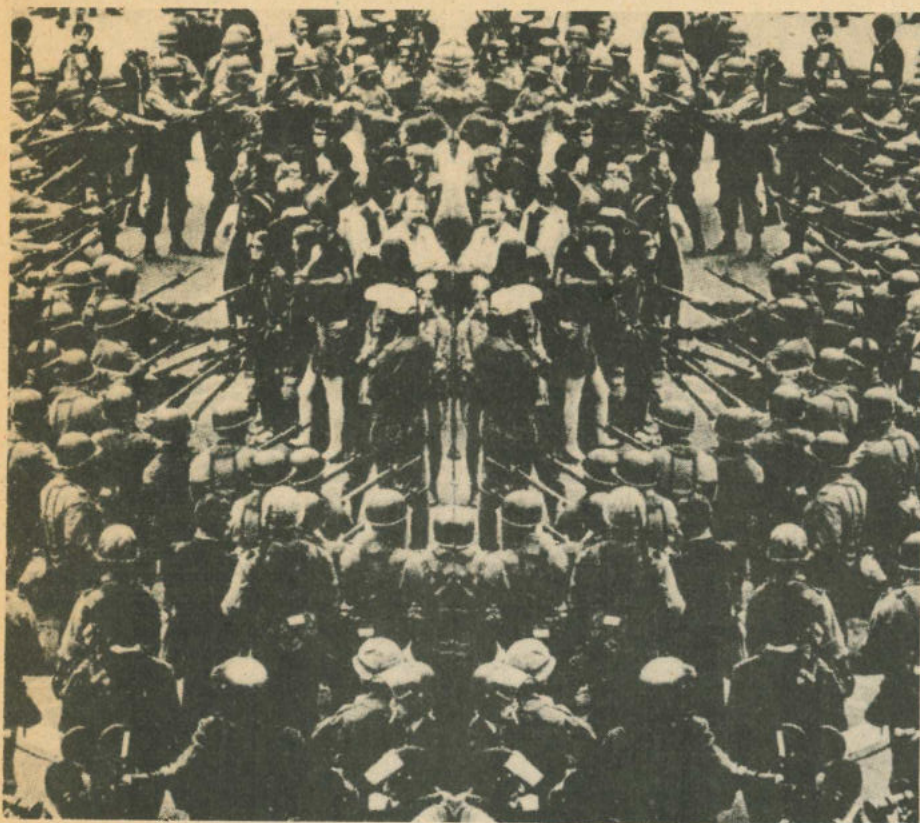
Lange vor Theodor Ebert versuchte also Schwarzc Methoden Gandhis nach Europa zu übertragen und für die Verteidigung einzusetzen; der Schwierigkeiten bei dieser Übertragung ist er sich bewußt, weshalb er schreibt: *„Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Methoden der Staatsgewalt äußerst brutal sein werden und daß es schwieriger sein wird als in Indien, den Kampf vollständig offen und ohne Geheimorganisationen durchzuführen“* (Seite 62). Und doch gilt: *„Die Gesetze der Materie und des Geistes sind für alle Menschen der Welt die gleichen – und Sytyagraha ist auf die grundlegende Erkenntnis der geistigen Möglichkeiten im Menschen aufgebaut. Demzufolge ist der geistige Widerstand durch Sytyagraha in jedem Lande möglich. Die entscheidenden Fragen sind: Erstens, ob genug Menschen gefunden werden können, welche von der Richtigkeit dieser Kampfmethode überzeugt sind und ihr Leben dafür einzusetzen bereit sind und zweitens, ob die geeigneten geistig überragenden Persönlichkeiten unter dieser Meinungsgruppe als Leiter für einen solchen Widerstand vorhanden sind“* (Seite 62).

## ... doch nur das Bundesheer wird eingeführt

In Österreich war von diesen vielversprechenden Anfängen Schwarzc' nicht mehr viel zu hören. Obwohl die Aufstellung des Bundesheeres im Jahre 1955 und die damit verbundene Wiederbewaffnung Österreichs nicht unbestritten verlief, wurde nicht ernsthaft an einer alternativen nichtmilitärischen Verteidigung Österreichs gearbeitet. Selbst der vielbeachtete sogenannte Thirring-Plan (Hans Thirring: Mehr Sicherheit ohne Waffen, Wien 1962) enthielt keine Hinweise auf die Vorbereitung einer organisierten Sozialen Verteidigung. Der Physiker und Politiker Thirring wollte die Sicherheit



# kompromißlosen Pazifisten



Österreichs ganz internationalen Verträgen und der Vertrauensbildung in Mitteleuropa anvertrauen. Selbst in seinem Abschnitt über „Das Problem der allgemeinen Arbeitspflicht“ findet sich kein Hinweis auf eine Ausbildung in Methoden des gewaltlosen Widerstandes. Erst vierzehn Jahre später bezieht sich Ernst Schwarcz in seiner Fortsetzung „Mehr Sicherheit ohne Waffen II“ bewußt auf die Ausführungen Thirring und ergänzt sie mit Hinweisen auf die „Vorbereitung des gewaltlosen Widerstandes“. Zuvor erscheint jedoch noch als publizistische Vorbereitung des Anti-Bundesheer-Volksbegehrens ein Buch des Initiators Wilfried Daim „Analyse einer Illusion — das österreichische Bundesheer“ (im westdeutschen Verlag Hinder und Deelmann; in einem österreichischen Verlag sind solche Kritiken nicht unterzubringen, außer man besitzt einen eigenen Verlag wie Ernst Schwarcz!). Nach einer beißenden Kritik am Bundesheer versucht er eine Verteidigungsalternative zu entwickeln. Für ihn ist die Soziale Verteidigung nicht das Mittel zur Friedenssicherung, sondern nach dem Scheitern der internationalen Absicherungen gleichsam ein letzter Ausweg.

Auf vielen Seiten referiert Daim die Vorgänge in der CSSR 68, versäumt es jedoch, konkrete Vorschläge zur Vorbereitung einer Sozialen Verteidigung in Österreich zu bringen.

## Praktische Ansätze im Zivildienst?

Zwentendorf haben wir 1978 verhindert, unsere Armee konnten wir zehn Jahre früher nicht abschaffen. Ganz anders ist es gekommen: Stärker wie nie zuvor freut sie sich an ihrem Wachstum. Stärker wird deshalb aber auch die Bemühung, an einer Alternative zu arbeiten. Seit 1977 gibts dafür die „Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Gewaltfreiheit und Soziale Verteidigung“, Schottengasse 3 A, A-1010 Wien.

Nach langem Hin und Her stand im März 79 unser Vereinsprogramm. Wunderte sich schon Helga Weber-Zucht über unsere „ausgesprochen positiven Betrachtungen“ zum Zivildienst, so gingen vielen die Aussagen zur Integrationsmöglichkeit des Zivildienstes in den Verteidigungsapparat zu weit. Schließlich war damals noch zu lesen: „Der Zivildienst ist jene staatliche Institution, in der die Institutionalisierung des gewaltfreien Widerstands am ehesten möglich wäre. Im Rahmen eines reformierten Zivildienstes ist eine Ausbildung in gewaltfreiem Widerstand denkbar. Darin konnten auch Anwendungsprobleme des Konzeptes der Sozialen Verteidigung studiert werden und konkrete Vorschläge für die schrittweise Einführung der Sozialen Verteidigung könnten erarbeitet werden.“ Mit der bemerkenswert ‚zentristischen‘ Feststellung: „Der Zivil-

dienst kann, ohne sich dabei den Militärs unterzuordnen, — zumindest für jene Militärdienstverweigerer, die daran Interesse haben — in der umfassenden Landesverteidigung (d.i. das österreichische Konzept der Totalverteidigung) mitarbeiten, um langfristig das Bundesheer durch schrittweise „Umrüstung“ auf Soziale Verteidigung abzulösen. Das Tempo dieser Entwicklung ist vom Ausmaß unserer Überzeugungskraft abhängig.“

Das Vertrauen in die Einsichts- und damit Wandlungsfähigkeit der Militärs ging weit — der Grazer Gruppe zu weit! Gerade rechtzeitig, bevor im Parlament über die Ausbildung der Zivildienstler im Zivilschutz und anderen Bereichen der umfassenden Landesverteidigung beraten wurde, begannen sie gegen den ‚blauäugigen Zentrismus‘ Sturm zu laufen: „Die umfassende Landesverteidigung, wie sie durch die Verteidigungsdoktrin vom 10. Juni 1975 definiert ist, bietet keinen Platz für eine gewaltlose, von den Mitteln der militärischen Verteidigung unabhängige, soziale Verteidigung. Jede Form der zivilen Verteidigung, die der militärischen Planung unter- oder beigeordnet ist, läuft auf eine indirekte Unterstützung des Heeres hinaus und widerspricht damit einer antimilitaristischen Einstellung.“

So ist es seitdem festgeschrieben. Ich bin dagegen! Ja, und Euch Graswurzler wird es wundern, von einem ‚Totalverweigerer‘ (vgl. meinen Bericht aus Österreich: Zivildienst ist nicht genug! in der GRW Nr. 53) zu erfahren, der nicht immer und überall gegen eine Zusammenarbeit mit der Armee — der relativ schwachen, sich demokratischen Formen annähernden Milizarmee des neutralen Kleinstaates Österreich, eintritt. Und doch: genau so ist es! Als Antimilitaristen glauben wir im Arbeitskreis um Ernst Schwarcz das Gespräch mit Soldaten, Offizieren und Politikern suchen zu müssen.

Wir sind das zweite Bein der kompromißlosen Pazifisten. Und auf zwei Beinen steht man auch dann besser, wenn eines davon scheinbar das stärkt, was sich das andere zum Ziel gesetzt hat zu beseitigen. Ist's auch schwer verständlich, wir (und dazu zähle ich mich engagiert) — eine Minderheit der österreichischen Zivildienstler und Pazifisten — glauben mit diesem österreichischen Bundesheer längerfristig auskommen zu müssen, um es irgendwann durch eine Soziale Verteidigung ersetzen zu können.

Zum Schluß noch Stichworte zu den Fragen:  
— Welche Gruppen sind an der SV interessiert?

Allen voran und doch halbherzig die regierende Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), deren Zentralsekretär Karl Blecha mir zur Forderung des Parteiprogrammes „die Möglichkeiten des politischen Widerstandes, die den besonderen Bedingungen des neutralen Österreichs Rechnung tragen, sind zu berücksichtigen ...“ schrieb „wenn der Hinweis auf Konzeptionen des politischen Widerstandes (er meint Ebert, Galtung u.a.) überhaupt in das Programm aufgenommen wurde, so in der Überzeugung, daß ein Konzept der umfassenden Landesverteidigung eben auch Formen nicht-militärischen Widerstandes einschließen sollte.“

Wie sich die Sozialisten (Sozialdemokraten nennen wir uns offiziell nicht!) das nun genauer vorstellen, verschweigen sie! Wie auch, interessiert daran sind andere Gruppen: die österreichische Hochschülerschaft (vergleichbar der AStA) zumindest solange linke Gruppen im bundesweiten Zentralauschuß die Mehrheit besitzen, nicht besonders jedoch unsere Grünen! Womit die Frage nach einer Diskussion über SV in der anti-atomaren Bewegung beantwortet ist. Breitenwirksam bis hinein ins hinterste Alpental hingegen proklamieren die verschiedensten katholischen Gruppierungen und (erzbischöflichen!!!) Kirchenzeitungen die christliche Pflicht, auf ein gewaltloses Konzept der Verteidigung umzusteigen.

### Ohne Illusion ...

Ohne Illusionen schreibe ich: In Österreich sind die Chancen für eine SV am größten! Nicht in der BRD, auch nicht in Norwegen oder England, schon gar nicht in der Schweiz — in Österreich werden wir (wenn überhaupt) auf Soziale Verteidigung umrüsten!

Denn auch hier gilt: Die anderen mögen weiter aufrüsten, Du glückliches Österreich wirst darauf verzichten!

(Für die ohne fundierte Kenntnisse der österreichischen Geschichte: In Abwandlung von „Die anderen führen Kriege, Du glückliches Österreich heiratest!“)

Andreas Maislinger, St. Georgen/Salzach

### Literatur: Bücher

Ernst Schwarcz:  
WEGE ZUR GEWALTLOSEN  
BEFREIUNG

Eine Studie über den Ost-West-Konflikt und die Methoden des gewaltlosen Widerstandes  
Sensenverlag, Wien 1952

Wilfried Daim:  
ANALYSE EINER ILLUSION  
Das Österreichische Bundesheer. Verlag Hinder und Deilmann, Bellnhausen 1969.

Ernst Schwarcz  
MEHR SICHERHEIT OHNE WAFFEN II  
Die Verteidigung Österreichs durch gewaltlosen Widerstand. Sensenverlag, Wien 1976.

## DÄNEMARK:

# »Stufenweise«



Auch Dänemark hat eine Tradition im gewaltfreien Widerstand gegen Aggressoren. Immer wieder wird in der einschlägigen Literatur der beispielhafte Mut der Dänen erwähnt, der vielen Juden nach der nazi-deutschen Besetzung das Leben rettete. Auch die politischen Verkehrsformen konnten nicht gänzlich gleichgeschaltet werden.

Jens Thoft schildert in seinem — von der Redaktion gekürzten — Artikel den heutigen Stand der Diskussion.

Das Interesse an Gewaltfreier Aktion und Sozialer Verteidigung verläuft in einer klaren Wellenbewegung. Diese allgemeine Wellenbewegung kann man auch in Dänemark erkennen. In den 70er Jahren hat im großen und ganzen nur eine ganz kleine Gruppe um „Nie Wieder Krieg“ (WRI) und den Versöhnungsbund (IFOR) die Theorien der Gewaltfreiheit am Leben erhalten. Im politischen Alltag aber wurde besonders in den Gewerkschaften, unter den Wohnungsaktivisten und in den Umweltschutzinitiativen die gewaltfreie Praxis durchgeführt. „They did'nt call it nonviolence“ ...

Die auch in Dänemark schnell wachsende Friedensbewegung interessiert sich im wachsenden Maße an visionären und konstruktiven Alternativen zur Aufrüstung. Auf diesem Gebiet drehen sich die Diskussionen in Dänemark besonders um eine defensive hochtechnologische Verteidigungsalternative. Das Schwergewicht wird dabei auf die „ground to air-missiles“, kombiniert mit Heimwehr oder Guerilla-ähnlichen Streitkräften gelegt. Auch soziale Verteidigung wird in steigendem Maße in die Debatte einbezogen.

Soziale Verteidigung ist heute in keiner der politischen Parteien eine programmatische Alternative, aber besonders in den Parteien der Linksliberalen (6 % der Parlamentssitze), Volkssozialisten (6 %) und der Linksozialisten (3 %) (die beide zur neuen undogmatischen Linken zählen) haben mehrere Sprecher die soziale Verteidigung als realistische Verteidigungsalternative bezeichnet.

Im Wissenschaftsbetrieb findet fast keine etablierte soziale Verteidigungsforschung statt, jedoch wird auf Seminaren über Verteidigungspolitik, in stu-

dentischen Arbeiten und dergl. soziale Verteidigung behandelt.

In den Massenmedien beschäftigt sich die Diskussion in sehr geringem Umfang mit sozialer Verteidigung oder Gewaltfreiheit. Wo dieses geschieht, sind die Verfasser meistens Leute aus den WRI- und IFOR-Gruppen.

Meiner Meinung nach ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Protestbewegung, daß diese dazu fähig ist, konstruktive Alternativen zu formulieren. Die Friedensbewegung in Dänemark ist leider nicht durch die WRI und den IFOR geprägt. Die beiden Gruppen haben es nicht geschafft, die wachsende Verteidigungsdiskussion zu nutzen, um ihre Position zu stärken.

Heute gibt es in Dänemark 4 bedeutende Friedensgruppen: Koordinationskomitee für Frieden und Sicherheit (WPC), „Nein zu Kernwaffen“ (CND), „Dänemark gegen Krieg“ (Stark antimilitaristisch aber ohne Festlegung auf Gewaltfreiheit und Pazifismus) und Frauen für den Frieden.

Obwohl die Soziale Verteidigung in den kommenden Jahren eine viel größere Rolle in der Debatte einnehmen wird, werden die Alternativen der Friedensbewegung stufenweise — nicht totale — Abrüstung, Atom(waffen)freie Zonen und die oben genannte hochtechnologische defensive guerilla-ähnliche Verteidigung sein. Dem entspricht es, daß keine der vier großen Friedensorganisationen zur Zeit den Austritt Dänemarks aus der NATO fordert.

Jens Thoft hat eine Reihe von Büchern und Artikeln über soziale Verteidigung und gewaltfreie Aktionen geschrieben. Er ist ehemaliger Schriftleiter der dänischen Zeitschrift „Ikkevold“ (Gewaltfreiheit). — Übersetzung: Kaj Bollmann

Andreas Maislinger:  
PROBLEME DER ÖSTERREICHISCHEN  
VERTEIDIGUNGSPOLITIK  
Unveröffentlichte Dissertation, Salzburg 1980

### Adressen: Organisationen

Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit, Schotten-gasse 3 A, A-1010 Wien

### Zeitschriften und Verlage

Sensenverlag, Sensengasse 4, A-1090 Wien.

friedolin — Zeitschrift gegen Gewalt, Militarismus und Unterdrückung, Postfach 213, A-8011 Graz.

blindgänger — Zeitung von Soldaten; Wienerstraße 79B, A-868 Mürzzuschlag.

Weber, Zucht & Co.

## Versandbuchhandlung und Verlag

BÜCHER zu SOZIALE VERTEIDIGUNG,  
GEWALTFREIE AKTION

Adam ROBERTS (Hsg.), Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren. Probleme, Beispiele, Strategien

311 S. 28,--

Theodor EBERT, Soziale Verteidigung Bd.1: Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie

193 S. 8,90

Bd.2: Formen und Bedingungen des Zivilen Widerstands 194 S. 8,90

Anders BOSERUP/Andrew MACK, Krieg ohne Waffen? Studie über die Möglichkeiten und Erfolge sozialer Verteidigung. Kapp-Putsch 1920/ Ruhrkampf 1923/Algerien 1961/CSSR 1968

155 S. 6,80

HEDTJÄRN/HÖGLUND/LIEDEN, Verteidigung ohne Krieg. Die skandinavische Alternative. 166 S. 16,--

Ernst CHWARCZ, Mehr Sicherheit ohne Waffen II. Die Verteidigung Österreichs durch gewaltlosen Widerstand

94 S. 12,50

BISIG/EPPLE/FISCHER/u.a., Soziale Verteidigung. Eine gewaltfreie Alternative zur militärischen Verteidigung der Schweiz 142 S. 14,--

Leonard A. BIRD/Andreas MAISLINGER, Costa Rica. Ein Land ohne Armee. Die unbekannte Abrüstung

40 S. 6,30

ALTERNATIVE SICHERHEITSKONZEPTE. Defensive Strategie - Soziale Verteidigung - Einseitige Abrüstung (antimilitarismus information 3/81)

ca. 54 S. 3,--

friedenspädagogische Unterrichtsmaterialien zur SV

Achim BATTKE, Verteidigung ohne Waffen. Soziale Verteidigung als Alternative zur militärischen Sicherheitspolitik? Modell und Materialien für die schulische und außerschulische politische Bildung. DIN A 4

44 S. 4,50

Dieter S. LUTZ/Henning SCHIERHOLZ, Friedens- und Abrüstungspolitik. Bausteine für die politische Friedensarbeit (ein Kapitel über SV)

188 S. 12,80

Günther GUGEL/Rainer A. ROTH (Hsg.), Herausforderung Frieden. Modelle zur Friedenspädagogik für die außerschulische Jugendarbeit. (ein Kapitel über SV)

352 S. 14,80

Gewaltfreie Aktion - Theorie und Aktionsbeispiele

Theodor EBERT, Gewaltfreier Aufstand Alternative zum Bürgerkrieg

ca.240 S. 6,90

Diese und noch viele andere Titel aus den Bereichen Gewaltlosigkeit, gewaltfreier Widerstand, Ziviler Ungehorsam, gesellschaftliche Alternativen, Ökologie, alternative Technologie, Friedenspädagogik, Anarchismus, Sozialismus, Ernährung und Gesundheit, Belletristik u.v.a.m. sind in unserem neuen (April 81) kostenlosen VERSANDKATALOG enthalten, den wir auf Anforderung gerne zuschicken.

WEBER, ZUCHT & CO. Versandbuchhandlung und Verlag GmbH  
Steinbruchweg 14/1, 3500 Kassel-B., Tel. 0561/51 59 53



April CARTER, Direkte Aktion. Leitfäden für den gewaltfreien Widerstand. Vorwort von Th.Ebert

78 S. 5,--

Gernot JOCHHEIM, Antimilitaristische Aktionstheorie, soziale Revolution und soziale Verteidigung. Zur Entwicklung der Gewaltfreiheitstheorie in der europäischen antimilitaristischen Bewegung 1890 - 1940, unter besonderer Berücksichtigung der Niederlande

620 S. 38,--

Ernst SCHWARZ, Wege zur gewaltlosen Befreiung. Eine Studie über den Ost-West-Konflikt und die Methoden des gewaltlosen Widerstandes (1952)

68 S. 4,70

Martin HUMBURG (Hsg.) Gewaltfreier Kampf und Selbstverwaltung - ein politisches Konzept der 'Bewegung für eine gewaltlose Alternative' in Frankreich (M.A.N.)

115 S. 8,80

Manuel WALTHER, Anarchismus und Gewaltlosigkeit

42 S. 3,50

Theodor EBERT, Gewaltfreie Aktion und Bürgerinitiativen

62 S. 3,--

Theo HENGESBACH, Ziviler Ungehorsam und Demokratie

76 S. 3,--

GEWALTFREIE BLOCKADEN GEGEN DAS AKW BROKDORF. Dokumentation der Aktionen vom 5. Feb. bis 14. Apr. 1981

32 S. 2,--

BROKDORF. Fotodokumentation 25.2.-28.2.81

16 S. 1,--

MOLLER-MONCH/PROSINGER/ROSENBLADT/u.a., Besetzung - weil das Wünschen nicht geholfen hat. Köln, Freiburg, Gorleben, Zürich und Berlin

218 S. 9,80

Volker HORNING, Wirtschaftlicher Boykott als gewaltfreies Kämpfmittel in Bürgerrechtsbewegungen. Zwei Fallstudien zur amerikanischen Bürgerrechts- und Landarbeiterbewegung

341 S. 38,--

David MCTAGGART, Unternehmen Greenpeace. Fahrt in den Atompilz

360 S. 9,80

Hans-Georg NOACK, Der gewaltlose Aufstand. Das Streben der amerikanischen Neger nach Gleichberechtigung und Menschenwürde (Jugendbuch)

251 S. 5,90

Hans Jürgen SCHULTZ (Hsg.), Politik ohne Gewalt? Beispiele von Gandhi bis Camara

178 S. 7,--



ein buch - nicht nur- für friedensfans,  
ökofreaks und alle,  
die die zustände ändern wollen:

## Gewaltfreier Kampf und Selbstverwaltung - ein politisches konzept

analyse der gesellschaft . . . wege zur  
veränderung . . . selbstverwaltungssozia-  
lismus . . . soziale verteidigung . . .  
Larzac - 10 jahre gewaltfreier kampf  
- ein beispiel . . .  
Literaturhinweise & Kontaktanschriften

Hrsg. Martin Humburg,  
Geleittexte: Helmut Gollwitzer  
General de Bollardiè  
& Günter Saathoff

128 seiten stark, nur schwache 8.80

NUR in guten läden, oder direkt beim  
verlag (10 mark schein beilegen)

„zündhölzchen“ - verlag,  
weinbergweg 7,  
D-7015 korntal 1-



Die Gewaltfreie Aktion  
Restberlin präsentiert

## ANLEITUNG ZUM WIDERSTAND

### ZIVILER UNGEHORSAM

statt guter Ratschläge für  
die Herrschenden.

### ANTIMILITARISTISCHE AKTION

beschrieben am Beispiel  
einer Militärparade in  
Berlin. Planung, Training  
und Äktschn. Leitfäden zu  
Bezugsgruppen, Presse,  
Strategie, Polizeikontakt,  
Justiz.

80 Seiten, Fotos, 4,-- DM  
(inklusive Porto) pro Stck.  
auf PSchKto. 4227 99-109  
BlnW, B. Oleschinski, Ber-  
lin 61. Stichw.: "Broschüre"  
Rabatt (z.B. Wiederverk.)  
ab 10 Expl. 2,20 pro Stck  
+ Port opauschale DM 2,30  
f. d. Gesamtbestellung

Diese Liste der "Graswurzel-Kontakte" ist offen, d.h. sie wird ständig erneuert und beansprucht nicht, vollständig zu sein. Es handelt sich um Aktionsgruppen und Einzelne, die in Kontakt zur Zeitung stehen, meist untereinander zusammenarbeiten und neue Mitarbeiter/innen bzw. Ähnlichdenkende in ihrer Gegend suchen. Ferner beinhaltet die Liste überregionale Projektgruppen und befreundete Gruppen im Ausland. Wer seine Adresse in diesem Sinne ebenfalls veröffentlicht haben möchte, sollte uns doch mal schreiben. Wer längere Zeit nicht mehr von sich hören läßt, sollte Verständnis dafür haben, daß wir seine Adresse evtl. streichen. Diese Liste sollte nicht als Gruppenkartei wie bei einem festen Verband mißverstanden werden. Die Zusammenarbeit zwischen den aufgeführten Gruppen und Individuen sowie ihre inhaltliche Übereinstimmung sind unterschiedlich stark.

GWR-REDAKTION

- Gewaltfreie Aktion Düsseldorf**  
c/o Marion Schönrock, Morperstr. 66/81  
Düsseldorf-Gerresheim 12, tel. 0212-71283157
- Gewaltfreie Aktion Langenfeld - Monheim**  
c/o Wolfgang Schmitt, tel. 02473-48950  
Langenfeld, Am Wiesengrund 13
- DFG-VK/BI "Gewaltfrei gegen AKW"**  
c/o Rainer Praetorius, Jussenhovener Str. 10,  
Dormagen 1
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Jörg Keßen, Hochfelderstr. 62,  
Duisburg 14, tel. 02135/51507
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
Münster, tel. 0251/44279 c/o M. Seligmann, Dammstr. 5
- REDAKTION "graswurzelrevolution"**  
Werktatt III, Nienroterweg 32,  
Hamburg 50, tel. 040/3909222
- VERTIEB "graswurzelrevolution"**  
c/o Willi Derenbach, Postfach 400246  
Siegen 1, tel. 0271/63546
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Reinhold Engel, Postfach 414  
Essen 14, tel. 0204/522563
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Nobert Heitkamp, Wespener Str. 2  
Osnabrück, tel. 0594/62086
- Gewaltfreie Aktion Umweltschutz**  
Dortmund 1 c/o Theo Hengesbach, Weisbachstr. 21,
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
"Ruhgebiet-Westfalen", c/o Siegfried Künzel  
Hamm 1, Alberichstr. 41, tel. 02381/25820
- "Zündhölzchen" Buchladen**  
Herford 1, tel. 05221/58765 - Kämpfungsstr.  
M. 10
- Informationenstelle der Trainingskollektive für Gewaltfreie Aktion, c/o Eva Bremer**  
Burgsch. Gleibach 2, Pannoniberg 1/10  
tel. 022 02 58294 bis 22.4.01
- Gewaltfreie Aktion Betzdorf,**  
c/o Günter Eutenauer, Am Seifen 4,  
Mudersbach/Sieg
- Gewaltfreie Aktion Bonn / Informationsstelle für Friedensarbeit, c/o Hans-Peter Mortier,**  
Bonn 1, Messdorferstr. 152, tel. 0228/621619
- AG Antimilitarismus St. Goar**  
c/o Edgar Haupt, in der Schleift 1,  
Lierscheid
- Klaus-Peter Lücherath,**  
Wuppertal, Wilhelmstr. 73
- Gewaltfreie Aktion Berlin**  
c/o Ökodor, Kurfürstenstr. 14  
Berlin 30, tel. 030/2612487  
Plenum: mittwochs ab 19.00 h
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Hans-Georg Gebel, Ringstr. 25,  
Berlin 45, tel. 030/8331338
- Gewaltfreie Aktion Hamburg,**  
c/o Jeannette Kassin, Coelbeck 6  
Hamburg 20, tel. 040/495403
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Kalle Seng, Mansteinstr. 47,  
Hamburg 20, tel. 040/498292
- Gewaltfreie Aktion Pinneberg**  
c/o Jan Stehn, Reilinger Str. 37,  
Pinneberg, tel. 04101/208186
- Ricarda Anette Steinbrecher**  
Kiel, Eckernförderstr. 456, Hinterhaus
- Rainer Finck**  
Rendsburg, Bismarck Str. 75
- Gewaltfreie Aktion Lüneburg**  
c/o Friederike Hünemake  
Lüneburg, Balauerhof 7, tel. 0451/72887
- Jochen Hertrampf,**  
Geestenseh, Wehdelerstr. 47,  
Schiffdorf 3, tel. 04749/497
- Totabweigergruppe gegen Militär- & Ersatzdienste**  
c/o Thomas Mischio, Konkordianstr. 7,  
Hannover 21, tel. 0511/472158
- Gerhard Knaplenski,**  
Hannover 71, Blünteweg 10
- GA Treff: dienstags 19.30 h, Lister Turm**
- BILDUNGS- & BEGEGNUNGSTÄTTE FÜR GEWALTFREIE AKTION**  
c/o Wolfgang Herrte, Margrit Abers, 1  
Walsdorf, Kerkstr. 14
- Gewaltfreie Aktion Göttingen**  
Göttingen, Postfach 882, Plenum: montags 19.30 h  
in der Kath. Stüd. Gem., Kurze Str. 13
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Andrea Faschina, Geismarlandsstr. 40  
Gifhorn, tel. 0551-703263
- Graswurzel-Werkstatt & Versandbuchhandlung,**  
c/o H.W. Weber-Zucht, Steinbuchweg 14,  
Kassel/Bietenhäusen, tel. 0561/515953
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Dieter Schöffmann, Blücherstr. 22,  
Kassel-B., tel. 0561/56807
- Graswurzelgruppe Marburg,**  
c/o Günter Saathoff, Zeppelinstr. 30,  
Marburg, tel. 06421/45393
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Thomas Bouillon, Bachstr. 2,  
Wetter 5
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Andreas Peters, Heidestr. 166  
Velbert 1, tel. 02124/65811
- Klaus Wolf, c/o Schwarzwurzel Bio-Laden,**  
Siegen 1, Hagenerstr. 84, tel. 0271/45828
- Gewaltfreie Aktion Frankfurt,**  
c/o Lutz Lemhöfer, KSG, Beethovenstr. 28,  
Frankfurt/M
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
Regionalgruppe "Mitte-Süd", c/o Stephan Uebelacker,  
Niddatal 1, Hofgut Wickstadt, tel. 06034/4472
- Karin Masche, Am Bergain 4,**  
Großenlüder/Bimbach
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Jürgen Spindler, Parcussstr. 12,  
Mainz, tel. 06131/23709
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Gerd Bünzel, Gahrholtsstr. 114  
Horn x Altm., tel. 0638-80662
- Christoph Zimmermann,**  
Saurlois, Konrad-Adenauer Allee 156
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
Homburg 6, Pfaffenhof, c/o Werner Brill.
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Gerhard Schörg, Eckelstr. 1  
Kaiserslautern 44, tel. 0634/93240
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Bernhard Latza, Durlacherstr. 133  
Mannheim 81
- Zündhölzchen Verlag & Versand**  
Frankfurt, Gertrud Westhoff, Weinbergerstr. 7,  
Kornthal, tel. 0744/838708
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Andreas Schwammach, Kottbause 9  
Heldelberg, tel. 06224/42888
- Olaf Paulsen**  
7032 Sindelfingen-Maichingen, Grabenstr. 9
- Gewaltfreie Aktion Eilwangen,**  
c/o Rainer Müller, Postfach 1240,  
Eilwangen/Jagst.
- "Leuchtkäfer" Kunst & Bio-Laden,**  
Ludwigsburg, Gottlob-Molt-Str. 9
- Gewaltfreie Aktion Tübingen,**  
Tübingen, Seelhausgasse 3, tel. 07071/4401
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
Tübingen 2, Pfänderstr. 1 c/o Albert Mayr, Blachhofstr. 42
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Christel Schumm, Goldscheuerer Str. 28  
Kehl, tel. 07851/4769
- Gewaltfreie Aktion Freiburg,**  
Freiburg, Habsburgerstr. 9, tel. 0761/552026
- Trainingskollektive für Gewaltfreiheit - Dreyeckland**  
c/o Ludw. Schädler, Pöckle 13  
Freiburg, tel. 0764/43674
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
c/o Walter Lantzasch, Martin-Greif-Str. 3,  
München 2, tel. 089/537975
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
Göppingen, c/o Harald Kieß, Dreselauer Str. 11
- Gewaltfreie Aktion Nürnberg**  
Nürnberg, tel. 0911/412640 - Sonntag, 14.30-18.42
- Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus**  
Mespebrunn 2, tel. 06092/79386 c/o Klaus Dost, Hauptstr. 15,

# Freiheit, des hoast koa Angst ★ ham, vor nix und niemand! ★



**Überall ist Krisen-gebiet**